



Bild: Bayerisches Innenministerium / Cornelia Hammer und Bundeswehr Pionierschule/Julia Thoma, Seite 2

# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: Vizepräsident Armin Kroder, Geschäftsführendes Präsidialmitglied Andrea Degl, Präsident Thomas Karmasin, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL, Vizepräsidentin Tamara Bischof und Vizepräsident Dr. Oliver Bär.  
Bild: Bayerischer Landkreistag

Bayerischer Landkreistag in Fürstfeldbruck:

## Drängen auf grundlegende Reformen

Unter dem Motto „Gemeinsam gut. Gemeinsam weiter.“ tagte die Landkreisversammlung 2026 des Bayerischen Landkreistags in Fürstfeldbruck. Zukunftsvisionen standen dabei jedoch weniger im Vordergrund; vielmehr wurden die zunehmenden Herausforderungen für die kommunale Ebene erörtert. Vertreter der Landkreise machten deutlich, dass die finanziellen Belastungen inzwischen Ausmaße erreicht haben, die ihre Handlungsmöglichkeiten erheblich einschränken. Gemeinsam mit Ministerpräsident Markus Söder diskutierte Landkreistagspräsident Thomas Karmasin über Wege aus der angespannten Lage.

Zunächst aber wurde Karmasin einstimmig als Präsident des Bayerischen Landkreistags bestätigt. Zu Vizepräsidenten wählten die Delegierten Dr. Oliver Bär, Landrat des Landkreises Hof, Tamara Bischof (Landkreis Kitzingen), sowie Armin Kroder (Landkreis Nürnberger Land).

### Keine zusätzlichen Aufgaben und Kosten!

Karmasin wies auf den parteiübergreifenden Zusammenhalt der bayerischen Landkreise hin und appellierte an Bund und Länder, die kommunale Ebene nicht weiter mit zusätzlichen Aufgaben und Kosten zu belasten. Einen Schwerpunkt

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

### Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

## 12. BAYERISCHES WASSERKRAFTFORUM 24.6.2026: Stadthalle Gersthofen

### 125 JAHRE WASSERKRAFT AM LECH 23.6.2026: Kraftwerkstandort Gersthofen



Die Wasserkraft bleibt ein unverzichtbarer Baustein einer sicheren, nachhaltigen und resilienten Energieversorgung.

Beim 12. Bayerischen Wasserkraftforum der Bayerischen Gemeindezeitung diskutieren Vertreter aus Kommunen, Energie- und Wasserwirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verbänden über aktuelle Entwicklungen, Herausforderungen und Zukunftsperspektiven der Wasserkraft in Bayern.

Das hochkarätige Fachprogramm bietet Beiträge zu Versorgungssicherheit, Digitalisierung, Gewässerökologie, Resilienz und innovative Nutzungskonzepte. Anmeldung für das 12. Bayerische Wasserkraftforum am 24.6. in der Stadthalle Gersthofen: [www.bayerisches-wasserkraftforum.de](http://www.bayerisches-wasserkraftforum.de)

Bereits am Vortag des 12. Bayerischen Wasserkraftforums, dem 23.6.2026, lädt LEW Wasserkraft zu einer besonderen Begleitveranstaltung mit Umweltminister Thorsten Glauber am Kraftwerkstandort Gersthofen ein.

Hier geht es direkt zur Anmeldung für das get-together der LEW am 23.6. ab 18.00 Uhr mit Umweltminister Thorsten Glauber: <https://t1p.de/jbp2d>



se im Freistaat vor einer historischen schwierigen Haushaltslage. Die kommunalen Finanzierungssalden hätten sich in den Jahren 2024 und 2025 auf insgesamt mehr als zehn Milliarden Euro Defizit summiert.

### Sozialausgaben sprengen jeden Rahmen

Der Präsident verwies darauf, dass steigende Steuereinnahmen die Ausgabenentwicklung längst nicht mehr ausgleichen könnten. Zwar seien die kom-

munalen Steuereinnahmen im Jahr 2024 um rund 340 Millionen Euro gestiegen, jedoch hätten allein die Sozialausgaben um mehr als 1,1 Milliarden Euro zugenommen. Damit würden zusätzliche Einnahmen bereits gebunden, bevor sie für Investitionen oder freiwillige Leistungen eingesetzt werden könnten.

### Strukturelles Problem

Nach Einschätzung des Verbandes handelt es sich nicht (Fortsetzung auf Seite 4)

## Bayern stärkt Heimatstrategie

Der Freistaat Bayern setzt seine Heimatstrategie fort und richtet sie auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen aus. Wie Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in Nürnberg erklärte, soll die Strategie in den kommenden Jahren insbesondere den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken sowie kommunale und regionale Strukturen sichern und weiterentwickeln.

Die Heimatstrategie wurde 2014 ins Leben gerufen, um gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Regionen Bayerns zu fördern. Angesichts von Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Technologie wird das Konzept regelmäßig angepasst. Nach der Weiterentwicklung unter dem Titel „Offensive.Heimat.Bayern 2025“ erfolgt nun eine erneute Fortschreibung für die nächsten sieben Jahre unter dem Leitgedanken „Starker Zusammenhalt in einer Gesellschaft im Wandel“.

Im Mittelpunkt stehen zwei zentrale Handlungsfelder: die Stärkung regionaler und kommunaler Strukturen sowie die Förderung des gesellschaftlichen Miteinanders. Daraus leiten sich neun strategische Ziele ab. Dazu zählen unter anderem die Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen, der weitere Ausbau der Digitalisierung, die Steigerung der Attraktivität des ländlichen Raums sowie die Unterstützung regionaler Kultur und Traditionen.

Darüber hinaus sollen Maßnahmen zur Anpassung an den demografischen Wandel, zur Stärkung des Demokratievertrauens und zur Förderung ehrenamtlichen Engagements umgesetzt werden. Auch die Bürgerbeteiligung soll ausgebaut werden.

### Bürgerdialog

Zu den neuen Projekten zählt der Bürgerdialog „Heimatdialog.Grenznah“, der Mitte Juni startete. Bürgerinnen und Bürger aus Niederbayern, der Oberpfalz und Oberfranken können sich dabei sowohl online als auch bei regionalen Veranstaltungen an der Diskussion über die Zukunft ihrer Heimatregion beteiligen. Im Mittelpunkt stehen Entwicklungsperspektiven für die bayerischen Grenzgebiete entlang der tschechischen Grenze.

Ein weiteres Vorhaben beschäftigt sich mit „Heimat-Kümmern“, Menschen, die sich vor Ort besonders für das Gemeinwesen engagieren. In einem Forschungsprojekt sollen ihre



Unser Bild zeigt das aktuelle Präsidium des Deutschen Landkreistags. V.l. die Landräte Patrik Lauer, Sven Ambrosy, Dr. Achim Brötel (Präsident), Thomas Karmasin und Götz Ulrich mit Hauptgeschäftsführer Dr. Kay Ruge.  
Bild: Deutscher Landkreistag

Deutscher Landkreistag in Berlin:

## Heimat gestalten. Zukunft sichern

Rund 400 Landrätinnen und Landräte, Kreistagsmitglieder, Bundestagsabgeordnete und weitere Gäste aus Politik, Wirtschaft und von Verbänden und Organisationen kamen beim diesjährigen Deutschen Landkreistag in Berlin zusammen, um zentrale Zukunftsfragen der kommunalen Ebene zu diskutieren.

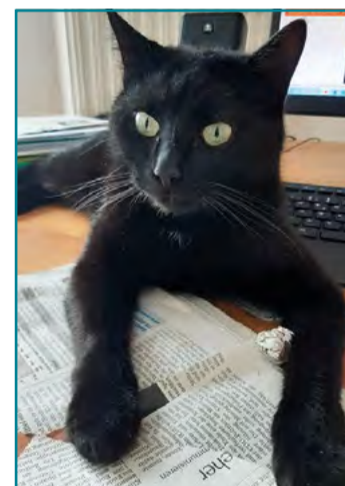
Mit dem „Berliner Appell der 294 Landkreise“ wurde insbesondere der Bund zu einem entschlossenen Kurswechsel aufgefordert. Unter dem Motto „Heimat gestalten. Zukunft sichern“ richtete sich der Fokus auf eine sofortige Stabilisierung der Kommunalfinanzen, eine tragfähige, zukunftsorientierte Ausgestaltung des Sozialstaates und einen wirksamen Abbau unnötiger Bürokratie.

### Mit dem Rücken an der Wand

„Die Landkreise stehen mit dem Rücken zur Wand“, betonte der wiedergewählte DLT-Präsident Landrat Dr. Achim Brötel (Neckar-Odenwald-Kreis). Die kommunalen Haushalte hätten das Jahr 2025 erneut mit einem Rekorddefizit von rund 30 Mrd. Euro abgeschlossen. Rücklagen seien vielerorts aufgebraucht, Investitionen in Schulen, Kitas, Straßen, Digitalisierung und ÖPNV würden zurückgestellt, Kassenkredite stiegen bedrohlich in nie gekannte Höhen. „So kann es nicht weitergehen. Wer den Staat handlungsfähig erhalten will, muss seine kommunale Basis nachhaltig stärken.“

Der „Berliner Appell“ fordert deshalb als sofort wirksame

Überbrückung, den kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer bis zum Wirken anderer Reformschritte um 10 Prozentpunkte anzuheben. Das würde die kommunale Ebene kurzfristig in der Größenordnung von (Fortsetzung auf Seite 4)



Die Weltmeisterschaft läuft, aber weder Fähnchen noch Fanhysterie sind in Sicht. Pino begibt sich auf Spurensuche und fragt sich, ob die WM diesmal an Wetter, FIFA, Prognosecomputern oder einfach an der deutschen Fußballseele scheitert.  
Seite 19

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Zivilschutz wird zur kommunalen Daueraufgabe . . . . .	2
Länderfinanzausgleich in massiver Schieflage . . . . .	2
Wohnungsbau und Fachkräftegewinnung erleichtern . . . . .	2
GZ-Kolumne Cornelia Trinkl: Was es jetzt braucht: Frauen in der Kommunalpolitik und an den Spitzen der Verwaltung . . .	3
225 Jahre Bayerische Vermessungsverwaltung . . . . .	3
59. Fachtagung Personenstandswesen in Lindau . . . . .	4
Breitband · Mobilfunk · Digitalisierung · IT . . . . .	6 - 12
Wasser · Abwasser . . . . .	13 - 15
Kommunalfahrzeuge · GaLaBau · Wald . . . . .	16 - 17
Aus den bayerischen Kommunen. . . . .	18 - 20

# Zivilschutz wird zur kommunalen Daueraufgabe

Landräte und Oberbürgermeister fordern klare Vorgaben und Finanzierung vom Bund

Die sicherheitspolitische Lage in Europa verändert die Anforderungen an Städte, Gemeinden und Landkreise grundlegend. Bei einer gemeinsamen Informationsveranstaltung des Bayerischen Innenministeriums und der Bundeswehr in der Pionierschule Ingolstadt diskutierten Bayerns Landräte, Oberbürgermeister sowie Vertreter von Hilfsorganisationen, Wirtschaft und Sicherheitsbehörden über die Zukunft von Bevölkerungsschutz und Ziviler Verteidigung.

Laut Innenminister Joachim Herrmann treibt Bayern seine Hausaufgaben im Katastrophenschutz bereits intensiv voran. Mit dem neu geschaffenen Landesamt für Bevölkerungsschutz habe der Freistaat die Führungsstrukturen gestärkt und investiere jährlich mehr als 40 Millionen Euro in den Katastrophenschutz. Für die Zivile Verteidigung sieht Herrmann jedoch den Bund in der Pflicht: „Den Takt bei der zivilen Verteidigung muss der Bund vorgeben.“ Er forderte klare rechtliche Rahmenbedingungen, bundesweit einheitliche Konzepte und eine verlässliche Finanzierung. Die Innenministerkonferenz halte Investitionen von mindestens 20 Milliarden Euro für erforderlich.

## Resilienz des Landes stärken

Generalleutnant André Bodemann, Stellvertreter des Befehlshabers des Operativen Führungskommandos der Bundeswehr, bezeichnete die Verteidigung Deutschlands als „gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe“. Angesichts hybrider Bedrohungen, Cyberangriffe und des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine müsse die Resilienz des Landes gestärkt werden. Der Operationsplan Deutschland sei ausdrücklich ein „Kriegsverhinderungsplan“, der durch glaubwürdige Abschreckung einen militärischen Konflikt verhindern solle. Dabei komme den Kommunen eine Schlüsselrolle zu.

Für die kommunale Ebene sprach der Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Dr. Oliver Bär. Bevölkerungsschutz werde vor Ort organisiert und gelebt, betonte er. Deshalb müssten Kommunen frühzeitig in neue Rechts-

rahmen eingebunden werden. Gleichzeitig warnte Bär davor, die Finanzierung den Städten und Landkreisen zu überlassen. „Bevölkerungsschutz darf keine Frage des Finanzstatus einer Kommune sein.“ Notstromversorgung, Schutzräume, Logistik und Lagezentren seien wichtige Bausteine, die nur mit einer klaren Konnexität zwischen Aufgabenübertragung und Finanzierung realisiert werden könnten.

Der Präsident des neu gegründeten Bayerischen Landesamts für Bevölkerungsschutz, Wolfgang Zacher, skizzierte die künftigen Schwerpunkte seiner Behörde. Dazu zählen ein bundesweit abgestimmtes ziviles Lagebild, deutlich mehr Übungen sowie die ressortübergreifende Koordination von Themen wie Energie-, Wasser- und Ernährungssicherheit. Zivile Verteidigung betreffe längst nicht mehr nur Innenbehörden, sondern nahezu alle Bereiche staatlichen Handelns.

## Kommunen stellen sich auf neue Anforderungen ein

Dass die Herausforderungen inzwischen vor Ort angekommen sind, zeigte das Gespräch mit Ingolstadts Oberbürger-

meister Dr. Michael Kern. Katastrophenschutz sei zwar seit Jahrzehnten Bestandteil kommunaler Vorsorge, die Komponente der Zivilen Verteidigung gewinne jedoch an Bedeutung. „Das beginnt mit einem Mindset“, sagte Kern. Verwaltung und Gesellschaft müssten wieder stärker in Szenarien denken, die man seit dem Ende des Kalten Krieges weitgehend verdrängt habe.

Neben personellen Einsatzplänen gehe es um zusätzliche Ausrüstung und Infrastruktur. Ingolstadt verfüge bereits über eine solide Grundausstattung, etwa bei der Notstromversorgung. Dennoch seien weitere Investitionen notwendig. Förderanträge seien bereits gestellt, der Austausch mit dem Bayerischen Innenministerium laufe intensiv. Kern sieht die Aufgabe als gesamtgesellschaftliches Projekt: „Diese Hausaufgaben müssen wir machen. Wenn wir das Thema gut bearbeiten, leisten wir auch einen Beitrag dazu, als Land und als Bündnis abzuschrecken.“

## Einheitliche Strukturen gefordert

Auch Dachaus Landrat Stefan Löwl wertete die Veranstaltung als wichtiges Signal. Die aktuelle Sicherheitslage führe vor Augen, dass glaubwürdige Abschreckung nur funktioniere, wenn militärische und zivile Komponenten zusammenpassen. Zugleich verwies

er auf die angespannte Finanzlage vieler Landkreise. „Wir haben kein Geld“, sei eine der zentralen Botschaften der kommunalen Vertreter gewesen.

Als konkretes Problem identifizierte Löwl bestehende Datenschutzregelungen. Für die Krisenvorsorge müsse eine Behörde wissen, welche Personen in welchen Organisationen eingesetzt werden können. Allein in Bayern gebe es rund 400.000 Ehrenamtliche im Bevölkerungsschutz. Viele engagierten sich jedoch gleichzeitig bei Feuerwehr, Rotem Kreuz, Bergwacht oder anderen Organisationen. Auch über Reservisten oder die Verfügbarkeit eigener Beschäftigter im Krisenfall lägen häufig keine belastbaren Informationen vor. „Wir als Landräte wünschen uns einheitliche Strukturen“, so Löwl.

## Zwischen Vorsorge und Abschreckung

Deutschland und Bayern stellen sich auf neue sicherheitspolitische Realitäten ein. Während der Freistaat seine Strukturen im Bevölkerungsschutz ausbaut, erwarten Länder und Kommunen nun vor allem klare Vorgaben und finanzielle Zusagen des Bundes. Für Städte und Landkreise bedeutet dies, dass Themen wie Notstromversorgung, Krisenkommunikation, Schutz kritischer Infrastruktur, Bevorratung und Einsatzplanung künftig stärker in den Fokus rücken werden.

Der Grundtenor in Ingolstadt war dabei eindeutig: Es geht nicht darum, Krieg vorzubereiten, sondern Frieden glaubwürdig zu sichern. Dazu müssen Bund, Länder und Kommunen jedoch enger zusammenarbeiten als bislang. **CH**

## Jährliche Belastung Bayerns 11,7 Milliarden Euro:

# Finanzkraftausgleich in massiver Schieflage

Füracker: Bayern zahlt jeden Monat rund 1 Milliarde Euro an finanzschwache Länder

Bayern bleibt mit großem Abstand der wichtigste Beitragszahler im bundesweiten Finanzkraftausgleich. Nach Angaben des Bayerischen Finanz- und Heimatministeriums wird der Freistaat im Jahr 2025 rund 11,7 Milliarden Euro an finanzschwächere Länder überweisen. Das entspricht nahezu einer Milliarde Euro pro Monat.

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker sieht darin eine zunehmend problematische Entwicklung. Anlässlich einer Sitzung des Finanzausschusses des Bundesrates Ende Mai sprach er von einer „massiven Schieflage“ des bestehenden Systems. Bayern stehe zwar weiterhin zur Solidarität unter den Ländern, das Ausgleichssystem müsse jedoch grundlegend reformiert werden.

„Der Freistaat Bayern ist mit Abstand größter Zahler beim Finanzkraftausgleich. Seit Jahren schultern wir den Löwenanteil“, erklärte Füracker. Zum Vergleich verwies er darauf, dass mit den jährlichen Ausgleichszahlungen nahezu 150.000 Lehrkräfte für ein Jahr finanziert werden könnten.

## Entlastungsgesetz bringt nur begrenzte Wirkung

Hintergrund der Debatte ist das geplante Länder- und Kommunalentlastungsgesetz (LKEG), das derzeit auf Bundesebene beraten wird. Der Gesetzentwurf sieht vor, die Geberländer im Finanzkraftausgleich in den Jahren 2026 bis 2029 um insgesamt 400 Millionen Euro jährlich zu entlasten. Wie hoch der jeweilige Anteil für die einzelnen Länder ausfällt, richtet sich nach deren Beitrag zum Gesamtausgleich.

Für Bayern wird mit einer jährlichen Entlastung von rund 200 Millionen Euro gerechnet. Aus Sicht der Staatsregierung ist dies zwar ein positives Signal, jedoch keine grundlegende Lösung. Die Summe entspreche lediglich rund zwei Prozent der zuletzt geleisteten Ausgleichszahlungen. Bayern brachte daher im Finanzausschuss zu Protokoll, weiterhin eine umfassende Reform des Ausgleichssystems einzufordern.

## Klage vor dem Bundesverfassungsgericht läuft weiter

Seit Einführung des Finanzausgleichssystems hat Bayern nach Angaben des Finanzministeriums insgesamt knapp 140 Milliarden Euro an andere Bundesländer abgeführt. Dem stehen lediglich rund 3,4 Milliarden Euro gegenüber, die der Freistaat bis Anfang der 1990er-Jahre als Empfängerland erhalten hatte.

Da sich aus Sicht der Staatsregierung bislang keine ausreichende Reformbereitschaft auf Bundes- und Länderebene gezeigt habe, leitete Bayern im Juli 2023 ein abstraktes Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht ein. Ziel ist eine Überprüfung der aktuellen Regelungen zum Finanzkraftausgleich.

Das Bundesverfassungsgericht hat im März mitgeteilt, noch im Laufe dieses Jahres eine Entscheidung treffen zu wollen. Das Verfahren gilt als richtungsweisend für die zukünftige Ausgestaltung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs.

## Bedeutung auch für die Kommunen

Für die bayerischen Kommunen wird die Diskussion aufmerksam verfolgt. Zwar betrifft der Finanzkraftausgleich unmittelbar die Länderfinanzen, die Staatsregierung argumentiert jedoch seit Jahren, dass die hohen Zahlungsverpflichtungen den finanziellen Handlungsspielraum des Freistaats einschränken. Dies könne sich mittelbar auch auf Investitionen in kommunale Infrastruktur, Bildung, Digitalisierung oder Förderprogramme auswirken. Ob die nun geplante Entlastung der Geberländer den Beginn einer grundlegenden Reform markiert oder lediglich eine Übergangslösung bleibt, dürfte daher nicht nur für die Länder, sondern auch für Städte, Gemeinden und Landkreise von erheblicher Bedeutung sein. **□**

# Wohnungsbau und Fachkräftegewinnung erleichtern

Mit einer Reihe von Gesetzesänderungen will die Bayerische Staatsregierung den Wohnungsbau erleichtern und die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse beschleunigen. Die entsprechenden Vorhaben wurden im Kabinett beraten und gebilligt. Über die Ergebnisse informierten Staatskanzleiminister Dr. Florian Herrmann und Bauminister Christian Bernreiter im Anschluss an die Sitzung.

Ziel des „Bayerischen Bau-turbo“ ist es, mehr Wohnraum zu schaffen und bestehende bürokratische Hürden im Baubereich abzubauen. Wie Minister Bernreiter erläuterte, soll der Wohnungsbau künftig als „übertragendes öffentliches Interesse“ in der Bayerischen Bauordnung verankert werden.

„Mit dem neuen Artikel 4 räumen wir dem Wohnungsbau das überragende öffentliche Interesse ein“, erklärte Bernreiter. Dies werde künftig bei Abwägungsentscheidungen eine wichtige Rolle spielen und die Schaffung von Wohnraum erleichtern. Die Maßnahme war bereits von Ministerpräsident Markus Söder in seiner Regierungserklärung angekündigt worden.

Neben dem Neubau richtet sich der Fokus der Staatsregierung verstärkt auf die Nutzung bestehender Gebäude. „Wenn es um bezahlbaren Wohnraum geht, geht es nicht nur um Neubau, sondern auch um Aus- und Umbau“, betonte Bernreiter. Deshalb soll eine neue „Bayerische Umbaumordnung“ eingeführt werden.

Nach Angaben des Bauministers profitieren davon insbesondere private Bauherren. Grundsätzlich gelte künftig: „Das Gebäude muss nach dem Umbau nicht mehr können als vorher.“ Wer innerhalb der bestehenden Gebäudestruktur umbaut, soll von zahlreichen Nachweispflichten und Genehmigungsverfahren entlastet werden.

Als Beispiel nannte Bernreiter den Ausbau von Dachgeschossen

merkte Herrmann.

Die Staatsregierung will deshalb die Anerkennungsverfahren vereinfachen und beschleunigen. „Häufig dauert das Verfahren zu lange, ist zu bürokratisch und zu umständlich“, machte Herrmann deutlich. Mit der nun beschlossenen Gesetzesänderung werde der „Grundstein für weniger Bürokratie, beschleunigte Verfahren und mehr Rechtssicherheit“ gelegt.

Eine wesentliche Neuerung betrifft den Anwendungsbereich des Gesetzes. Bislang mussten Antragsteller nachweisen, dass sie im Freistaat eine Tätigkeit ausüben wollen, die ihrer ausländischen Berufsqualifikation entspricht. Künftig soll die Anerkennung auch dann möglich sein, wenn die Fachkräfte zunächst in anderen qualifizierten Beschäftigungen arbeiten.

Der Staatskanzleichef sprach von einer „Anerkennung der Qualifikation auf Vorrat“. Dadurch entstehe mehr Flexibilität für Unternehmen und Arbeitnehmer. Die Qualifikation könne bereits anerkannt sein, bevor sich eine passende Stelle finde.

Darüber hinaus sollen englischsprachige Dokumente künftig grundsätzlich akzeptiert werden. Nach Auffassung der Staatsregierung können die zuständigen Behörden in den meisten Fällen ohne Weiteres mit englischen Unterlagen arbeiten. Übersetzungen ins Deutsche sollen daher nur noch in Ausnahmefällen verlangt werden.

Beide Gesetzesvorhaben werden nun zunächst in die Verbandsanhörung gegeben. Anschließend sollen sie erneut im Kabinett behandelt und anschließend dem Bayerischen Landtag zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden. **DK**

## Wir gratulieren

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Stöber  
Gemeinde Wang  
am 24.6.

Bürgermeisterin  
Dr. Dr. Kristina Becker  
Stadt Treuchtlingen  
am 25.6.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernd Höfer  
Gemeinde Meeder  
am 29.6.

Oberbürgermeister Jörg Volleth  
Stadt Erlangen  
am 27.6.

### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Markus Kennerknecht  
Gemeinde Grafath  
am 24.6.

### ZUM 40. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister  
Dominik Sauerteig  
Stadt Coburg  
am 29.6.

## Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

225 Jahre Bayerische Vermessungsverwaltung:

## Fundament für Eigentum, Planung und Digitalisierung

Pionierarbeit für einen modernen Staat

Mit einem Festakt in der Allerheiligen-Hofkirche der Münchner Residenz hat die Bayerische Vermessungsverwaltung ihr 225-jähriges Bestehen gefeiert. Finanz- und Heimatminister Albert Füracker würdigte die Verwaltung als „Garant für die Sicherung von Grundeigentum“ und zugleich als hochmodernen Geodatendienstleister. Seit 1801 habe die Vermessungsverwaltung maßgeblich dazu beigetragen, Bayern verlässlich zu erfassen, Eigentum zu sichern und staatliches Handeln auf präzise Grundlagen zu stellen.

Die Ursprünge reichen in die Zeit der ersten systematischen Landesvermessung zurück. Bayern wurde damals als erstes Flächenland Europas exakt vermessen – ohne elektronische Hilfsmittel, mit Messtisch, Karte und Tusche. Besonders hervorgeho-

den geförderten Glasfaserausbau investiert.

### Französische Wurzeln

Internationale Bezüge prägten den Festakt ebenfalls. Der französische Generalkonsul Alexan-

In seiner Keynote zu „New Space“ und Künstlicher Intelligenz zeigte er, wie wiederverwendbare Raketen, Satellitenkonstellationen und neue Geschäftsmodelle die Raumfahrt verändern. Zugleich mahnte er zu kritischem Denken im Umgang mit KI: Sie sei ein leistungsfähiges Werkzeug, könne menschliches Urteilsvermögen aber nicht ersetzen.

### Der nächste Schritt: CuBy

Zum Jubiläum richtet sich der Blick der Bayerischen Vermessungsverwaltung auch ins All: Im Sommer 2026 soll die bayerische Satellitenmission „CuBy“ starten. Künftig sollen Kleinsatelliten alle drei Tage hochauflösende Satellitenbilder einer Teilfläche Bayerns liefern. Diese Daten sollen unter anderem Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Umweltbeobachtung und Katastrophenschutz unterstützen.

Wolfgang Bauer, Abteilungsleiter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung im Finanz- und Heimatministerium, dankte den Beschäftigten, den Feldgeschworenen, den Kommunen sowie den Partnern aus Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft. Die Bayerische Vermessungsverwaltung sei in ihrer Größe und Kompetenz bundesweit einzigartig erhalten geblieben – und habe den Wandel von der analogen Karte zum digitalen Geodatensystem erfolgreich gestaltet.

### Tradition und Zukunft

Die Bayerische Vermessungsverwaltung steht seit 225 Jahren für Verlässlichkeit, Präzision und Rechtsklarheit. Zugleich ist sie ein zentraler Akteur der digitalen Transformation im Freistaat – von der Grundstücksgrenze bis zum Satellitenbild.

<https://www.ldbv.bayern.de/jubiläumfilm:https://youtu.be/Aa1XF3y2e9E?si=vr9x6EZWw0nb05L>



V.l.: Wolfgang Bauer, Abteilungsleiter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, Wissenschafts-astronaut Prof. Dr. Ulrich Walter, Alexandre Vulic, französischer Generalkonsul und Finanzminister Albert Füracker.

Bild: © StMFH, Fotograf: Christian Blaschka

ben wurde die erste Basislinie zwischen Unterföhring und Aufkirchen, deren Genauigkeit aus heutiger Sicht noch immer beeindruckt. Diese historischen Arbeiten bilden bis heute eine Grundlage des bayerischen Liegenschaftskatasters, das als „Karte zum Grundbuch“ Rechtssicherheit und Nachbarschaftsfrieden schafft.

Füracker betonte, dass die Leistungen der Vermessungsverwaltung für Planung, Bau, Infrastruktur, Eigentumsicherung und Verwaltung unverzichtbar seien. Allein 2025 wurden rund 80.000 Gebäudevermessungen und 27.000 Grenzvermessungen durchgeführt sowie rund 210.000 Grenzpunkte abgemarkt. Eine besondere Rolle spielen dabei auch die rund 27.000 Feldgeschworenen, das älteste kommunale Ehrenamt Bayerns.

dre Vulic erinnerte an die französischen Wurzeln der bayerischen Landesvermessung. Die Gründung des topographischen Büros und des Steuerkatasters im Jahr 1801 sei eng mit den damaligen französisch-bayerischen Beziehungen verbunden gewesen. Daraus habe Bayern eine eigenständige, starke Vermessungstradition entwickelt.

### Raumfahrt und KI

Einen Blick in die Zukunft warf der ehemalige Wissenschafts-astronaut Prof. Dr. Ulrich Walter.

### Bayerischer Städtetag zur BayKiBiG-Reform:

## Finanzierungsprobleme der Kitas bleiben

Die geplante Reform des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) setzt nach Einschätzung des Bayerischen Städtetags wichtige Impulse für die frühkindliche Bildung, wird die finanziellen Herausforderungen der Kommunen jedoch nicht dauerhaft lösen. Dies machte der kommunale Spitzenverband bei einer Anhörung im Sozialausschuss des Bayerischen Landtags deutlich.

Positiv bewertet der Bayerische Städtetag insbesondere die geplante Umschichtung von Mitteln aus dem auslaufenden Familien- und Krippengeld in die Kindertagesbetreuung. Auch die Mittel des bisherigen Elternbeitragszuschusses sollen im System verbleiben. Damit erkenne die Staatsregierung die strukturelle Unterfinanzierung der Kinderbetreuung grundsätzlich an, erklärte der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Johann Kronauer.

### Tatsächliche Kostenentwicklung

Aus Sicht der Städte und Gemeinden reicht der Gesetzentwurf jedoch nicht aus, um die steigenden Betriebskosten der Einrichtungen dauerhaft aufzufangen. Die vorgesehene Förderung decke die tatsächliche Kostenentwicklung nicht ab. Insbesondere steigende Personal- und Energiekosten würden die finanzielle Entlastung innerhalb kurzer Zeit wieder aufzehren. Kommunen müssten daher auch

künftig erhebliche Defizite tragen. Der Städtetag fordert deshalb eine dauerhafte Dynamisierung des sogenannten Qualitätsbonus. Dieser müsse sich an den tatsächlichen Kostenentwicklungen orientieren, insbesondere an den Tarifsteigerungen im Sozial- und Erziehungsdienst sowie an der allgemeinen Inflation. Ohne einen solchen Mechanismus drohe das Finanzierungssystem erneut in Schieflage zu geraten.

Zugleich warnt der kommunale Spitzenverband vor unrealistischen Erwartungen bei den Elternbeiträgen. Angesichts der angespannten Haushaltslage vieler Städte und Gemeinden seien Anpassungen der Gebühren vor Ort weiterhin möglich. Eine flächendeckend beitragsfreie Kinderbetreuung lasse sich unter den bestehenden Rahmenbedingungen nicht finanzieren. Die Kommunen stünden damit auch künftig vor der Herausforderung, zwischen bezahlbaren Elternbeiträgen und einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung abzuwägen. □

### Vom Kataster zum Geodatendienstleister

Aus der klassischen Vermessungsverwaltung ist längst ein digitaler Geodatendienstleister geworden. Das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung sowie die 51 Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung stellen hochwertige amtliche Geodaten bereit – etwa Luftbilder, digitale Flurkarten, Höhen- und Gebäudemodelle. Über den BayernAtlas sind diese Daten für Bürger, Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung nutzbar.

### Wichtiger Partner der Kommunen

Auch für die Kommunen hat die Verwaltung große Bedeutung: Seit 2014 gehören Breitbandförderung und Digitalisierung zu ihren Aufgaben. Breitbandzentrum, Breitbandmanager und BayernLabs unterstützen Städte und Gemeinden bei digitalen Infrastrukturfragen. Nach Angaben des Ministeriums sind inzwischen mehr als 99 Prozent der bayerischen Haushalte mit schnellem Internet versorgt, rund 74 Prozent gigabitfähig. Der Freistaat hat seit 2014 rund 2,7 Milliarden Euro in

GZ

KOLUMNE  
Cornelia Trinkl

Liebe Leserinnen und Leser,

ich bin in einer Sitzung oder stelle mich mit Kollegen für ein Gruppenfoto auf und stelle wieder einmal fest: ich bin die einzige Frau.

Die vergangenen Kommunalwahlen haben erneut gezeigt: die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in politischen Führungspositionen ist noch lange nicht erreicht. Obwohl Frauen rund die Hälfte der Bevölkerung stellen, sind sie in kommunalen Parlamenten, Rathäusern und insbesondere in den Spitzenämtern weiterhin deutlich unterrepräsentiert. Der Frauenanteil in wichtigen Entscheidungspositionen ist sogar nochmals zurückgegangen. Nach den erfolgten Stichwahlen gibt es in keiner kreisfreien Stadt eine weibliche Oberbürgermeisterin.



schrecken digitale Anfeindungen oder sexistische Angriffe auf Kommunalpolitikerinnen viele Frauen ab. Und hier beginnt jetzt – kurz nach der Wahl – bereits unsere Arbeit und Vorbereitung für 2032. Wir müssen jetzt damit beginnen, Frauen für eine Kandidatur zu begeistern. Wer nicht kandidiert, kann auch nicht gewählt werden.

Wir brauchen sichtbare Vorbilder: Mädchen und junge Frauen müssen Frauen in Verantwortung erleben können – als Landrätinnen, Bürgermeisterinnen, Referentinnen, Amtsleiterinnen, Kreis-, Stadt- und Gemeinderätinnen. Sichtbarkeit schafft Selbstverständlichkeit. Wer Vorbilder sieht, entwickelt eigene Ambitionen.

Wir müssen die kommunalpolitischen Abläufe aber auch stärker an den Lebensrealitäten orientieren: flexible Sitzungszeiten mit planbarem Ende, digitale Beteiligungsmöglichkeiten und familienfreundliche Strukturen. Das sind alles keine Sonderwünsche, sondern Voraussetzungen für mehr Teilhabe.

Lassen Sie uns aber bereits heute mehr Frauen ermutigen und in unsere Netzwerke bringen. Seien es Programme zur Nachwuchsförderung, Mentoringangebote und kommunale Frauennetzwerke, die Hemmschwellen abbauen und den Einstieg in politische Verantwortung erleichtern können. Wir brauchen eine neue politische Kultur. Frauen sollen nicht trotz ihres Geschlechts erfolgreich sein und auch nicht nur in Mandate kommen, weil sie Frauen sind.

Frauen sollen selbstverständlich erfolgreich sein. Dazu gehört eine Kultur des Respekts, die unterschiedliche Führungsstile anerkennt und politische Kompetenz unabhängig bewertet.

Denn es geht nicht um Symbolik. Studien und Erfahrungen zeigen, dass vielfältig zusammengesetzte Gremien unterschiedliche Lebensrealitäten sowie Erfahrungen einbringen und dabei letztlich bessere Entscheidungen treffen. Gerade Kommunalpolitik lebt von Nähe, Dialog und konkreter Problemlösung. Sie braucht die Erfahrungen von Frauen ebenso wie die von Männern.

Wenn ich auf meine beiden Töchter blicke, wünsche ich mir, dass sie später nicht darüber nachdenken müssen, ob politische Führung für Frauen möglich ist oder bei Terminen gefragt werden, wo ihre Kinder sind (wobei Väter das nie gefragt werden).

Ich wünsche mir, dass sie selbstverständlich davon ausgehen können, Verantwortung zu übernehmen – in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft.

Öffnen wir gemeinsam Türen für die nächste Generation von Frauen in Verantwortung!

### Ihre Cornelia Trinkl

Bildungsreferentin der Stadt Nürnberg, stellv. KPVLandesvorsitzende, langjährige Stadt- und Kreisrätin sowie stellv. Landrätin

## Was es jetzt braucht: Frauen in der Kommunalpolitik und an den Spitzen der Verwaltung

Trotz Bemühungen von verschiedenen Seiten und überparteilichen Kampagnen für mehr Frauen in der Kommunalpolitik hat sich dieser Trend verfestigt. Diese Entwicklung sollte uns nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich zu denken geben. Denn Kommunalpolitik entscheidet über die Lebensrealität der Menschen: Bildung, Mobilität, Sicherheit, Kultur, Betreuung oder Wohnen. Gerade deshalb braucht es mehr Perspektiven und ganz explizit auch die Erfahrungen und Kompetenzen von Frauen in den kommunalen Entscheidungsprozessen. Dabei geht es nicht allein um Repräsentation – Demokratie gewinnt an Glaubwürdigkeit, wenn die Vielfalt unserer Gesellschaft auch dort sichtbar wird, wo Entscheidungen getroffen werden.

Als Bildungsreferentin bewegt mich dieses Thema nicht nur beruflich, sondern auch persönlich. Seit 25 Jahren engagiere ich mich in der Politik – zunächst ehrenamtlich, inzwischen auch beruflich. Ich habe erlebt, wie viel Gestaltungskraft Kommunalpolitik entfalten kann; aber auch, wie hartnäckig Strukturen und auch Meinungen sein können, die Frauen den Weg in die politische Verantwortung erschweren. Als Mama von zwei Mädchen frage ich mich daher nicht nur, wie Politik heute aussieht, sondern welche Vorbilder und Möglichkeiten wir der nächsten Generation zeigen.

Die Ursachen für die geringe Repräsentanz von Frauen sind vielfältig: traditionelle Rollenbilder, Übernahme der Familien- und Sorgearbeit oder lange (Abend-) Sitzungen. Gleichzeitig

### KfW-Kommunalpanel 2026:

## Kommunen setzen auf Schulen und Straßen

Trotz angespannter Haushaltslage weckt das Sondervermögen des Bundes Hoffnung auf zusätzliche Investitionen. Die ersten Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels zeigen jedoch: Der Investitionsstau bleibt groß, und die finanzielle Situation vieler Städte und Gemeinden verschlechtert sich weiter.

### Schulen und Straßen haben Priorität

Bei der geplanten Verwendung der Mittel setzen die Kommunen klare Prioritäten. Rund jede zweite Kommune, die bereits 2026 mit Geldern aus dem Sondervermögen plant, will diese vor allem in Schulen und Straßen investieren. Im Durchschnitt sollen 24 Prozent der Mittel in die Schulinfrastruktur fließen, weitere 22 Prozent in Straßen und Verkehrswege.

### Sondervermögen als Hoffnungsträger

Für etwas Optimismus sorgt das Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur und Klimaneutralität. Nach den Umfrageergebnissen rechnen 22 Prozent der Kommunen bereits im Jahr 2026 mit positiven Auswirkungen auf ihre Investitionstätigkeit. Für 2027 gehen sogar 38 Prozent davon aus, dass sie dank der zusätzlichen Mittel mehr investieren können als bislang geplant.

### Mehr Geld für Sicherheit und Betreuung

Ebenfalls häufig genannt werden Maßnahmen für den Brand- und Katastrophenschutz. Rund 18 Prozent der Mittel sollen in diesen Bereich fließen. Zudem planen zahlreiche Kommunen Investitionen in Kinderbetreuungseinrichtungen und Sportstätten. Für die Kinderbetreuung sind durchschnittlich zehn Prozent der Mittel vorgesehen,

für Sportstätten neun Prozent.

### Investitionsstau

Trotz der zusätzlichen Finanzmittel machen die Ergebnisse deutlich, dass die Erwartungen an das Sondervermögen begrenzt bleiben. Angesichts des hohen Investitionsstaus könne es die bestehenden Herausforderungen nur teilweise lösen, betont das Difu. Insbesondere bei der Energiewende, der Anpassung an den Klimawandel, der Mobilitätsinfrastruktur und der Digitalisierung bestche weiterhin erheblicher Handlungsbedarf.

### Kommunen erwarten sichtbare Verbesserungen

Die Mittel müssten nun möglichst schnell in konkrete Projekte umgesetzt werden, damit die Bürgerinnen und Bürger vor Ort Verbesserungen wahrnehmen können. Das KfW-Kommunalpanel wird seit 2009 jährlich vom Difu im Auftrag der KfW durchgeführt. Für die aktuelle Erhebung wurden Anfang 2026 bundesweit 2.904 Kommunen mit mehr als 2.000 Einwohnern befragt. Die vollständigen Ergebnisse sollen im Juni veröffentlicht werden. □

## Drängen auf grundlegende ...

(Fortsetzung von Seite 1)

mehr um eine vorübergehende Belastung, sondern um ein strukturelles Problem. Viele Landkreise sahen sich mit gesetzlichen Aufgaben konfrontiert, deren Umfang und Finanzierung sie selbst kaum beeinflussen könnten. Dies betraf insbesondere Leistungen im Sozialbereich, die auf Bundesebene beschlossen würden, deren finanzielle Folgen jedoch in erheblichem Umfang von den Kommunen getragen werden müssten.

### Anwendung des Konnexitätsprinzips

Vor diesem Hintergrund forderte Karmasin eine stärkere Beteiligung des Bundes an den von ihm beschlossenen Leistungen. Das Konnexitätsprinzip müsse wieder konsequent angewendet werden. Gleichzeitig würdigte er die Unterstützung des Freistaats Bayern. Positiv hob er die Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs, Maßnahmen zur Digitalisierung der Verwaltung, Investitionen in den Hochwasserschutz sowie Bemühungen zum Bürokratieabbau hervor.

Als wichtigen Schritt bezeichnete Karmasin die Vereinbarung zwischen Freistaat und kommunalen Spitzenverbänden, den Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund schrittweise von 12,75 auf 13,5 Prozent bis zum Jahr 2027 anzuheben. Langfristig müsse angesichts der finanziellen Herausforderungen allerdings ein Anteil von 15 Prozent erreicht werden, um die kommunale Selbstverwaltung dauerhaft zu sichern.

### Sorge um kommunale Krankenhäuser

Breiten Raum nahm die Diskussion über die Zukunft der kommunalen Krankenhäuser ein. Viele Landkreise tragen als Träger ihrer Kliniken bereits heute erhebliche Defizite. Die wirtschaftliche Situation zahlreicher Häuser habe sich in den vergangenen Jahren weiter verschlechtert, so der Präsident.

Besondere Sorge bereitet den kommunalen Spitzenverbänden das geplante GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz. Nach ihren Berechnungen könnten auf die kommunalen Krankenhausträger in Bayern ab dem Jahr 2027 zusätzliche Belastungen von rund 955 Millionen Euro jährlich zukommen.

Die Landkreise warnen davor, dass diese Entwicklung unmittelbare Auswirkungen auf andere kommunale Aufgaben haben könnte. Mittel, die für den Ausgleich von Klinikdefiziten eingesetzt werden müssten, stünden dann für Investitionen in Schulen, Straßen, den öffentlichen Nahverkehr oder andere Infrastrukturprojekte nicht mehr zur Verfügung.

Karmasin sprach sich daher für eine grundlegende Neuordnung der Krankenhausfinanzierung aus. Der Bund müsse insbesondere jene Leistungen vollständig finanzieren, die nicht unmittelbar der Krankenversicherung zuzurechnen seien. Gleichzeitig müsse die Krankenhauspolitik sowohl die medizinische Versorgung der Bevölkerung als auch die finanzielle Tragfähigkeit der Einrichtungen berücksichtigen.

### Unterstützung von Söder

Ministerpräsident Söder sicherte den kommunalen Vertretern Unterstützung zu und kündigte an, sich weiterhin für tragfähige Lösungen einzusetzen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Versammlung war die Entwick-

lung der Kinder- und Jugendhilfe. Nach Darstellung des Landkreistags steigen die Ausgaben seit Jahren deutlich an. Inzwischen belaufen sich die Aufwendungen in Bayern auf rund 10,9 Milliarden Euro.

### 7.000 bis 8.000 Euro pro Heimplatz

Als Ursachen wurden mehrere Entwicklungen genannt: steigende Fallzahlen, Fachkräftemangel, höhere Tarifabschlüsse, zusätzliche Rechtsansprüche sowie wachsende Belastungen in anderen Hilfesystemen. Diese Faktoren würden sich gegenseitig verstärken und die Jugendämter vor erhebliche organisatorische und finanzielle Herausforderungen stellen. So seien in der Erziehungshilfe die Kosten für stationäre Unterbringung innerhalb weniger Jahre erheblich gestiegen. Während für einen Heimplatz früher häufig rund 4.500 Euro monatlich veranschlagt wurden, lägen die Kosten heute vielfach zwischen 7.000 und 8.000 Euro. In besonders komplexen Fällen könnten sie deutlich darüber hinausgehen.

### Weitere Belastungen durch Reform des Sozialgesetzbuchs

Kritisch bewertete Karmasin zudem die geplante Reform des Sozialgesetzbuches VIII. Nach Berechnungen des Bayerischen Landkreistags würden allein im Freistaat mehr als 500 zusätzliche Stellen benötigt. Hinzu kämen laufende Verwaltungskosten von rund 49 Millionen Euro jährlich. Die Landkreise befürch-

(Fortsetzung von Seite 1)

ten Sicherheit und Daseinsvorsorge. Insbesondere dürfe die kommunale Ebene nicht länger Ausfallbürge für andere Systeme sein. Dass Leistungen, die in die Verantwortung der Pflegeversicherung oder der Schulen gehörten, über kommunale Sozial- oder Jugendhilfesysteme finanziert werden, ist für die Landkreise nicht mehr leistbar. „Was Schule ist, muss von den Ländern und ihren Schulen organisiert und finanziert werden. Was Pflege ist, muss verlässlich von den Pflegekassen getragen werden.“

### Das Vertrauen der Bürger leidet

Brötel zufolge reicht es nicht, den Kommunen immer neue Aufgaben, neue Rechtsansprüche und neue Standards überzustülpen und sie dann bei der Finanzierung dauerhaft allein zu lassen. Damit werde aus einem Finanzproblem zwangsläufig auch ein Vertrauensproblem. Die Menschen erlebten schließlich vor Ort, ob der Staat funktioniert. Wenn die Landkreise nicht mehr investieren können, freiwillige Leistungen gestrichen werden müssen und die kommunale Ebene sichtbar nur noch den Mangel verwaltet, leide am Ende das Vertrauen in die Demokratie und in handlungsfähige staatliche Strukturen.

Ein weiterer Schwerpunkt des „Berliner Appells“ ist die Ausrichtung des Sozialstaates auf bessere Strukturen. Die Landkreise bekennen sich ausdrücklich zu einem verlässlichen Sozialstaat, fordern aber mehr Zielgenauigkeit, Wirksamkeit und finanzielle Tragfähigkeit. Besonders stark steigende Ausgaben in der Eingliederungshilfe, der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Hilfe zur Pflege verdrängten inzwischen Zukunftsinvestitionen in Bildung, Infrastruktur,

und wirtschaftliche Unsicherheiten die Rahmenbedingungen grundlegend verändert. Gleichzeitig seien die Erwartungen an staatliche Leistungen kontinuierlich gestiegen.

Der Ministerpräsident räumte ein, dass insbesondere die Dynamik der Sozialausgaben in zwischen eine erhebliche Herausforderung darstelle. Künftig müsse stärker darauf geachtet werden, welche Leistungen dauerhaft finanzierbar seien und wie vorhandene Mittel möglichst zielgerichtet eingesetzt werden könnten. Als zentrale politische Ziele nannte Söder die Vermeidung neuer Belastungen ohne entsprechende Finanzierung, die Entbürokratisierung staatlicher Verfahren sowie die Sicherung kommunaler Investitionsmöglichkeiten. Dabei sprach er sich auch für mehr kommunale Gestaltungsspielräume aus, etwa durch Modellregionen oder zeitlich befristete Experimentierklauseln.

### Mehr Eigenverantwortung für die Kommunen

Die kommunalen Vertreter warben dafür, den Landkreisen und Gemeinden mehr Eigenverantwortung zu übertragen. Ziel sei es, Entscheidungen stärker dort zu treffen, wo die Auswirkungen unmittelbar spürbar seien.

Ministerpräsident Markus Söder stellte die Bedeutung leistungsfähiger Kommunen für das Funktionieren des Staates heraus. Landräte, Bürgermeister und kommunale Mandatsträger seien diejenigen politischen Verantwortungsträger, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten stünden.

Söder verwies auf die tiefgreifenden Veränderungen der vergangenen Jahre. Nach einer langen Phase wirtschaftlichen Wachstums hätten die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, internationale Krisen

und wirtschaftliche Unsicherheiten die Rahmenbedingungen grundlegend verändert. Gleichzeitig seien die Erwartungen an staatliche Leistungen kontinuierlich gestiegen.

Der Ministerpräsident räumte ein, dass insbesondere die Dynamik der Sozialausgaben in zwischen eine erhebliche Herausforderung darstelle. Künftig müsse stärker darauf geachtet werden, welche Leistungen dauerhaft finanzierbar seien und wie vorhandene Mittel möglichst zielgerichtet eingesetzt werden könnten.

Als zentrale politische Ziele nannte Söder die Vermeidung neuer Belastungen ohne entsprechende Finanzierung, die Entbürokratisierung staatlicher Verfahren sowie die Sicherung kommunaler Investitionsmöglichkeiten. Dabei sprach er sich auch für mehr kommunale Gestaltungsspielräume aus, etwa durch Modellregionen oder zeitlich befristete Experimentierklauseln.

### Söder und Karmasin mahnen demokratische Stabilität an

Ein gemeinsamer Nenner zog sich durch nahezu alle Diskussionen der Landkreisversammlung: die Bedeutung leistungsfähiger Kommunen für das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat. Sowohl Karmasin als auch Söder betonten, dass demokratische Stabilität unmittelbar davon abhängen, ob öffentliche Leistungen vor Ort zuverlässig erbracht werden können. Schulen, Krankenhäuser, Straßen, öffentlicher Nahverkehr und eine funktionierende Verwaltung seien die Bereiche, in denen Bürgerinnen und Bürger staatliches Handeln unmittelbar erlebten. **DK**

## Heimat gestalten ...

Kommunen zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung auf, um die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wieder zu stärken. Angesichts der aktuellen Herausforderungen seien entschlossenes Handeln und grundlegende Reformen notwendig, um Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand langfristig zu sichern.

### Bundesregierung muss ernst machen mit ihrer Zusage einer fairen Aufgaben- und Finanzierungsverteilung

Vor allem aber müsse die Bundesregierung endlich einmal ernst machen mit dem Koalitionsvertrag verankerten Zusage, sich für eine faire Aufgaben- und Finanzierungsverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen einzusetzen. Schon jetzt werde die kommunale Ebene in vielen Bereichen schlicht als unzuständiger Ausfallbürge missbraucht. Dies gehe jetzt bei den Krankenhäusern oder in der Pflege so weiter: „Man kann doch ein Unrecht nicht dadurch beseitigen, dass man ein anderes, für das man im Übrigen ebenfalls die Verantwortung trägt, noch weiter vergrößert“, bemerkte Brötel. Die Kommunen und insbesondere die Landkreise dürften nicht länger der Zahlmeister der Nation sein.

### Bürokratie verschlingt zu viel Zeit, Geld und Personal

Auch beim Bürokratieabbau werden konkrete Fortschritte erwartet. Zu viel Zeit, Geld und Personal gingen in komplizierte Zuständigkeitsklärungen, überzogene Dokumentationspflichten, aufwändige Bedarfsmittlungen sowie langwierige Genehmigungs-, Erstattungs- und Abstimmungsverfahren. Wie der DLT-Chef erläuterte, sei Bürokratieabbau eine zentrale Voraussetzung dafür, dass der Staat leistungsfähig bleibt. „Wir müssen endlich zu einfacheren Verfahren in der Sozialverwaltung, zu durchgängig digitalen Genehmigungen und mehr Vertrauen in die kommunale Praxis kommen. Das ist unser Zielbild. Gerade in Zeiten, wo überall das Geld fehlt.“

Auch in der Gesundheitspolitik verlangte Brötel tragfähige Strukturen. Krankenhäuser seien gerade in ländlichen Räumen mehr als betriebswirtschaftliche Einheiten: „Sie sind ein Stück Sicherheitsversprechen.“ Veränderungen in der Krankenhauslandschaft seien notwendig, dürften aber nicht in einen ungesteuerten kalten Strukturwandel münden. Die Landkreise hätten in den vergangenen Jahren mindestens 25 Mrd. Euro aufbringen müssen, um ihre

Kommunen zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung auf, um die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wieder zu stärken. Angesichts der aktuellen Herausforderungen seien entschlossenes Handeln und grundlegende Reformen notwendig, um Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand langfristig zu sichern.

### Bundesregierung muss ernst machen mit ihrer Zusage einer fairen Aufgaben- und Finanzierungsverteilung

Vor allem aber müsse die Bundesregierung endlich einmal ernst machen mit dem Koalitionsvertrag verankerten Zusage, sich für eine faire Aufgaben- und Finanzierungsverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen einzusetzen. Schon jetzt werde die kommunale Ebene in vielen Bereichen schlicht als unzuständiger Ausfallbürge missbraucht. Dies gehe jetzt bei den Krankenhäusern oder in der Pflege so weiter: „Man kann doch ein Unrecht nicht dadurch beseitigen, dass man ein anderes, für das man im Übrigen ebenfalls die Verantwortung trägt, noch weiter vergrößert“, bemerkte Brötel. Die Kommunen und insbesondere die Landkreise dürften nicht länger der Zahlmeister der Nation sein.

### Angehörige werden früher zur Kasse gebeten

Positiv an den nun vorgelegten Vorstellungen des Bundes für eine Pflegereform sei in diesem Zusammenhang aber immerhin, die Einkommensgrenze für den Rückgriff auf unterhaltspflichtige Angehörige zu senken. Seit 2020 werden Kinder pflegebedürftiger Eltern grundsätzlich erst ab einem Jahresbruttoeinkommen von mehr als 100.000 Euro zum Unterhalt herangezogen. Diese Grenze ist laut Brötel deutlich zu hoch. Wer über ein sehr hohes Einkommen verfügt, könne nicht vollständig von familiärer Verantwortung freigestellt werden, so der DLT-Präsident.

Bundesfinanzminister Lars Klingbeil rief Bund, Länder und

## Landrat Schnaudigel an die Spitze des CEMR gewählt

Landrat Dr. Christoph Schnaudigel (Landkreis Karlsruhe) ist neuer Präsident des Council of European Municipalities and Regions (CEMR), des Rates der Gemeinden und Regionen Europas. Das Präsidium des europäischen Kommunalverbandes wählte ihn in Rovaniemi (Finnland) einstimmig für die laufende dreijährige Mandatsperiode. Erstmals steht damit ein deutscher Landrat an der Spitze des größten europäischen Kommunalverbandes.

Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Dr. Achim Brötel, gratulierte seinem Amtskollegen zur Wahl. Diese sei „ein starkes Signal für die Wahrnehmung der Landkreise und der deutschen kommunalen Ebene insgesamt in Europa“. Die Wahl unterstreiche die Bedeutung der deutschen Kommunen in der europäischen Interessenvertretung.

Schnaudigel folgt auf die Norwegerin Gunn-Marit Helgesen, die zur Präsidentin des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates gewählt wurde. Schnaudigel ist zugleich Präsident der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Bereits seit Ende 2022 war er gemeinsam mit Philippe Laurent, Präsident der französischen RGRE-Sektion, Co-Präsident des CEMR.

Der CEMR ist der größte Zusammenschluss kommunaler und regionaler Gebietskörperschaften in Europa. Er vertritt die Interessen von Kommunen und Regionen gegenüber den europäischen Institutionen. Zu zentralen Aufgaben zählen die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, die Förderung der europäischen Zusammenarbeit sowie die Einbindung der kommunalen Ebene in die europäische Gesetzgebung und Politikgestaltung.

Nach seiner Wahl betonte Schnaudigel die Bedeutung starker Kommunen und Regionen für ein handlungsfähiges Europa. Gerade angesichts wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und geopolitischer Herausforderungen komme der kommunalen Ebene eine Schlüsselrolle zu. Städte, Gemeinden und Landkreise setzten europäische Politik vor Ort um und trügen wesentlich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Ein Schwerpunkt seiner Präsidentschaft werde daher die stärkere Berücksichtigung kommunaler Interessen im europäischen Gesetzgebungsprozess in Brüssel sein. Entscheidungen auf europäischer Ebene müssten die Auswirkungen auf die kommunale Praxis stärker in den Blick nehmen. Ziel sei es, die Interessen der Städte, Gemeinden und Landkreise frühzeitig und wirksam in politische Prozesse der Europäischen Union einzubringen.

Mit der Wahl Schnaudigels unterstreichen die Mitgliedsverbände des CEMR zugleich die wachsende Bedeutung der kommunalen Ebene für die europäische Politikgestaltung. Kommunen und Regionen sollen künftig noch stärker als wichtige Partner bei der Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben Europas wahrgenommen werden. **□**

Entwicklung warnte er davor, die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu enttäuschen. Gelingen es nicht, spürbare Verbesserungen zu erreichen, könnten jene politischen Kräfte gestärkt werden, die grundlegende Werte und Strukturen des Landes infrage stellten.

Bereits zuvor hatte Bundesgesundheitsministerin Nina Warke ihre Reform- und Sparpläne für die Kranken- und Pflegeversicherung erläutert und verteidigt. In einem weiteren Fachforum diskutierte Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer über die Zukunft und Entwicklung ländlicher Räume.

### Kanzler lässt Erwartungen dämpfen

Für den kurzfristig verhinderten Bundeskanzler Friedrich Merz nahm Kanzleramtsminister Thorsten Frei an der Veranstaltung teil. Er unterstrich die zentrale Rolle der Landkreise für die wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Sicherheit vor Ort und sagte zu, gemeinsam mit der kommunalen Ebene nach Lösungen für bestehende Herausforderungen zu suchen. Gleichzeitig machte Frei deutlich, dass die Erwartungen an schnelle und umfassende Verbesserungen realistisch betrachtet werden müssten. Die finanziellen und strukturellen Herausforderungen seien erheblich.

Auch Frei verwies auf die Notwendigkeit der von der Bundesregierung angestoßenen Reformen. Ein Verzicht auf Veränderungen würde nach seiner Einschätzung nicht zum Erhalt des bisherigen Zustands führen, sondern die Handlungsmöglichkeiten von Staat und Kommunen weiter einschränken. Deshalb arbeiteten Bund, Länder und Kommunen derzeit gemeinsam daran, die notwendigen Reformen voranzubringen und die Zukunftsfähigkeit des Landes zu sichern. **DK**



Blick in die Reihen der Delegierten.

Bilder (2): Fachverband der bayerischen Standesbeamtinnen und Standesbeamten e.V., Elke König

59. Fachtagung Personenstandswesen in Lindau:

## Zwischen Namensrecht, Digitalisierung und KI

Mehr als 400 Standesbeamtinnen und Standesbeamte diskutierten in Lindau über neue gesetzliche Vorgaben, die Registermodernisierung und den Einsatz der KI

Mit aktuellen Entwicklungen im Personenstandsrecht, der fortschreitenden Digitalisierung der Verwaltung sowie neuen technischen Möglichkeiten befasste sich die 59. Fachtagung Personenstandswesen des Fachverbandes der bayerischen Standesbeamtinnen und Standesbeamten e.V. in Lindau. Verbandsvorsitzender Mathias Müller hieß dazu mehr als 400 Standesbeamtinnen und Standesbeamte aus Bayern sowie zahlreiche Gäste aus weiteren Bundesländern und dem Ausland willkommen.

Die Lindauer Oberbürgermeisterin Dr. Claudia Alfons betonte die gesellschaftliche Bedeutung der Standesämter, die Menschen von der Geburt über die Eheschließung bis hin zum Sterbefall begleiten. Mit ihren besonderen Trauorten am Bodensee sei die Stadt Lindau zudem ein beliebtes Ziel für Eheschließungen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz.

### Neue Gesetze sorgen für Mehraufwand

In seinem Rechenschaftsbericht verwies Mathias Müller auf zahlreiche gesetzliche Änderungen seit der letzten Fachtagung 2024. Dazu zählen das Gesetz zum Schutz Minderjähriger bei Auslandsreisen, das Selbstbestimmungsgesetz, das neue Namensrecht, die Einführung der Steuer-Identifikationsnummer in die Personenstandsregister sowie die jüngsten Regelungen zur Vaterschaftsanfechtung.

Müller kritisierte dabei teilweise unklare gesetzliche Vorgaben. Diese führten nicht nur zu Rechtsunsicherheiten, sondern erhöhten auch den Verwaltungsaufwand in den Standesämtern und bei den Gerichten. Vor allem beim neuen Namensrecht, beim Selbstbestimmungsgesetz und im Abstammungsrecht bestehe weiterhin erheblicher Klärungsbedarf.

### Digitalisierung nimmt Fahrt auf

Für das Bayerische Innenministerium sprach Ministerialrätin Corinna Eberl, die den verordneten Staatssekretär Sandro Kirchner vertrat. Sie würdigte die Leistungen der Standesämter bei der digitalen Transformation der Verwaltung. Das sogenannte Once-only-Prinzip, bei dem Bürger bestimmte Daten nur einmal angeben müssen, sei im Personenstandswesen bereits weitgehend umgesetzt.

Voraussetzung für weitere Fortschritte sei jedoch die vollständige Digitalisierung der noch vorhandenen Personenstandsbücher. Eberl dankte den Beschäftigten für die damit verbundenen Anstrengungen und betonte die Bedeutung moderner Verwaltungsstrukturen für einen bürgerfreundlichen Staat.

### 150 Jahre staatliches Personenstandswesen

Einen historischen Rückblick bot Hans Schmidt, ehemaliger Leiter des Standesamts Men-

den. Anlässlich des 150-jährigen Bestehens des staatlichen Personenstandswesens zeichnete er die Entwicklung des Personenstands-, Ehe- und Namensrechts seit dem Jahr 1876 nach.



Die Lindauer Oberbürgermeisterin Dr. Claudia Alfons gemeinsam mit dem Fachverbandsvorsitzenden Mathias Müller.

Damals war die Registerführung von den Kirchen auf staatliche Behörden übergegangen.

### Abstammungsrecht vor neuen Herausforderungen

Mit aktuellen Fragen des Abstammungsrechts befasste sich Heinz Zimmermann vom Standesamt Neukölln von Berlin. Er erläuterte den Gesetzentwurf zur Verhinderung missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen, der künftig in bestimmten Fällen eine Beteiligung der Ausländerbehörden vorsieht.

Darüber hinaus stellte er die gesetzlichen Änderungen vor, die auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zurückgehen. Dabei verwies er auf zahlreiche offene Rechtsfragen, die die Praxis weiterhin beschäftigen werden.

### Künstliche Intelligenz als Chance für die Verwaltung

Welche Möglichkeiten Künstliche Intelligenz künftig in der Verwaltung eröffnen kann, erläuterten Udo Latino und Doris-Muriel Finckh von dUb IMPACT aus Nürnberg. Sie verglichen die Bedeutung der Technologie mit der Einführung der Dampfmaschine im 19. Jahrhundert.

KI könne insbesondere Routineaufgaben übernehmen und

damit Freiräume für komplexere Tätigkeiten schaffen. Gleichzeitig warnten die Referenten vor fehlerhaften Ergebnissen und möglichen Verzerrungen. Eine sorgfältige Kontrolle der erzeugten Inhalte bleibe unverzichtbar.

### Eindrücke aus der Praxis des Selbstbestimmungsgesetzes

Einen Einblick in die praktische Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes gab Elke König vom Standesamt München. Die Landeshauptstadt habe sich frühzeitig organisatorisch auf hohe Fallzahlen vorbereitet. Zusätzliche Termine, digitale Vorarbeiten und strukturierte Abläufe hätten dazu beigetragen, den erwarteten Ansturm zu bewältigen.

Allein am ersten Tag nach Inkrafttreten des Gesetzes seien 19 Erklärungen beurkundet worden; in der ersten Woche waren es insgesamt 111. Dennoch stellten sich in der täglichen Praxis weiterhin zahlreiche Rechtsfragen.

### Datenschutz bleibt Kernaufgabe

Der Datenschutz stand im Mittelpunkt des Vortrags von Peter Kollmannsberger vom Bayerischen Innenministerium. Er erinnerte daran, dass der Schutz sensibler Informationen keineswegs eine moderne Erfindung sei, sondern auf eine lange Tradition zurückblicke.

Gerade im Personenstandswesen spiele Datenschutz eine zentrale Rolle, da täglich besonders schützenswerte personenbezogene Daten verarbeitet würden. Dies gelte etwa für Kirchenaustritte, Erklärungen nach dem Selbstbestimmungsgesetz oder

die elektronische Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern.

### Registermodernisierung und digitale Identität

Über den aktuellen Stand der Registermodernisierung informierte Walter Königbauer vom Innenministerium. Ziel sei es, Verwaltungsleistungen künftig vollständig digital anzubieten. Hierfür seien Systeme wie der Identitätsdatenabruf (IDA), das Nationale Once-Only Technical System (NOOTS) und das Datenschutzcockpit von zentraler Bedeutung.

Künftig sollen Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können, welche Behörden auf ihre Daten zugegriffen haben. Zudem werde auf europäischer Ebene an einer digitalen Identitätswallet gearbeitet. Das System NOOTS soll bis Ende 2026 verfügbar sein, die Ergänzung der Personenstandsregister um die Steuer-Identifikationsnummern bis Ende 2028 abgeschlossen werden.

### Mehr Freiheit, mehr Beratungsbedarf

Zum Abschluss analysierte Prof. Dr. Anatol Dutta von der Ludwig-Maximilians-Universität München die Auswirkungen des neuen Namensrechts. Das Gesetz eröffne Bürgerinnen und Bürgern deutlich mehr Gestaltungsmöglichkeiten, erhöhe zugleich aber den Beratungs- und Prüfungsaufwand in den Standesämtern.

Aus seiner Sicht wäre es möglicherweise einfacher gewesen, klare Grenzen für unzulässige Namensführungen festzulegen, anstatt zahlreiche Einzelfälle gesetzlich zu regeln. Die Diskussion zeigte einmal mehr, dass die Standesämter vor der Herausforderung stehen, tiefgreifende rechtliche Veränderungen mit den Anforderungen einer modernen und digitalen Verwaltung zu verbinden. DK

## Telemedizinischer Notarztdienst für Neugeborene gestartet

Seit Anfang Juni steht in Bayern ein telemedizinischer Notarztdienst für Neugeborene zur Verfügung. Ziel des neuen Angebots ist es, die Notfallversorgung von Neugeborenen im Freistaat zu verbessern. Spezialisierte Intensivmedizinerinnen und Intensivmediziner können Geburtskliniken in kritischen Situationen rund um die Uhr unterstützen.

„In der Neugeborenen-Medizin zählt jede Minute“, betonte Gesundheitsministerin Judith Gerlach. Das neue Netzwerk sei innerhalb weniger Monate aufgebaut worden und zeige die Leistungsfähigkeit der digitalen Gesundheitsversorgung in Bayern. Besonders Familien in ländlichen Regionen profitierten davon. Der Freistaat fördert das bundesweit einzigartige Projekt mit rund 658.000 Euro.

Der Tele-Neugeborenen-Notarztdienst (TeleNNAD) ist Teil der „virtuellen Kinderklinik“ Bayern, die 2024 eingerichtet wurde, um freie Kapazitäten in der Kinderheilkunde besser zu koordinieren. Seit Oktober 2025 umfasst das Netzwerk auch die Neonatologie, also die Versorgung von Neugeborenen.

An der Kinderklinik Passau wurde unter Leitung von Prof. Dr. Matthias Keller ein zentrales Koordinierungszentrum eingerichtet. In geburtshilflichen Notfällen können dort erfahrene Neonatologen zugeschaltet werden, um Komplikationen und bleibende Schäden bei Neugeborenen möglichst zu verhindern.

Am Netzwerk beteiligen sich neun hochspezialisierte Versorgungszentren für Neugeborenenmedizin sowie mehr als 21 Geburtskliniken in Bayern. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums stärkt das Projekt die flächendeckende Versorgung der jüngsten Patientinnen und Patienten im Freistaat. □

Ulrike Scharf würdigt vorbildliche Unternehmen:

## Familienfreundlichkeit wird zum Erfolgsfaktor für Unternehmen

Impulse für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei der Jahresveranstaltung des Familienpakts Bayern

Wie Unternehmen die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege erfolgreich gestalten können, stand im Mittelpunkt der Jahresfachveranstaltung 2026 des Familienpakts Bayern. Unter dem Motto „Zukunft sichern – Familienfreundliche Arbeitswelt für jede Lebensphase“ tauschten sich mehr als 80 Unternehmensvertreterinnen und -vertreter aus ganz Bayern über zeitgemäße Personalstrategien aus.

Bayerns Arbeits- und Sozialministerin Ulrike Scharf betonte die wachsende Bedeutung familienfreundlicher Arbeitsbedingun-

gen zunehmend an Bedeutung gewinnen. Auch Führungsverantwortung in Teilzeit oder im Tandem könne erfolgreich um-



Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf (2. v.l.) im Gespräch mit Praktikerinnen. Bild: StMAS / Nötel

gen für die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft. Unternehmen, die die unterschiedlichen Lebenssituationen ihrer Beschäftigten berücksichtigen und passende Unterstützungsangebote schaffen, stärkten nicht nur die Zufriedenheit ihrer Mitarbeitenden, sondern auch ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit. Dass sich inzwischen mehr als 1.850 Unternehmen und Netzwerkpartner im Familienpakt Bayern engagieren, sei ein deutliches Zeichen für die hohe Relevanz des Themas.

### Impulse und Best Practice-Beispiele

Fachliche Impulse lieferten Michaela Hermann von der Bertelsmann Stiftung mit ihrem Vortrag „Arbeitswelt im Wandel – Vereinbarkeit als Zukunftsstrategie“ sowie Unternehmerin Stefanie Junghans, die moderne Führungsmodelle und die Chancen von Co-Leadership vorstellte. Scharf hob hervor, dass flexible Arbeits- und Führungsfor-

gesetz werden. Das Sozialministerium unterstütze diesen Wandel unter anderem mit Coaching-Angeboten für Tandem-Führungen in der Staatsverwaltung.

Praxisnahe Einblicke boten die Unternehmen ibidi GmbH sowie Benkert Dachbegrüßung GmbH & Co. KG. Anhand konkreter Beispiele zeigten sie, wie familienfreundliche Maßnahmen in unterschiedlichen betrieblichen Strukturen erfolgreich umgesetzt werden können.

Der Familienpakt Bayern wird von der Bayerischen Staatsregierung gemeinsam mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, dem Bayerischen Industrie- und Handelskammertag sowie dem Bayerischen Handwerkstag getragen. Ziel ist es, Arbeitgeber bei der Entwicklung einer familienfreundlichen Personalpolitik zu unterstützen und gute Beispiele sichtbar zu machen.

Informationen: <https://www.familienpakt-bayern.de/> □

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach:

## Apotheken flächendeckend stärken

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach setzt sich dafür ein, die Apotheken trotz aktueller Spardebatten im Gesundheitswesen nachhaltig zu stärken. Anlässlich des „Tages der Apotheke“ am 7. Juni betonte sie: „Mit der kürzlich im Bundestag beschlossenen Apothekenreform ist ein wichtiger erster Schritt getan. Jetzt kommt es darauf an, die neuen Regelungen zügig und praxistauglich umzusetzen.“

Für ein Flächenland wie Bayern sei eine wohnortnahe Arzneimittelversorgung unverzichtbar. „Unsere Apotheken sind ein wesentlicher Teil der staatlichen Daseinsvorsorge – in Städten ebenso wie im ländlichen Raum. Sie stehen rund um die Uhr bereit und haben ihre Leistungsfähigkeit gerade auch in Krisenzeiten unter Beweis gestellt“, so die Ministerin.

Gerlach forderte den Bund auf, die Rahmenbedingungen für Vor-Ort-Apotheken spürbar zu verbessern. Dazu gehörten weniger Bürokratie, eine zeitgemäße Ausgestaltung des Apothekerberufs sowie die nun beschlossene Anpassung der Vergütung.

Zugleich verwies die Ministerin auf die großen Herausforderungen der Branche. Neben dem Fachkräftemangel belasten insbesondere steigende Personal- und Energiekosten die Betriebe. Seit Jahren müssten immer mehr Apotheken schließen, weil sich der Betrieb wirtschaftlich nicht mehr trage oder Personal fehle. Dies könne auch die Attraktivität des Pharmazie-

studiums und der Tätigkeit in öffentlichen Apotheken beeinträchtigen und damit langfristig die Versorgungssicherheit gefährden.

Um den Beruf attraktiver zu machen, sprach sich Gerlach für eine Modernisierung des Pharmaziestudiums und eine Erweiterung der Kompetenzen von Apothekerinnen und Apothekern aus. Dies müsse jedoch in enger Abstimmung mit den anderen Heilberufen erfolgen.

Chancen sieht die Ministerin zudem in der Digitalisierung. KI-gestützte Systeme könnten Apothekerinnen und Apotheker etwa bei der Analyse großer Datenmengen oder bei der Prüfung von Arzneimittel-Wechselwirkungen unterstützen. Dadurch ließen sich aufwendige Recherchen erleichtern und Beratungsprozesse verbessern. Gleichzeitig stellte Gerlach klar: „Künstliche Intelligenz darf nur ein Hilfsmittel sein. Die Verantwortung für die Abgabe von Arzneimitteln muss immer in der Hand von Apothekerinnen und Apothekern bleiben.“ □

Politik und Wirtschaft unterzeichnen Memorandum:

## „Bestes Netz für Deutschland“

Unter dem Titel „Bestes Netz für Deutschland“ haben Vertreter von Bund, Ländern, Kommunen, Branchenverbänden und Telekommunikationsunternehmen eine gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnet. Ziel ist es, den Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen zu beschleunigen.

Deutschland braucht beim Ausbau digitaler Infrastrukturen mehr Tempo. Schnelle und stabile Glasfaser- und Mobilfunknetze gelten als zentrale Voraussetzung für die Digitalisierung. Vor diesem Hintergrund haben sich Bund, Länder, Kommunen und die Telekommunikationsbranche im Rahmen des Stakeholderdialogs Digitale Infrastrukturen auf ein 32-seitiges Memorandum of Understanding (MoU) verständigt. Es soll als „Startpunkt für eine Neujustierung der kooperativen Zusammenarbeit der am Netzausbau beteiligten Akteure“ dienen, entfaltet jedoch keine rechtliche oder regulatorische Bindungswirkung.

### 34 Unterzeichner

Zu den 34 Unterzeichnern zählen neben Bundesdigitalminister Karsten Wildberger die für Digitales zuständigen Minister der 16 Bundesländer, Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, die Präsidenten von VATM, Buglas, Breko, Bitkom, Anga und VKU sowie die CEOs und Geschäftsführer von Telekom, Vodafone, Telefónica, 1&1, Versatel, Deutsche Glasfaser und EWE Tel.

Mit der Vereinbarung soll der Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen beschleunigt, besser koordiniert und transparenter gesteuert werden. Nach Angaben des Bundesdigitalministeriums plant die Telekommunikationsbranche allein in diesem Jahr Investitionen von rund 8,5 Milliarden Euro in Glasfaser- und 2,4 Milliarden Euro in Mobilfunknetze. Damit könnten 2026 etwa 5,6 Millionen Glasfaseranschlüsse verfügbar gemacht werden (Homes Passed), davon rund 3,1 Millionen direkt nutzbar (Homes Connected). Auch für 2027 und 2028 sind weitere Milliardeninvestitionen vorgesehen.

Während die Unternehmen vor allem investieren sollen, verpflichten sich Länder und Kommunen, Genehmigungsverfahren deutlich zu beschleunigen und stärker zu digitalisieren. Bund

und EU sollen die erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen. Entscheidungen im Stakeholderdialog sollen grundsätzlich im gegenseitigen Einvernehmen getroffen werden.

„Bestes Netz für Deutschland – mit dem heutigen Memorandum of Understanding demonstrieren Staat und Telekommunikationsbranche einen breiten Schulterschluss für eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur“, erklärte Bundesminister Wildberger. Ziel seien mehr Tempo, weniger Bürokratie und verlässliche Rahmenbedingungen, um den Ausbau von Glasfaser und Mobilfunk spürbar voranzubringen.

### Austausch von Best Practices

Zur Erfolgskontrolle wurden verschiedene Kennzahlen (Key Performance Indicators) vereinbart. Sie erfassen unter anderem den Ausbaufortschritt, die Dauer von Genehmigungsverfahren, die Höhe der Investitionen und die Nutzung digitaler Verfahren. Die Kennzahlen sollen Entwicklungen nachvollziehbar machen und bei Bedarf eine gemeinsame Nachsteuerung ermöglichen. Um den Aufwand für die Unternehmen gering zu halten, sollen überwiegend Daten der Bundesnetzagentur und der beteiligten Unternehmen genutzt werden. Die Werte sollen zweimal jährlich aktualisiert werden. Ziel ist es, Hemmnisse im Ausbauprozess frühzeitig zu erkennen, gemeinsam Lösungen zu entwickeln und durch den Austausch von Best Practices nachhaltige Verbesserungen zu erzielen.

Für den Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) unterzeichnete 1. Vizepräsident Steffen Jäger die Vereinbarung. „In Regionen, in denen nur ein Netz wirtschaftlich zu betreiben ist, bedarf es der Kooperationsbereitschaft der Marktteilnehmer und nach Möglichkeit abgestimmter Investitionen, um die Wirtschaftlichkeit zu verbessern und die Ausbaugeschwindigkeit zu erhöhen“, erklärte Jäger.

Die zurückhaltende Haltung

vieler Kommunen gegenüber alternativen Verlegungsmethoden für Glasfaser begründete er mit negativen Erfahrungen der vergangenen Jahre. Umso wichtiger sei es, dass eine Beschleunigung des Ausbaus mit einer Verbesserung der Bauqualität einhergehe. Der DStGB sei bereit, die Vorteile alternativer Verfahren zu vermitteln, sofern die Telekommunikationsunternehmen sichtbare Anstrengungen zur Qualitätssteigerung unternehmen.

Auch mehrere Branchenverbände begrüßten die Vereinbarung. Bitkom-Präsident Ralf Wintergerst erklärte, das Memorandum zeige, an welchen Stellen der Netzausbau verbessert werden müsse. Eine aktuelle Bitkom-Erhebung verdeutliche die bestehenden Herausforderungen: Bis ein neuer Mobilfunkmast errichtet sei, vergingen durchschnittlich mehr als drei Jahre. Die eigentliche Planung durch die Unternehmen dauere durchschnittlich acht Monate, der Bau rund vier Monate. Die größten Verzögerungen entstünden bei der Standortsuche mit im Schnitt 16 Monaten und im Genehmigungsverfahren mit rund zehn Monaten. Auch die Stromanbindung könne bis zu eineinhalb Jahre dauern.

### Bitkom verweist auf bisherige Fortschritte

Gleichzeitig verwies Wintergerst auf die bisherigen Fortschritte: 5G erreiche inzwischen nahezu alle Haushalte und rund 95 Prozent der Fläche. Mehr als 80 Prozent der Haushalte könnten einen Gigabitanschluss nutzen, fast die Hälfte habe Zugang zu Glasfaser. Nun müsse die Vereinbarung vor allem zu schnelleren Verfahren führen. Dazu gehörten digitale und einheitliche Genehmigungen, eine priorisierte Stromanbindung für Mobilfunkstandorte sowie eine konsequente Anwendung des überlegenen öffentlichen Interesses beim Netzausbau.

„Deutschland braucht Netze, die im Alltag flächendeckend und zuverlässig funktionieren – im Homeoffice, im Zug, auf dem Land, in Arztpraxen, Schulen und Unternehmen. Glasfaser und 5G sind die Grundlage dafür, dass Menschen verlässlich digital ar-

beiten, lernen und kommunizieren können“, so Wintergerst.

Karsten Kluge, Vizepräsident des Bundesverbandes Breitbandkommunikation (Breko), sieht den Glasfaserausbau in Deutschland „an einem Wendepunkt“. Für bessere Rahmenbedingungen seien jedoch auch Maßnahmen notwendig, die nicht im Konsens aller beteiligten Akteure beschlossen werden könnten. Mit Blick auf die laufenden Verhandlungen zum Digital Networks Act forderte Kluge die Bundesregierung auf, den Vorschlag der Europäischen Kommission für einen zügigen und klar geregelten Übergang von Kupfer- auf Glasfasernetze zu unterstützen. Zugleich warnte er vor zusätzlichen regulatorischen Belastungen für die Wettbewerber der Telekom im Zuge der aktuellen Novelle des Telekommunikationsgesetzes (TKG).

### Anga-Stellungnahme

Aus Sicht von Thomas Braun, Präsident des Breitbandverbands Anga, ist am Ende ein Dokument entstanden, das die Interessen der Beteiligten angemessen berücksichtigt. Es stelle eine gute Grundlage für den weiteren Dialog zwischen Wirtschaft und Politik dar. Klar sei aber auch: „Der Stakeholderdialog kann Gesetzgebung und Regulierung nicht ersetzen.“

Laut Anga-Vizepräsident Timo von Lepel hängt das Erreichen der Investitionsziele maßgeblich von den künftigen Rahmenbedingungen ab. „In diesem Sinne erwarten wir vom Regierungsentwurf des TKG-Änderungsgesetzes deutliche Nachbesserungen. Einige im Referentenentwurf enthaltene Regelungen, wie die Ausweitung symmetrischer Zugangsverpflichtungen, drohen Investitionen in den Glasfaserausbau zu verhindern, statt anzureizen.“

### Aiwanger zum Mobilfunkausbau

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger betonte, Bayern habe beim Mobilfunkausbau früh die richtigen Weichen gestellt und bundesweit Maßstäbe gesetzt. „Wir waren Vorreiter bei der Beschleunigung von Genehmigungen, haben als erstes Land in Europa ein Mobilfunkförderprogramm aufgelegt und uns konsequent für hohe Versorgungsauflagen eingesetzt. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Seit 2020 wurden in Bayern knapp 34.000 Mobilfunksender neu errichtet oder ausgebaut.“

Der Minister verwies auf die deutlichen Fortschritte insbesondere im ländlichen Raum: „Über 99 Prozent der bayerischen Haushalte sind heute mit 5G versorgt. Gerade in dünn besiedelten Regionen haben wir den Ausbau massiv vorangebracht – die Versorgung stieg dort von 74 Prozent im Jahr 2023 auf rund 94 Prozent Ende 2025. Das zeigt: Mit klaren politischen Entscheidungen und weniger Bürokratie lässt sich der Ausbau deutlich beschleunigen.“

Aiwanger forderte, die Vergabe von Mobilfunkfrequenzen müsse künftig möglichst bezahlbar, langfristig, planungssicher mit strengen Versorgungsauflagen erfolgen und nicht in erster Linie hohe Gebühren in die Staatskasse bringen. Das Umsteuern von Kupferkabel auf Glasfaser müsse engagiert, aber mit realistischen Zeitansparungen und bezahlbar erfolgen.

Die Netzbetreiber motivierte Aiwanger zu weiteren Anstrengungen: „Schnelles Internet und leistungsfähiger Mobilfunk sind zentrale Standortfaktoren für Wirtschaft, Arbeitsplätze und gleichwertige Lebensverhältnisse. Entscheidend ist, dass die Versorgung aus Sicht der Nutzer gedacht und die Fortschritte beim Ausbau transparent überprüft werden.“ **DK**



Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (r.) unterzeichnete mit Bundesdigitalminister Karsten Wildberger das MoU „Bestes Netz für Deutschland“.

Bild: STMW

### Digitalministerkonferenz in Hamburg:

## Fahrplan für digitale Transformation

Die Umsetzung der föderalen Modernisierungsagenda, ein gemeinsamer Fahrplan von Bund und Ländern, um Verwaltung und Staat konsequent auf das digitale Zeitalter auszurichten, stand im Zentrum der 5. Digitalministerkonferenz (DMK) in Hamburg. Ziel ist es, den Alltag von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen zu erleichtern, etwa durch weniger Behördengänge und vollständig digitalisierte Verwaltungsprozesse.

Dr. Karsten Wildberger, Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung, sprach von einem grundlegenden Kurswechsel beim Bürokratierückbau: Ein einfaches „Weiter so“ dürfe und werde es nicht mehr geben. Die Digitalministerkonferenz habe sich als zentrales Steuerungsforum bewährt. Gerade bei Themen wie Registermodernisierung, dem Deutschland-Stack oder dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung arbeiteten Bund und Länder heute deutlich enger und verbindlicher zusammen als zuvor. Dies Sorge für spürbare Fortschritte für die Menschen und erhöhe Tempo und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland.

### Neujustierung

Ein zentrales Ziel der DMK ist ein handlungsfähiger, wettbewerbsfähiger und digital souveräner Staat. Die Konferenz beschloss daher, die Umsetzung der Modernisierungsagenda aktiv zu begleiten. Das Augenmerk liegt dabei auf einem modernen, innovationsfreundlichen Datenschutz, schnelleren Unternehmensgründungen sowie dem weiteren Ausbau digitaler Infrastrukturen. Neben der Modernisierungsagenda befasste sich die Konferenz mit weiteren zentralen Digitalvorhaben wie der Weiterentwicklung der DeutschlandID (BundID) für eine sichere digitale Identität sowie dem Programm „Schneller Gründen“, das Unternehmensgründungen vereinfachen soll. Auch die Registermodernisierung soll vor allem durch die Konsolidierung staatlicher Datenbestände im Sinne effizienterer Verwaltungsprozesse weiter beschleunigt werden.

Auch beim Datenschutz wurde eine Neujustierung angestrebt. Im Mittelpunkt stand ein stärker innovationsfreundlicher, risikobasierter und zugleich wirksamer Datenschutz. Dazu zählen unter anderem der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung, sogenannte regulatory sandboxes, sowie eine Reform der Datenschutzaufsicht nach dem Prinzip „Einer prüft für alle“. Dies soll die digitale Transformation erleichtern und gleichzeitig ein hohes Schutzniveau sichern.

### Erfolgreiche bayerische Initiativen

Nach Angaben von Bayerns Digitalminister Dr. Fabian Mehring habe er mehrere Initiativen erfolgreich eingebracht, darunter Anträge zur Vereinfachung der Authentifizierung über die BundID ge-

meinsam mit Nordrhein-Westfalen, Maßnahmen für mehr digitale Souveränität sowie ein Reallabor für „Law-as-Code“ zusammen mit Thüringen. Dabei werden rechtliche Regelungen in einen maschinenlesbaren Programmcode übersetzt, um automatisierte Prüfungen und Anwendungen zu ermöglichen. Ziel ist es, Verwaltungs- und Entscheidungsprozesse stärker zu standardisieren und digital zu beschleunigen.

Zudem unterstützte Mehring gemeinsam mit Baden-Württemberg, Hessen, Sachsen und Schleswig-Holstein das Ziel eines Unternehmensgründungsprozesses innerhalb von 24 Stunden. Auch die Frage einer möglichen Identifikations- oder Klarnamenpflicht in sozialen Medien setzte er auf die Agenda; hierzu bestünden jedoch weiterhin unterschiedliche Auffassungen unter den Ländern, weshalb eine vertiefte Befassung angekündigt wurde, so der Minister.

### BUGLAS-Stellungnahme

Der Bundesverband Glasfaseranschluss e.V. (BUGLAS) begrüßte insbesondere die Beschlüsse zur Digitalisierung und Vereinfachung von Genehmigungs- und Antragsverfahren sowie zur Stärkung einer resilienten digitalen Infrastruktur. Entscheidend sei nun die Umsetzung in die Verwaltungspraxis. Aus Sicht des Verbandes sind darüber hinaus weitere Schritte auf Länderebene erforderlich, etwa bei der Anpassung des Brandschutzrechts, dem digitalen Zugang zu Grundbuchauszügen, der Modernisierung des Denkmalschutzes sowie der konsequenten Umsetzung aller relevanten Anträge über das OZG-Portal.

BUGLAS-Geschäftsführer Max Bünse hob zudem einen Ansatz aus Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg hervor, wonach nicht zwingend erforderliche Berichts- und Dokumentationspflichten ab 2027 automatisch entfallen sollen. Dieses Modell solle aus Sicht des Verbandes bundesweit übernommen werden. Auch bereits beschlossene Maßnahmen wie das „überragende öffentliche Interesse“ am Glasfaserausbau müssten konsequenter umgesetzt werden. Dafür seien Schulungen in den Behörden sowie eine bessere personelle Ausstattung der Kommunen notwendig.

Abschließend forderte der Verband die Länder auf, die Beschlüsse der Konferenz zu nutzen, um den Ausbau zukunftsfähiger FTTH-Netze weiter zu beschleunigen und im Bundesrat für investitionsfreundliche Rahmenbedingungen einzutreten. **DK**

## KI mit Datenschutz in öffentlicher Hand

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz veröffentlicht neue Orientierungshilfe zu Datenschutz bei KI-Projekten in der bayerischen Verwaltung

Künstliche Intelligenz (KI) gewinnt nicht nur gesamtgesellschaftlich, sondern gerade auch für die bayerische öffentliche Verwaltung zunehmend an Bedeutung. Für ihre Entwicklung und Nutzung sind nicht nur neue – technologiespezifische – Regulierungen wie beispielsweise die unionale KI-Verordnung zu beachten. Vielmehr muss KI auch die Vorgaben des schon geltenden Rechts erfüllen. Hier kommt insbesondere das Datenschutzrecht zum Tragen, wenn KI personenbezogene Daten verarbeiten soll.

Prof. Dr. Thomas Petri: „Transparenz, Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit sind als Kernanliegen des Datenschutzes auch für die Vertrauenswürdigkeit von KI essenziell. Wie die entsprechenden Vorgaben im Zusammenspiel mit dem neuen KI-Regulierungsrecht wirken, zeigt meine neue Orientierungshilfe Schritt für Schritt auf.“

### Sachgerechte Lösungen im Blick

Die Orientierungshilfe soll KI aus der Perspektive des Datenschutzrechts erschließen und einordnen – in erster Linie, aber nicht nur für bayerische öffentliche Stellen. Sie stellt zunächst das Phänomen „KI“ in das Licht

der unionalen KI-Verordnung. Im Anschluss erläutert sie unter Einbezug von Chancen, Risiken, Problemen und Anwendungsfällen die einschlägigen datenschutzrechtlichen Vorgaben für die Entwicklung und Nutzung von KI. Zudem macht sie Vorschläge, wie bayerische öffentliche Stellen KI implementieren und nutzen können. Dabei wird deutlich, dass KI für das Datenschutzrecht zwar ein anspruchsvolles Thema darstellt, die über Jahre entwickelten und erprobten Mechanismen zur Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung aber nicht an ihre Grenzen führen. Rechtsanwender können daher auf vorhandene Erkenntnisse ebenso wie auf bewährte Vorgehensweisen zurückgreifen und

von dieser Grundlage aus sachgerechte Lösungen entwickeln, die nicht in eine Blockadehaltung münden.

### Vertrauenswürdige KI etablieren

Prof. Dr. Thomas Petri: „Mit meiner neuen Orientierungshilfe möchte ich dazu beitragen, vertrauenswürdige KI, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, im Freistaat der Zukunft zu etablieren. Ich hoffe, sie kann bayerische öffentliche Stellen dabei unterstützen, die datenschutzrechtlichen Herausforderungen rund um KI erfolgreich zu bewältigen.“ Die Orientierungshilfe „Datenschutz bei KI-Projekten in der bayerischen Verwaltung“ steht auf <https://www.datenschutz-bayern.de> in der Rubrik „KI“ zum kostenlosen Download bereit. Sie wird sukzessive durch die Reihe „AI in a nutshell“ ergänzt, die konkrete Einsatzszenarien von KI knapp und auf die wesentlichen Probleme fokussiert aufbereitet. **□**

# Das Behördennetz ist mehr als nur Infrastruktur

Ministerialdirigent Wolfgang Bauer über den Stand des Bayerischen Behördennetzes, die digitale Zukunft der Kommunen und die Pläne für einen zentralen kommunalen IT-Dienstleister

Das Bayerische Behördennetz gilt als Rückgrat der digitalen Verwaltung im Freistaat. 2024 gab Finanzminister Albert Füracker der Bayerischen Gemeindezeitung dazu ein Interview. Nun, zwei Jahre später, ist Zeit für ein Update: Wie gut funktioniert dieses Fundament in der kommunalen Praxis? Wo stehen Ausbau und Nutzung heute und welche Herausforderungen zeigen sich vor Ort? Die GZ spricht dazu mit Ministerialdirigent Wolfgang Bauer, Leiter der Abteilung Digitalisierung, Breitband und Vermessung im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat.

**GZ:** Herr Bauer, Staatsminister Füracker hat 2024 im Interview mit der Bayerischen Gemeindezeitung betont: „Das Behördennetz wird auch in Zukunft ein wichtiges Fundament der Digitalisierung sein und kontinuierlich fortentwickelt.“ Wie weit ist diese Fortentwicklung aus Ihrer Sicht heute tatsächlich vorangekommen?

**Wolfgang Bauer:** Die Weiterentwicklung des Bayerischen Behördennetzes ist ein fortlaufender

Prozess, in dem neue Technologien und Anforderungen in weiterentwickelte Produkte und Leistungen umgesetzt werden. So gewährleisten wir, dass das Bayerische Behördennetz sich jederzeit auf dem aktuellen Stand der Technik befindet und unseren Nutzern ein leistungsfähiges und attraktives Produktportfolio angeboten werden kann.

## Kaskadierter Zugang

**GZ:** Wie stark ist das Behördennetz inzwischen tatsächlich in den Kommunen angekommen und wo sehen Sie noch Lücken?

**Bauer:** Das Bayerische Behördennetz steht den Kommunen seit vielen Jahren zur Verfügung. Anders als bei staatlichen Behörden erfolgt der Zugang für kreisangehörige Kommunen jedoch nicht direkt, sondern im Normalfall über ihre zuständigen Kreisverwaltungsbehörden (sogenannter kaskadierter Zugang).

**GZ:** Was sind aktuell die größten Hindernisse für Kommunen beim Anschluss und bei der Nutzung?

**Bauer:** Vor allem kleinere Kommunen stehen vor der Herausfor-

derung allgemein im IT-Bereich und besonders im Bereich des Behördennetzes eigene Kompetenzen und Ressourcen aufbau-

Cyberangriffe auf Kommunen gehören längst zum Alltag. Täglich versuchen Angreifer, Schadsoftware einzuschleusen, Daten zu verschlüsseln oder Verwaltungsabläufe lahmzulegen. Gleichzeitig fehlen vielerorts Personal, Zeit und IT-Fachwissen. Bernd Geisler, Präsident des Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI), erklärt im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel, warum keine Kommune zu klein für Cyberkriminelle ist, welche Rolle Bürgermeister und Landräte künftig übernehmen müssen und weshalb Bayern mit dem LSI bundesweit eine Sonderstellung einnimmt.

LSI-Präsident Bernd Geisler über die reale Bedrohungslage für Kommunen

# Cybersicherheit ist längst Chefsache

ter an die verantwortlichen Stellen bei der Polizei. Einige Angreifer – etwa bei DDoS-Angriffen – suchen gezielt Öffentlichkeit, für die machen wir kein Marketing. Wichtig ist für uns vor allem: Wie schnell erkennen wir einen Angriff und wie verhindern wir Schäden?

**GZ:** Das Modell läuft stark über die Landkreise: Funktionierte diese Struktur aus Ihrer Sicht überall gleichermaßen gut?

**Bauer:** Fast flächendeckend stellen die Landratsämter ihren angehörigen Gemeinden ein eigenes Kommunalnetzwerk für die Behördennetzleistungen zur Verfügung. Dieses Angebot wird derzeit bereits von rund zwei Dritteln der so versorgbaren Gemeinden

genutzt. Hier sehen wir beträchtliches Entwicklungspotential, das zeitnah gehoben werden sollte.

**GZ:** Wo zeigt sich für Kommunen im Alltag der größte praktische Mehrwert des Behördennetzes?

**Bauer:** Einer der bedeutendsten Vorzüge des Behördennetzes ist die Möglichkeit, den Nutzern gebündelte Basisdienstleistungen in einem geschützten Umfeld zur Verfügung zu stellen. Das reduziert die Notwendigkeit paralleler und teurer Insellösungen. Hier profitieren auch die Kommunen.

**GZ:** Die Anforderungen an Kommunen im Bereich Digitalisierung, IT-Betrieb und Cybersicherheit wachsen stetig. Welche Weichen müssen aus Ihrer Sicht jetzt gestellt werden, damit die Kommunen diese Aufgaben auch künftig leistungsfähig und wirtschaftlich bewältigen können?

**Bauer:** Ein entscheidender Schritt wird die Einrichtung des zentralen kommunalen IT-Dienstleisters sein, den das StMFH federführend vorantreibt. Dieser soll die bayerischen Kommunen künftig bestmöglich bei der Digitalisierung unterstützen und seine Services soweit wie möglich über das Behördennetz bereitstellen. Geplant ist unter anderem zu ermöglichen, den kommunalen Serverbetrieb schrittweise in eigenen Rechenzentren zu bündeln sowie Online-Dienste und ausgewählte Fachverfahren zentral anzubieten. Damit können Kommunen von gemeinsamen Strukturen, höherer Effizienz und einem einheitlich hohen IT-Sicherheitsniveau profitieren – Anforderungen, die für viele Kommunen allein nur schwer zu bewältigen wären.

**GZ:** Vielen Dank für das Gespräch!



Wolfgang Bauer. Bild: stmfh

**GZ:** Herr Geisler, wie ernst ist die Bedrohungslage für Bayerns Kommunen inzwischen tatsächlich?

**Bernd Geisler:** Die Gefahr ist absolut real. Einen hundertprozentigen Schutz gibt es nicht, weder für Kommunen noch für staatliche Behörden oder Unternehmen. Entscheidend ist deshalb, möglichst gut vorbereitet zu sein und sollte es zu einem Angriff kommen, die Auswirkungen klein zu halten. Angriffe finden täglich statt. Dabei geraten längst nicht nur große Städte ins Visier. Cyberangriffe laufen heute weitgehend automatisiert ab, Größe oder Bekanntheit einer Kommune spielen für viele Angreifer kaum noch eine Rolle. Allein im bayerischen

Behördennetz wurden 2024 rund 5.500 sicherheitsrelevante Vorfälle erkannt und abgewehrt; wohl-gemerkt nur jene Fälle, die nicht bereits automatisiert von Firewalls oder Filtersystemen gestoppt wurden.

Besonders alarmierend ist dabei die Entwicklung der Schadsoftware insgesamt: Weltweit existieren inzwischen weit über eine Milliarde bekannte Schadcode-Varianten. Täglich kommen laut den vorgestellten Zahlen rund 300.000 neue Varianten hinzu.

**GZ:** Woher kommen diese Angriffe hauptsächlich?

**Geisler:** Das spielt für unsere Arbeit gar nicht die entscheidende Rolle, wir melden Vorfälle wei-

ter an die verantwortlichen Stellen bei der Polizei. Einige Angreifer – etwa bei DDoS-Angriffen – suchen gezielt Öffentlichkeit, für die machen wir kein Marketing. Wichtig ist für uns vor allem: Wie schnell erkennen wir einen Angriff und wie verhindern wir Schäden?

## IT-Sicherheit funktioniert wenn Führung dahintersteht

**GZ:** Warum tun sich manche Kommunen trotzdem noch schwer mit der Umsetzung notwendiger Sicherheitsmaßnahmen?

**Geisler:** Die größte Herausforderung sind meist Ressourcen, also Personal, Zeit und Geld. Aber mindestens genauso wichtig ist die Haltung der Führungsebene. Wenn Bürgermeister oder Landräte das Thema nicht zur Chefsache machen, wird IT-Sicherheit im Alltag schnell verdrängt.

Dabei läuft heute praktisch jede kommunale Dienstleistung digital. Wenn Systeme ausfallen, können Bürger keine Fahrzeuge (Fortsetzung auf Seite 8)

# Potenziäle nutzen: KI in der Verwaltung

Ob im Rettungseinsatz, in der Sachbearbeitung oder in der Kommunikation: Verantwortungsvoll genutzt ist KI ein vielseitiges Instrument zur Entlastung von Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung und zur Optimierung der Bürgerservices.

Erfahren Sie mehr über die Einsatzmöglichkeiten von KI über unseren QR-Code unten. Oder sprechen Sie direkt mit Dirk Kiefer.

Sie erreichen ihn unter:

[dirk.kiefer@cgi.com](mailto:dirk.kiefer@cgi.com)



Dirk Kiefer  
Vice-President



**CGI**



LSI-Chef Bernd Geisler im Cyber Defence Center.

Bild: CH

(Fortsetzung von Seite 7)  
zulassen, keine Urkunden beantragen oder Leistungen erhalten. Das ist nicht nur ein technisches Problem, sondern auch ein Vertrauensproblem für den Staat insgesamt.

**GZ: Sind die Kommunen mit dieser Aufgabe nicht oft überfordert?**

**Geisler:** Kleine Kommunen können viele Sicherheitsmaßnahmen gar nicht allein stemmen. Deshalb unterstützen wir sie gezielt. Das Gute ist: Alle Angebote des LSI sind für bayerische Kommunen kostenfrei.

**TÜV für die kommunale IT**

**GZ: Welche Angebote des LSI werden besonders stark genutzt?**

**IT-Einkauf im kommunalen Bereich:**

## Die BayKIT übernimmt

Autorin: Viktoria Hausmann

Egal ob Behörden-WLAN, Klinik-Laptops oder intelligente Whiteboards für die Schule – die Bayerische Kommunale IT Einkaufsgenossenschaft eG hilft kommunalen Einrichtungen bei der Digitalisierung. Der Mitgliederzuwachs ist rasant.

Allenthalben ertönt der Ruf, die öffentliche Verwaltung verstärkt zu digitalisieren und damit bürgerfreundlicher sowie effizienter zu gestalten. Voraussetzung dafür ist eine geeignete Informationstechnik, ohne die es keine Digitalisierung geben kann. Schon bei normalen Unternehmen kann die Beschaffung passender Hardware und Software ein aufwendiges Unterfangen sein, bei öffentlichen Einrichtungen wird es nochmal komplizierter: Sie sind durch das Vergaberecht verpflichtet, Aufträge europaweit auszuschreiben, um in einem fairen und transparenten Wettbewerb den besten sowie im Idealfall günstigsten Anbieter zu ermitteln. Ziel ist es, möglichst keine Steuergelder zu verschwenden.

In der Praxis verursacht das Vergaberecht jedoch einen enormen Aufwand für die öffentliche Hand, vor allem bei kleineren und mittleren kommunalen Einrichtungen, die keine eigenen Spezialisten für die Beschaffung beschäftigen können. Hier setzt die Anfang 2024 gegründete Bayerische Kommunale IT Einkaufsgenossenschaft eG (BayKIT eG) an. Eine Kernaufgabe der BayKIT ist es, auf Basis der Bedarfe ihrer Mitglieder europaweite IT-Ausschreibungen zu konzipieren und diese vergaberechtlich sauber durchzuführen. Die Mit-

glieder können die daraus entstehenden Rahmenverträge anschließend für die Beschaffung von IT nutzen, ohne selbst ein eigenes Vergabeverfahren durchführen zu müssen. Die BayKIT erledigt dabei den Einkauf von IT für ihre Mitglieder, als wäre sie eine interne Abteilung. Dies ist möglich durch die sogenannte Inhouse-Fähigkeit zwischen der BayKIT und ihren Mitgliedern. Diese beschreibt den rechtlichen Rahmen, der es ermöglicht, dass die BayKIT für ihre Mitglieder wie eine interne Beschaffungsstelle tätig wird und diese von den Ausschreibungspflichten entlastet werden.

**Ein Ansprechpartner für alles**

Die BayKIT setzt dabei auf das Modell „One Face to the Customer“, wie Prokuristin Barbara Weitzel erklärt: „Kommunale Unternehmen und Behörden haben einen anderen politischen Auftrag, als sich ständig mit Ausschreibungen auseinanderzusetzen. Mit der BayKIT haben sie bei der Beschaffung von IT genau einen Ansprechpartner, der alles erledigt. Das vereinfacht den gesamten Prozess und sorgt so für mehr Effizienz bei den öffentlichen Einrichtungen.“ Die Mitglieder seien aber nicht verpflichtet, das komplette Leistungspaket der BayKIT in Anspruch zu nehmen.

**Geisler:** Ein zentrales Instrument ist unser „Siegel Kommunale IT-Sicherheit“. Das ist im Grunde der IT-TÜV für Kommunen. Es bestätigt, dass grundlegende Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt wurden. Das Siegel gilt zwei Jahre und muss dann erneuert werden, denn auch die Gefährdungslage verändert sich ständig.

Insgesamt haben bereits rund 700 Kommunen das Siegel erhalten, viele davon mehrfach. Versicherungen berücksichtigen das inzwischen sogar bei Cyberversicherungen.

**GZ: Welche weiteren Unterstützungsangebote gibt es?**

**Geisler:** Wir beraten Kommunen individuell, bieten regionale IT-Thementage in allen Regierungsbezirken an und betreiben einen Warn- und Informationsdienst. Dort erhalten Kommunen konkrete Hinweise zu Sicherheitslücken oder aktuellen Angriffskampagnen, und zwar abgestimmt auf die Software und Hardware, die sie tatsächlich einsetzen.

Dazu kommen Phishing-Simulationen, Online-Schulungen und Unterstützungsangebote für kritische Infrastrukturen wie Wasserwerke oder Krankenhäuser.

**87 Prozent aller eingehenden Mails sind schadhaft**

**GZ: Wie groß ist die Gefahr durch Phishing inzwischen?**

**Geisler:** Phishing ist mit Abstand der wichtigste Angriffsvektor. Laut den vorgestellten Zahlen gehen rund 60 Prozent aller erfolgreichen Angriffe auf gestohlene Zugangsdaten durch Phishing zurück.

Im Behördennetz filtert das LSI deshalb einen enormen Teil des Mailverkehrs bereits zentral heraus. Die Zahlen zeigen eine dramatische Entwicklung: Während 2023 rund 441 Millionen E-Mails ins Behördennetz gingen, waren davon bereits 327 Millionen schadhaft. 2025 stieg der gesamte Mailverkehr auf fast eine Milliarde Nachrichten – davon wurden rund 838 Millionen als gefährlich eingestuft. Der Anteil schadhafter Mails liegt damit inzwischen bei fast 87 Prozent.

**GZ: Woher kommt dieser massive Anstieg?**

**Geisler:** Nach Einschätzung des LSI spielt Künstliche Intelligenz dabei inzwischen eine zentrale Rolle. Phishing-Mails las-

sen sich heute hochautomatisiert und sprachlich deutlich überzeugender erzeugen als noch vor wenigen Jahren.

**GZ: Was bedeutet das konkret für Kommunen?**

**Geisler:** Wer sich an das kommunale Behördennetz anschließt, profitiert automatisch von diesen Schutzmechanismen. Viele schadhafte Mails kommen dort gar nicht erst an. Das ist ein enormer Sicherheitsgewinn, gerade für kleinere Verwaltungen.

**GZ: Die EU-Richtlinie NIS2 verschärft die Cybersicherheitsvorgaben deutlich. Müssen Kommunen sich darauf einstellen?**

**Geisler:** Kleine Kommunen fallen in Deutschland grundsätzlich nicht direkt unter die NIS2-Regelungen. Das war bewusst so gewollt. Eine vollständige Regulierung hätte viele Verwaltungen schlicht überfordert. Für Kommunen im Freistaat gilt ohnehin mit dem bayerischen Digitalgesetz eine gesetzliche Verpflichtung zur Umsetzung angemessener Maßnahmen um die IT-Sicherheit zu stärken.

Anders kann es allerdings bei kommunalen Unternehmen aussehen, etwa Krankenhäusern oder Wasserversorgern so weit diese die in der NIS2 Richtlinie festgelegten Schwellwerte überschreiten. Dort gelten künftig deutlich strengere Anforder-

ungen an Risikomanagement, Sicherheitsmaßnahmen und Meldepflichten.

**Der größte Fehler: zu spät Hilfe holen**

**GZ: Was läuft bei einem Cyberangriff in den ersten Stunden am häufigsten falsch?**

**Geisler:** Der größte Fehler ist: zu spät Hilfe holen. Das LSI ist rund um die Uhr erreichbar. Je früher eine Kommune Auffälligkeiten meldet, desto größer ist die Chance, Schäden zu begrenzen. Wenn bereits Lösegeldforderungen auf dem Bildschirm erscheinen und Systeme verschlüsselt wurden, ist es oft zu spät. Dann geht es meist nur noch darum, aus Backups wiederherzustellen.

**GZ: Hilft im Ernstfall wirklich nur noch „Stecker ziehen“?**

**Geisler:** Manchmal ja. Aber auch dafür braucht es klare Abläufe und Notfallpläne. Kommunen sollten vorbereitet sein: Wer informiert wen? Wo liegen Backups? Wie funktioniert die Wiederherstellung? Welche Telefonnummern müssen verfügbar sein? Manche Dinge sollte man tatsächlich auch heute noch analog auf Papier bereithalten.

**GZ: Welche Schritte sollten Kommunen kurzfristig unbedingt umsetzen?**

**Geisler:** Erstens: Mitarbeitende sensibilisieren. Die meisten Angriffe beginnen mit Phishing. Zweitens: Patchmanagement ernst nehmen. Sicherheitsupdates dürfen nicht monatelang liegen bleiben. Drittens: funktionierende Backups vorhalten, idealerweise nicht ausschließlich online erreichbar. Hinzu kommt ein weiterer wichtiger Punkt: der Einsatz einer Mehrfaktor-Authentifizierung, die Phishing-Angriffe erschwert. Auch darauf weist das LSI ausdrücklich hin. Wenn Kommunen diese Punkte konsequent umsetzen, decken sie bereits den Großteil typischer Angriffswege ab.

**GZ: Haben Sie selbst schon einmal auf einen verdächtigen Link geklickt?**

**Geisler:** Natürlich. Das kann jedem passieren. Gerade wenn echte Konten kompromittiert wurden und Nachrichten scheinbar von bekannten Personen kommen, wird es schwierig. Entscheidend ist deshalb nicht Perfektion, sondern Sensibilisierung und gute technische Schutzmechanismen.

**Bayern hat hier bundesweit eine Sonderstellung**

**GZ: Wie kann es aus Ihrer Sicht gelingen, die IT-Sicherheit gerade kleinerer Kommunen langfristig zu stärken?**

**Geisler:** Wir brauchen mehr Zentralisierung und Professionalisierung in der kommunalen IT. Gerade kleinere Kommunen können die steigenden Anforderungen an Cybersicherheit langfristig kaum allein bewältigen. Deshalb bewertet das LSI die geplante Einrichtung eines zentralen kommunalen IT-Dienstleisters ausdrücklich positiv. Dieser soll künftig zahlreiche IT-Services gebündelt für Kommunen bereitstellen. Das LSI selbst wird in der Zusammenarbeit seine Sicherheitskompetenz einbringen.

**GZ: Was unterscheidet das LSI von den IT-Sicherheitsstrukturen anderer Bundesländer?**

**Geisler:** Bayern war das erste Bundesland mit einer eigenständigen IT-Sicherheitsbehörde. Während viele Länder vor allem auf reine Notfallteams setzen, unterstützt das LSI Kommunen umfassend präventiv, von Warnsystemen über Schulungen bis hin zum kommunalen Behördennetz. Diese Struktur ist bundesweit bislang nahezu einzigartig. Kommunen profitieren damit von Unterstützungsangeboten, die es in dieser Form in kaum einem anderen Bundesland gibt.

**GZ: Vielen Dank für das Gespräch!**

Ein weiterer Vorteil ist ein deutlich beschleunigter Beschaffungsprozess, weil die Spezialisten der BayKIT wissen, was zu tun ist, und sich nicht erst in das komplizierte Vergaberecht einarbeiten müssen. Bei unterlegenen Anbietern sei es leider Volkssport geworden, Vergaben anzufechten und in irgendeiner Form zu blockieren. Das habe es früher so nicht gegeben, berichtet Weitzel. „Ein Vorteil für unsere Mitglieder ist sicherlich, dass sie keine eigenen Vergabejuristen und Vergabestellen im Haus brauchen. Deswegen haben wir auch einen sehr starken Zulauf bei den Mitgliedern.“

**Ziel: Bestes Preis-Leistungs-Verhältnis**

Die BayKIT bedient die öffentliche Verwaltung, Schulen und Schulträger und seit Neuestem sind Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft in ganz Bayern hinzugekommen. „Ziel der BayKIT ist es, dass möglichst viele Kommunen und öffentliche Einrichtungen ihre IT-Systeme so effizient wie möglich beschaffen können“, sagt Weitzel. Die Genossenschaft sei dabei kein „Billigheimer“, sondern erhebe den Anspruch, auch bei namhaften Herstellern ein sehr gutes Preis-Leistungsverhältnis zu bieten. „Über die Bündelung der Volumina können wir unseren Mitgliedern einen attraktiven Preis bieten.“ Damit die Mitglieder mit den Systemen auch richtig umgehen können, bietet die BayKIT bei



LSI-Präsident Bernd Geisler und Constanze von Hassel.

Bild: LSI

Bedarf Schulungen an. Schließlich nützen einer Schule die besten Smartboards nichts, wenn die Lehrer sie nicht bedienen können.

**Erste IT-Einkaufsgenossenschaft in Bayern**

Die Idee, eine Einkaufsgenossenschaft zu gründen, entstand 2023 bei der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB). Eine Woche vor der bayerischen Landtagswahl im Oktober 2023 erteilten schließlich das Wirtschaftsministerium, das Finanzministerium und das Innenministerium des Freistaats ihre Zustimmung. Weitzel gehörte Anfang 2024 zum Gründungsteam der BayKIT und wurde zur Prokuristin ernannt. Dem Vorstand gehören Rudolf Schleyer und der Schwandorfer Oberbürgermeister Andreas Feller an. Schleyer ist nicht nur Vorstandsvorsitzender der BayKIT, sondern auch der AKDB. Aufsichtsratsvorsitzender ist der Unterallgäuer Landrat Alex Eder.

**600 Mitglieder zum Jahresende**

„Uns war von Anfang an klar, dass die BayKIT eine Genossenschaft sein muss, weil alle Mitglieder, egal ob groß oder klein, in einer Genossenschaft die gleiche Stimme haben“, erzählt Barbara Weitzel. Da die Struktur der Kommunen im Flächenland Bayern von groß bis klein sehr heterogen ist, war es den BayKIT-Gründern wichtig, niemanden zu benachteiligen.

Die BayKIT steht nicht nur Kommunen offen, sondern jeder Einrichtung in Bayern, die sich zu 100 Prozent in öffentlicher Hand befindet. Mittlerweile gehören

weit über 300 Behörden, Kommunen jeder Größe, Stadtwerke, Schulen, Kindergärten und seit Neuestem sogar Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft zur BayKIT. Die Zahl der Neumitglieder steige stetig, sagt Weitzel: „Wir haben jetzt fast 400 Mitglieder, darunter sind von den 71 Landratsämtern bereits 65 Mitglieder der BayKIT, viele mittlere Kommunen, aber auch große Städte wie Augsburg, Nürnberg, Würzburg und Regensburg. Ziel ist es, dass die BayKIT zum Jahresende auf 500 bis 600 Mitglieder anwachsen kann.“

**Messe BayKIT Connect zeigt passende Lösungen**

Mitglieder und alle, die es werden wollen, haben einmal im Jahr die Gelegenheit, die Messe BayKIT Connect zu besuchen. Sie findet 2026 am 7. und 8. Juli in Nürnberg statt. Ein Highlight ist die angeschlossene Fachausstellung, in der alles gezeigt wird, was das Herz an Technik im Büro begehrt. Zudem können sich die Besucherinnen und Besucher vernetzen, für ihre Einrichtung passende Lösungen finden und an Expertenworkshops teilnehmen.

Die BayKIT möchte sich auch in Zukunft nur um öffentliche Einrichtungen kümmern, sagt Barbara Weitzel: „Es geht uns ganz stark um die öffentliche Gemeinschaft und den genossenschaftlichen Gedanken. Wir werden von unseren Mitgliedern getragen und wir tun das, was die Mitglieder wollen. Als Genossenschaft sind wir Dienstleister unserer Mitglieder.“

**Quelle**

Der Beitrag erschien erstmals in der Ausgabe 05/2026 des Genossenschaftsmagazins Profil Bayern. □

**BayKIT.CONNECT**  
Forum für Mitglieder & Friends 2026

**Austausch, Impulse und Networking - am 07.07. und 08.07.2026 in Nürnberg.**

Seien Sie dabei, wenn wir wieder gemeinsam die Zukunft der IT in der öffentlichen Verwaltung gestalten!

Anmeldung zur Veranstaltung über unsere Webseite:  
[www.baykit.de/termine.html](http://www.baykit.de/termine.html)

**BayKIT**

Kommunale IT-Beschaffung  
neu gedacht.

## Digitale Infrastruktur:

## Fortschritte sichtbar, Handlungsdruck bleibt hoch

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur im Freistaat komme voran, so der Tenor beim vbw-Kongress „Vorsprung Bayern“, doch für Kommunen bleibt der Handlungsdruck hoch. Aktuelle Studien und Marktdaten zeigen Fortschritte bei Breitband und Mobilfunk, gleichzeitig aber weiterhin strukturelle Defizite, insbesondere beim Glasfaserausbau und in ländlichen Regionen.

### Versorgung verbessert; Glasfaser bleibt Engpass

Bayern liegt bei der Grundversorgung mit mindestens 100 Mbit/s inzwischen leicht über dem Bundesdurchschnitt. Auch im ländlichen Raum verfügen inzwischen rund neun von zehn Haushalten über entsprechende Anschlüsse. Beim Gigabit-Ausbau bewegt sich Bayern aktuell in einem Korridor von etwa 70 bis 75 Prozent der Haushalte, mit weiter steigender Tendenz. In den kommenden Jahren dürfte dieser Wert, auch durch laufende Fördermaßnahmen, auf über 80 Prozent anwachsen.

Deutlich hinterher hinkt jedoch der Glasfaserausbau bis in die Gebäude (FTTH). Hier liegt die Versorgung je nach Datengrundlage und Region weiterhin weit unter 50 Prozent, vielfach etwa im Bereich eines Drittels der Haushalte. Der geplante Ausbau wird zwar zu Fortschritten führen, eine flächendeckende Versorgung ist jedoch noch nicht erreicht. Für Kommunen bedeutet das: Die bisherigen Förderprogramme zeigen Wirkung, aber der eigentliche Zukunftsstandard Glasfaser bleibt die zentrale Baustelle.

Die Nachfrage nach Bandbreite wächst dynamisch. Bereits heu-

te nutzt knapp die Hälfte der Unternehmen Anschlüsse mit mehr als 500 Mbit/s, ein eindeutiger Anstieg innerhalb weniger Jahre. Gleichzeitig erwartet ein wachsender Anteil der Betriebe in naher Zukunft einen Bedarf im Gigabit-Bereich.

Auffällig ist, dass Unternehmen ihren zukünftigen Bedarf regelmäßig unterschätzen. Besonders kleinere Betriebe entwickeln derzeit zunehmend höhere Anforderungen. Treiber sind datenintensive Anwendungen wie Künstliche Intelligenz, Cloud-Dienste oder immersive Technologien. Für die kommunale Planung heißt das: Infrastruktur muss stärker vorausschauend dimensioniert werden, orientiert an zukünftigen Anforderungen statt am aktuellen Bedarf.

### Mobilfunk: Hohe Abdeckung, aber Qualitätslücken

Die offiziellen Versorgungszahlen im Mobilfunk weisen für Bayern eine nahezu flächendeckende Abdeckung aus. Messbasierte Analysen zeigen jedoch ein differenzierteres Bild: In etwa einem Fünftel der Fälle kommt es zu Einschränkungen bei Verbindungsqualität oder Datenübertragung. Auch bei 5G bestehen weiterhin

spürbare Lücken in der tatsächlichen Nutzbarkeit.

Für Kommunen ist diese Diskrepanz zentral: Zwischen rechnerischer Abdeckung und tatsächlichem Nutzererlebnis besteht weiterhin ein relevanter Unterschied, insbesondere außerhalb urbaner Räume.

### Überragendes öffentliches Interesse

Mit der Einstufung des Netzausbaus als „überragendes öffentliches Interesse“ hat der Bund 2025 eine klare Priorität gesetzt. Ziel ist es, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und dem Ausbau digitaler Infrastruktur in Abwägungsentscheidungen mehr Gewicht zu geben. In der praktischen Umsetzung zeigt sich jedoch, dass dieser Anspruch vor Ort noch nicht durchgängig greift. Insbesondere im Zusammenspiel mit den unteren Naturschutzbehörden bestehen weiterhin Unsicherheiten in der Anwendung der neuen Rechtslage.

Gerade in einem Flächenland wie Bayern mit zahlreichen Schutzgebieten ist eine funktionierende Abstimmung entscheidend. Ohne eine einheitliche und praxistaugliche Umsetzung droht das politisch formulierte Beschleunigungsziel seine Wirkung zu verfehlen. Für kommunale Entscheider ergibt sich daraus eine klare Aufgabe: frühzeitige Abstimmung, transparente Verfahren und ein lösungsorien-



Diskutierten die „Digitale Infrastruktur Bayerns“: v.l. Christoph Ostler, Geschäftsführer, Connected Reality, Dr.-Ing. Martin Elsberger, Referatsleiter IuK-Wirtschaft, Telekommunikation, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Udo Harbers, Beauftragter Landespolitik Bayern und Sachsen, Deutsche Telekom AG, Group Headquarters, Public and Regulatory Affairs, Albert Füracker, MdL, Staatsminister, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, Prof. Dr.-Ing. Giovanni Del Galdo, Institutsleiter, Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen IIS und Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer, vbw, der die Veranstaltung moderierte. Bild: CH

tiertes Zusammenspiel aller Beteiligten. Digitalisierung und Naturschutz sind keine Gegensätze, sie müssen vor Ort verlässlich in Einklang gebracht werden.

Neben regulatorischen Fragen bremsen weitere Faktoren den Glasfaserausbau:

- komplexe Genehmigungsverfahren und Dokumentationspflichten
- hohe Ausbauposten durch Geologie und geringe Siedlungsdichte
- fehlende Wirtschaftlichkeit in Teilen des ländlichen Raums
- sowie teilweise geringe Nachfrage und Akzeptanz vor Ort

Der Glasfaserausbau bleibt ein kapitalintensives Infrastrukturprojekt, das ohne Förderung vielerorts nicht wirtschaftlich realisierbar ist. Entsprechend wur-

den in den vergangenen Jahren erhebliche öffentliche Mittel eingesetzt, um insbesondere ländliche Regionen anzuschließen. Der für den Glasfaserausbau zuständige bayerische Finanzminister Albert Füracker stellte fest: „Wir haben in Bayern Milliarden investiert, obwohl wir formal gar nicht zuständig sind, weil es sonst niemand gemacht hätte. Unser Ziel bleibt klar: Kein Unternehmen darf einen Standortnachteil haben, nur weil die digitale Infrastruktur fehlt.“

Auch wenn die Zuständigkeit formal beim Bund liegt, sind Kommunen zentrale Akteure im Ausbauprozess. Sie koordinieren Förderverfahren, schaffen Baurecht, vermitteln zwischen Bürgern, Wirtschaft und Netzbetreibern und treiben Projekte vor Ort

aktiv voran. Gleichzeitig wächst der Druck: Ohne konsequentes kommunales Engagement besteht die Gefahr, dass einzelne Ortsteile langfristig abgehängt werden – insbesondere mit Blick auf mögliche Veränderungen der Förderkulisse.

Die technologischen Entwicklungen erhöhen den Handlungsdruck weiter. Anwendungen wie Künstliche Intelligenz, vernetzte Industrie, autonome Systeme oder Extended Reality erfordern künftig höhere Bandbreiten, geringere Latenzen und stabile Netze. Viele dieser Anwendungen sind ohne leistungsfähige Infrastruktur nicht skalierbar. Gleichzeitig treiben sie den Bedarf weiter nach oben und erhöhen damit die Anforderungen an Planung und Ausbau. CH

## Mobilfunkausbau als Zukunftsaufgabe

Was die Ausbauforderungen der Bundesnetzagentur für Städte und Gemeinden bedeuten

Ein Notfall in einem abgelegenen Gebiet, keine Mobilfunkversorgung und damit kein Notruf möglich – ein Szenario, das in einem hochentwickelten Land eigentlich der Vergangenheit angehören sollte. Doch es zeigt, wie abhängig unsere Sicherheit und unser Alltag von einer stabilen Mobilfunkversorgung geworden sind.

Mobilfunk ist längst kein Komfortthema mehr, sondern ein zentraler Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge. Er entscheidet darüber, ob Unternehmen investieren, ob Verwaltungen digital arbeiten können, ob Bürgerinnen und Bürger erreichbar bleiben – und ob Einsatzkräfte im Ernstfall zuverlässig kommunizieren. Deshalb kommt den neuen Ausbauforderungen der Bundesnetzagentur, die 2025 beschlossen wurden, eine besondere Bedeutung zu. Sie definieren, was Mobilfunkunternehmen künftig leisten müssen – und was Städte, Gemeinden und Landkreise erwarten dürfen.

### Bisherige Ausbaufortschritte: Wo Deutschland heute steht

Bevor die neuen Vorgaben greifen, lohnt ein Blick auf das, was bereits erreicht wurde. Die Bundesnetzagentur hat zuletzt aktuelle Daten zur Netzabdeckung veröffentlicht, die zeigen, dass der Mobilfunkausbau in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich vorangekommen ist. Nach Angaben des Mobilfunk-Monitorings sind rund 98 Prozent der Fläche Deutschlands mit breitbandigem Mobilfunk versorgt, während 95,3 Prozent bereits Zugang zur 5G-Technologie haben.<sup>1</sup> Die neuen Ziele sind damit kein

Neustart, sondern der nächste Schritt auf einem Weg, der bereits sichtbar Wirkung zeigt.

### 99,5 Prozent der Fläche in Deutschland müssen versorgt sein

Kern der neuen Auflagen ist erstmals eine klare Vorgabe zur Flächenabdeckung. Bis Ende 2029 müssen 99,5 Prozent der Fläche Deutschlands mit einer mobilen Datenrate von mindestens 50 Megabit pro Sekunde versorgt sein.<sup>2</sup> Diese Vorgabe markiert einen Paradigmenwechsel, da künftig nicht mehr allein bewohnte Gebiete, sondern die Flächenversorgung Deutschlands im Fokus steht. Ergänzend dazu müssen bis Januar 2029 nahezu alle Haushalte in dünn besiedelten Gemeinden eine Downloadgeschwindigkeit von mindestens 100 Megabit pro Sekunde erreichen. Damit wird der ländliche Raum ausdrücklich priorisiert, um strukturelle Nachteile gegenüber urbanen Zentren zu verringern.

### Investitionen in den Mobilfunknetzausbau

Für die Mobilfunkunternehmen stellen diese Vorgaben eine erhebliche Herausforderung dar. Der Ausbau in dünn besiedelten Gebieten ist kostenintensiv und selten wirtschaftlich. Grund hierfür: Neue Mobilfunkstandorte erfordern hohe Investiti-

onen in Masten, Technik und Anbindung, während die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer oft nur gering ist. Die Ausbauforderungen verschieben den Mobilfunkausbau damit zunehmend und bewusst weg von rein marktwirtschaftlichen Kriterien hin zu einem stärker gemeinwohlorientierten Infrastrukturauftrag. Diese Zielsetzung ist politisch gewollt, stellt die Unternehmen jedoch vor anspruchsvolle betriebswirtschaftliche, planerische und organisatorische Fragestellungen.

### Genehmigungshürden und „überragendes öffentliches Interesse“

Hinzu kommen strukturelle Hürden, die den Ausbau zum Teil verlangsamen. Dazu zählen teils langwierige Genehmigungsverfahren, komplexe baurechtliche Vorgaben und naturschutzrechtliche Einschränkungen. Gerade in Landschafts- oder Naturschutzgebieten sowie bei denkmalgeschützten Objekten sind Ausbauprojekte schwer umsetzbar.

Zwar wurde der Mobilfunkausbau im Jahr 2025 im Telekommunikationsgesetz als „überragendes öffentliches Interesse“ eingestuft, doch die praktische Umsetzung dieses Gesetzes liegt maßgeblich bei Ländern und Kommunen. Zu klären ist, wie die Aufwertung des Interesses an zeitgemäßer Versor-

Advertorial		
<p><b>Versorgungsverpflichtungen:</b> Alle Landes- und Staatsstraßen <b>Übertragungsrate:</b> Mindestens 50 Mbit/s (im Downlink) <b>Zeitpunkt:</b> 01. Januar 2029</p>	<p><b>Versorgungsverpflichtungen:</b> Alle Kreisstraßen <b>Übertragungsrate:</b> Mindestens 50 Mbit/s (im Downlink) <b>Zeitpunkt:</b> 01. Januar 2029</p>	<p><b>Versorgungsverpflichtungen:</b> Schienenwege <b>Übertragungsrate:</b> Mindestens 50 Mbit/s (im Downlink) <b>Zeitpunkt:</b> 01. Januar 2029</p>
<p><b>Versorgungsverpflichtungen:</b> Fläche: 99,5 % der Fläche <b>Übertragungsrate:</b> Mindestens 50 Mbit/s (im Downlink) <b>Zeitpunkt:</b> 01. Januar 2030</p>	<p><b>Versorgungsverpflichtungen:</b> Haushalte: 99 % im ländlichen Raum <b>Übertragungsrate:</b> Mindestens 100 Mbit/s (im Downlink) <b>Zeitpunkt:</b> 01. Januar 2029</p>	<p><b>Versorgungsverpflichtungen:</b> Alle Bundesstraßen <b>Übertragungsrate:</b> Mindestens 100 Mbit/s (im Downlink) <b>Zeitpunkt:</b> 01. Januar 2029</p>

gung in Abwägungsfällen im Rahmen von Genehmigungsverfahren umgesetzt wird.

### Rolle der Kommunen beim Netzausbau

Mit den neuen Ausbauzielen rückt auch die kommunale Ebene stärker in den Fokus. Städte, Gemeinden und Landkreise tragen mit dazu bei, dass der Lückenschluss beim Mobilfunkausbau gelingt.

Sie entscheiden über Standorte, Genehmigungen und oft auch über die gesellschaftliche Akzeptanz von Mobilfunkinfrastruktur. Kommunen können den Ausbau aktiv unterstützen, indem sie frühzeitig geeignete Flächen identifizieren, kommunale Liegenschaften zur Verfügung stellen, Genehmigungsverfahren transparent und zügig gestalten und Bürgerinnen und Bürger sachlich informieren.

### Chance für kommunale Entwicklung

Gleichzeitig eröffnet eine gute Mobilfunkversorgung erhebliche Chancen für die kommunale Entwicklung. Sie ist ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen, Handwerk, Tourismus und Fachkräfte. Auch für digitale Verwaltungsangebote, Telemedizin oder neue Mobilitätskonzepte ist eine verlässliche mobile Infrastruktur unverzichtbar. Kommunen, die den Mobilfunkausbau aktiv begleiten, stärken damit ihre Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit nachhaltig.

### Mobilfunkausbau als strategische Daueraufgabe

Die neuen Ausbauforderungen der Bundesnetzagentur setzen einen klaren Rahmen für die kommenden Jahre. Sie sind

anspruchsvoll, aber notwendig, um digitale Teilhabe und gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu ermöglichen. Ob die Ziele bis 2029 bzw. 2030 erreicht werden, hängt entscheidend davon ab, ob Bund, Länder, Kommunen und Mobilfunkunternehmen gemeinsam handeln. Für Kommunen bedeutet dies vor allem eines: Der Mobilfunkausbau ist kein Randthema mehr, sondern eine strategische Daueraufgabe moderner kommunaler Daseinsvorsorge.

Weitere Infos: [www.informationszentrum-mobilfunk.de](http://www.informationszentrum-mobilfunk.de)

<sup>1</sup> <https://gigabitgrundbuch.bund.de/GIGA/DE/MobilfunkMonitoring/start.html>

<sup>2</sup> Hinweis: 1&1 hat abweichende Versorgungsauflagen (Versorgung von 50 Prozent der deutschen Haushalte mit eigenem 5G Netz bis Ende 2030)



Von Strom über Glasfaser bis Endgerät und Softwarepool:

## Stadt Würzburg investierte in schulische digitale Infrastruktur

Der Fachbereich Schule der Stadt Würzburg hat in den letzten sechs Jahren 23,8 Millionen Euro in die Digitalisierung der Schulen in städtischer Aufwandsträgerschaft investiert. 15,5 Millionen davon wurden von Bund und/oder Freistaat über verschiedene Förderprogramme gefördert. „Wir haben die Förderprogramme vollumfänglich genutzt“, berichtet Daniela Schuster, Leiterin des Fachbereichs Schule, „und zusätzlich städtische Mittel insbesondere in Vernetzung und Hausstrukturen investiert, um alle Schulen digital anzubinden und – je nach Schulart – möglichst einheitlich und bedarfsgerecht auszustatten.“ Der Fachbereich Schule verstehe sich aber nicht allein als technischer Ausstatter, sondern als Partner der Schulen.

### Medienentwicklungsplan wird fortlaufend aktualisiert

In einem ersten Schritt wurde der Stand der Digitalisierung an den einzelnen Schulen erhoben, in Absprache mit den Schulleitungen und bei Begehungen vor Ort. Parallel wurde ein interkommunaler Austausch mit den bayrischen Großstädten aufgebaut

und verstetigt. Ergänzend wurden z. B. schulartspezifische Zukunftswerkstätten und schulartübergreifende Vernetzungstreffen organisiert.

Ziel war es, die Schulen frühzeitig in den digitalen Transformationsprozess einzubinden und eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung zu ermöglichen. Im weiteren Verlauf zeigte sich die Notwen-

digkeit klarer organisatorischer Strukturen und einer engen Abstimmung zwischen Schulen und Sachaufwandsträgern. Um die digitale Ausstattung der Schulen systematisch weiterzuentwickeln und die gewonnenen Erkenntnisse sowie Erfahrungen der Schulen gezielt einfließen zu lassen, wurde ein Medienentwicklungsplan erstellt.

Dieser bildet das strategische Fundament für die Weiterentwicklung der digitalen Bildung in Würzburg und wird stetig angepasst. Er stellt sicher, dass die digitale Entwicklung der Schulen systematisch, bedarfsgerecht und nachhaltig erfolgt und die digitalen Medien pädagogisch sinnvoll in den Unterricht integriert werden, um digitale Kompetenzen bei Lernenden und Lehrenden zu stärken. (Der Medienentwicklungsplan ist abrufbar unter <https://t1p.de/b6650>.)

### Basis: Strom & Glasfaser

Was auf Basis dieser Erhebungen und des Medienentwicklungsplans geschah, ist beachtlich. Denn es war nicht nur damit getan, die Schulen mit digitalen Geräten wie Notebooks, iPads und Laptops auszustatten. Die meisten Schulen waren grundtechnisch gar nicht dafür gerüstet, die geplanten Geräte mit Strom und WLAN versorgen zu können.

Daher musste die Stromversorgung mit allein über 9 Millionen Euro ertüchtigt werden, Glasfaseranschlüsse gelegt, die Schulgebäude vernetzt, die IT-Ausstattung beschafft und externe Dienstleister mit der technischen

Betreuung der Geräte beauftragt werden. (Eine Gesamtübersicht über die seit 2019/2020 in Anspruch genommenen Fördermittel und den Einsatz der Investitionen findet sich auf <https://www.wuerzburg.sitzung-online.de/BI/vo020.asp?VOLFDNR=24176>.)

Auch die Software-Ausstattung der Schulen wurde zum ersten Mal überhaupt systematisch erhoben. „Sie war heterogen mit einer Vielzahl von Einzellösungen, ohne einheitliche Standards“, berichtet Daniela Schuster. Der Fachbereich Schule legte daher einen Softwarepool an, der den Schulen zur Auswahl geeigneter, geprüfter und datenschutzkonformer Programme und Anwendungen dient und ständig aktualisiert wird. „Das ist die Grundlage für eine strukturierte Weiterentwicklung“, so Schuster.

Zudem ist die Stadt Würzburg Teil der Kerngruppe des bundesweiten Verbundprojekts „Poet“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und stärkt die Verbreitung von Open Educational Resources, frei zugänglichen, anpassbaren Lehr- und Lernmaterialien. Im Rahmen von „Poet“ erhält die Stadt Würzburg eine wissenschaftlich fundierte und praxisnahe Begleitung durch die Ruhr-Universität Bochum und die TU Dortmund.

### Förderung ändert sich ab 2027

Statt der bisherigen Vielzahl von Einzelprogrammen wird ab 2027 ein Vier-Säulen-Zuschuss des Freistaats Förderanträge vereinfachen. Dessen vier Förderbereiche sind Gebäude-Digitalinfrastruktur, Mobile Endgeräte, Digitale Bildungsmedien und KI-Anwendungen, Technische Administration, Wartung und Pflege.



Im Herbst 2025 wurde die Stadt Würzburg Teil des geförderten Projekts „Poet“. Das Foto zeigt die Verantwortlichen im Fachbereich Schule für die Digitalisierung an Würzburger Schulen: v.l.: Jörg Drömer, Dino-Silvano Schubart, Patrick Strohm, Miriam Akebe.

Bild: Claudia Lothar

### Pilotprojekt des Digitalministeriums in Weisendorf:

## Digitale Zwillinge ermöglichen datenbasierte Entscheidungen

Minister Mehring: „Digitale Zwillinge sind Fundament einer modernen Mitmach-Demokratie!“

Wie lassen sich Bauprojekte besser planen, Infrastruktur effizient steuern und kommunale Entscheidungen transparenter machen? Digitale Zwillinge liefern eine Antwort: Als virtuelle Abbilder von Städten und Gemeinden bündeln sie Daten, machen komplexe Zusammenhänge sichtbar und ermöglichen es, Entwicklungen vorab zu simulieren.

Der Markt Weisendorf zeigt, welches Potenzial in diesen datenbasierten Modellen steckt. Aufbauend auf der Initiative „TwinBy – Digitale Zwillinge für Bayern“ hat die Kommune ihren Digitalen Zwilling konsequent weiterentwickelt und setzt ihn heute vielfältig ein.

Im Rahmen seines Besuchs informierte sich Bayerns Digitalminister Dr. Fabian Mehring vor Ort über den aktuellen Stand und die nächsten Entwicklungsschritte: „Digitale Zwillinge sind ein echter Gamechanger für unsere Kommunen. Sie bringen Hightech in den Alltag vor Ort und schaffen die Grundlage für bessere, datenbasierte Entscheidungen. Mit unserem Förderprogramm ‚TwinBy‘ haben wir in Bayern die Basis dafür gelegt, dass solche Innovationen nicht nur einzelne Leuchttürme bleiben, sondern flächendeckend Schule machen können. Weisendorf geht dabei als kommunaler Pixelpionier landesweit voran“, so der Minister.

In Weisendorf kommt der Digitale Zwilling in verschiedenen Ausprägungen zum Einsatz: Ein öffentlich zugänglicher „Bürgerzwilling“ stellt eine Vielzahl an Informationen bereit – von Bauflächen und Infrastruktur über Umwelt- und Klimadaten bis hin zu Solarpotenzialen. Ergänzt wird er durch einen „Ratszwilling“ für politische

Entscheidungsträger sowie einen „Verwaltungszwilling“, der interne Abläufe unterstützt und auch sensible Daten einbindet.

So entsteht ein leistungsfähiges System für Planung, Steuerung und transparente Kommunikation. Der Markt Weisendorf verfolgt das Ziel, den Digitalen Zwilling künftig noch stärker für die Bürgerbeteiligung zu nutzen. Denkbar ist etwa, größere Bauvorhaben als digitale Modelle aufzubereiten, um sie frühzeitig transparent zu machen und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern weiterzuentwickeln. Karl-Heinz Hertlein, Bürgermeister Markt Weisendorf: „Digitale Verwaltung und digitale Tools sind ein Muss für eine zukunftsfähige Kommune.“

Der Digitale Zwilling wird in Weisendorf kontinuierlich ausgebaut – unter anderem in den Bereichen Wärmeplanung, Klimaanpassung und digitale Bürgerservices. Ziel ist es, das System langfristig als zentrales Instrument der kommunalen Entwicklung zu etablieren.

Die Initiative „TwinBy – Digitale Zwillinge für Bayern“ unterstützte Kommunen beim Aufbau und der Weiterentwicklung Digitaler Zwillinge. Das Fördervolumen von TwinBy betrug eine Million Euro.

### AKDB-IT-Leiter-Stammtisch:

## Sicherheit muss nicht teuer sein!

Wer Bedrohungen erkennt, bevor sie Schaden anrichten, ist klar im Vorteil – das wurde beim IT-Leiter-Stammtisch deutlich. Die Runde zeigte, dass IT-Sicherheit im kommunalen Alltag immer mehr zur Daueraufgabe wird und dass sich die Anforderungen rasant verändern.

In der digitalen Diskussionsrunde wurde schnell klar: An einem Security Operations Center, kurz SOC, führt kaum noch ein Weg vorbei. Die permanente Überwachung rund um die Uhr entwickelt sich zum Standard, vor allem in Kommunen, die sich gegen immer raffiniertere Angriffsmethoden wappnen wollen. Ein Teilnehmer beklagte, in den ersten zwei Monaten des Jahres bereits zweimal Opfer einer Schadsoftware geworden zu sein. Meist kommen die Angriffe geräuschlos als Rechnungsanhang. Ein Klick – und schon ist die IT kompromittiert. Auch DDoS-Angriffe sind immer häufiger. Um die oft teuren Services eines Security Operations Centers zu stemmen, schließen sich einige Kommunen mittlerweile zusammen. Manche Teilnehmer äußerten die Hoffnung, dass sich bald durch zentrale Angebote in Bayern Skalierungseffekte einstellen und sich noch weitere Einsparungen erzielen lassen.

### Partnerschaften mit Mehrwert

Besonderes Interesse fand das aktuelle Modell von LivingData in Zusammenarbeit mit der Telekom. Während die Telekom mit CrowdStrike für die lückenlose 24-Stunden-Überwachung und das Patching sorgt, übernimmt die LivingData das Onboarding sowie den Service vor Ort und ist für alle Belange die Anlaufstelle der Kommunen. Die Abrech-

nung erfolgt dabei auf Basis der einzelnen Endpoints, und auch bei der Einführung lässt sich sparen, wenn sich mehrere räumlich benachbarte Kommunen die Pauschale teilen. In Erwartung einer zentralen, bayernweiten Lösung wählen viele Kommunen eine kurze Vertragslaufzeit von einem Jahr. Viele Landkreise versuchen derzeit, ihre Gemeinden in einheitliche Sicherheitsstrategien einzubinden – nicht immer gelingt diese Abstimmung jedoch reibungslos. Auch die Frage nach der digitalen Souveränität kam auf. Sie ist vielen Kommunen wichtig: Manche fragen sich, ob deutsche Anbieter besser seien, da deren Lösungen auf deutschen Servern laufen.

### Zwischenlösung mit KI

Neben dem klassischen Virens Scanner und einem vollwertigen SOC gibt es auch eine Zwischenlösung: intelligente, KI-basierte Systeme. Sie bieten mehr Schutz als herkömmliche Anti-Viren-Scanner, erreichen jedoch nicht den umfassenden Leistungsumfang eines SOC. Für kleinere Kommunen können solche Systeme als Zwischenlösung fungieren und eine Brücke zur späteren Einführung eines umfassenden Security Operations Centers bilden.

### Der Mensch als entscheidender Faktor

Ein Punkt, in dem sich alle Teilnehmer einig waren, betrifft die



Beim LSI-Thementag „Kommunale IT-Sicherheit“ im Landratsamt Traunstein (v.l.): Landrat Andreas Danzer, Claus Hofmann, Informationssicherheitsbeauftragter und CISO des Landratsamts Traunstein, sowie Bernd Geisler, Präsident des Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik in Bayern (LSI).

Bild: Landratsamt Traunstein

### Gemeinsam gegen Cyberangriffe:

## Kommunen aus Oberbayern treffen sich in Traunstein

Große Resonanz im Landratsamt Traunstein: Der Thementag „Kommunale IT-Sicherheit“ des Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik in Bayern (LSI) war vollständig ausgebucht und brachte Bürgermeister, Geschäftsleiter, Informationssicherheitsbeauftragte sowie EDV-Verantwortliche aus ganz Oberbayern zusammen.

Landrat Andreas Danzer eröffnete die Veranstaltung und stellte die wachsende Bedeutung der Cybersicherheit für die öffentliche Verwaltung heraus: „Eine erfolgreiche Digitalisierung gelingt nur, wenn Cybersicherheit von Anfang an mitgedacht wird. Im Landkreis Traunstein haben wir hierfür verlässliche Strukturen aufgebaut und profitieren von der sehr guten und partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem LSI.“ Landrat Danzer abschließend: „Cybersicherheit ist damit längst Teil der kommunalen Daseinsvorsorge und eine Grundvoraussetzung für das Vertrauen der Bürger in eine leistungsfähige Verwaltung.“ Auch Bernd Geisler, Präsident des Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik in Bayern (LSI), war persönlich vor Ort und betonte die enge Zusammenarbeit mit dem Landkreis. Dabei verwies er auf eine bayernweit herausragende Entwicklung: Sämtliche Kommunen im Landkreis Traunstein verfügen über das LSI-Siegel – ein Spitzenwert im Freistaat. Gerade angesichts zunehmend komplexer Bedrohungslagen gewinnt der interkommunale Austausch weiter an Bedeutung – kein Akteur kann diese Herausforderungen allein bewältigen.

### Daueraufgabe für Kommunen

Im Mittelpunkt der Fachveranstaltung standen aktuelle Bedrohungslagen, konkrete Praxisbeispiele aus kommunalen IT-Si-

cherheitsvorfällen sowie neue Herausforderungen, etwa durch den Einsatz Künstlicher Intelligenz. Fachvorträge hielten Adrian Rossmeißl (LSI), Andre Rohrer (LSI), Michael Schrödl (LSI), Stephan Zollner (Informatiker, Geschäftsstelle des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz) sowie Claus Hofmann (Informationssicherheitsbeauftragter und CISO des Landratsamts Traunstein). Claus Hofmann gab Einblicke in konkrete Sicherheitsvorfälle im Landkreis sowie in wirksame Schutzmaßnahmen und betonte: „Cybersicherheit ist keine einmalige Maßnahme, sondern ein kontinuierlicher Prozess. Entscheidend ist, aus Vorfällen zu lernen, Strukturen stetig weiterzuentwickeln und die Mitarbeiter konsequent zu sensibilisieren.“ Die im Landkreis entwickelten Ansätze fließen bereits in landesweite Unterstützungsangebote des LSI ein und unterstreichen die Vorreiterrolle der Region. Gleichzeitig profitiert der Landkreis von der fachlichen Expertise des LSI. Die hohe Teilnehmerzahl und die große Nachfrage zeigen deutlich: Cybersicherheit ist längst ein zentrales Handlungsfeld für Kommunen – und entscheidend für das Vertrauen in eine funktionierende digitale Verwaltung. Die Veranstaltung machte zudem deutlich, dass Cybersicherheit kein statisches Ziel ist, sondern eine Daueraufgabe, die kontinuierliche Anpassung und enge Zusammenarbeit erfordert.

Rolle der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die beste Technik kann ihre Wirkung nur entfalten, wenn das Personal sensibilisiert ist. Schulungen, klare Richtlinien und ein Bewusstsein für Gefahren wie Phishing-Mails oder unsichere Passwörter sind nach wie vor elementar. Die Runde war sich darin einig, dass dieser Faktor oft den Unterschied macht, ob ein Vorfall vermieden werden kann oder sich zur Krise ausweitet. Die meisten Teilnehmenden führen zusätzlich regelmäßig Penetrationstest durch.

### Die Kosten steigen

Die Kosten sind ein Dauerthema in Kommunen, die Ressourcen sind knapp. Das betrifft auch die Beschaffung von Hardware, die immer teurer und schwieriger wird. Wegen der aktuellen Chipkrise ist der Markt wie leergefegt. Laut Marktforschern hält die Speicherkrise bis mindestens Ende 2027 an. Einige Kommunen

kaufen deswegen über die Bay-KIT, wenn sie neue Server oder Laptops brauchen.

Die Lizenzkosten für Software steigen insgesamt. Der Gesetzgeber fordert immer mehr Maßnahmen, etwa wenn Kommunen von NIS2 betroffen sind, weil sie Wasser- oder Energiekraftwerke betreiben. Vor diesem Hintergrund wird es für CIOs in Kommunen zunehmend schwierig, die Geschäftsleitung für ein neues SOC zu begeistern.

Zusammenfassend wurde beim IT-Leiter-Stammtisch deutlich, dass IT-Sicherheit nicht als einmalige Investition betrachtet werden darf, sondern als fortlaufender Prozess, der technische Lösungen, organisatorische Maßnahmen und die Einbindung aller Beteiligten erfordert. Wer frühzeitig handelt und Risiken erkennt, kann Vorfälle verhindern, Kosten sparen und den Betrieb stabil halten – ein Ziel, das in allen Kommunen höchste Priorität hat.

Bitkom Länderindex 2026:

## Bayern behauptet digitalen Spitzenplatz

Mit Platz 4 gehört Bayern laut dem aktuellen Bitkom Länderindex weiterhin zu den führenden Digitalstandorten Deutschlands. Besonders stark schneidet der Freistaat im vom Digitalministerium verantworteten Bereich Governance und Verwaltungsdigitalisierung ab: Hier erreicht der Freistaat mit Rang 2 erneut eine Spitzenposition unter den Flächenländern.

Für den Länderindex wurden alle 16 Bundesländer anhand von 30 Indikatoren in vier Kategorien untersucht: Governance und Verwaltung, Digitale Infrastruktur, Digitale Wirtschaft und Digitale Gesellschaft. Digitalstes Bundesland bleibt Hamburg, dahinter folgen Berlin, Hessen, Bayern, Baden-Württemberg und das Saarland, das sich besonders stark verbessern konnte. Am Ende des Rankings liegen Sachsen-Anhalt sowie Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern, die sich den 15. Platz gleichauf teilen.

Der Länderindex 2026 zeigt, wie unterschiedlich Stärken und Schwächen in den vier großen Bereichen der Digitalisierung verteilt sind. Bei der digitalen Infrastruktur liegen Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen vorn; sie profitieren von überdurchschnittlich gut ausgebauten Glasfaser- und Gigabitnetzen. Die digitale Wirtschaft hingegen floriert vor allem

im Süden, wo nur Hamburg und Berlin besser abschneiden. Ostdeutsche Länder punkten besonders bei digitaler Teilhabe und Bildung.

### Konsequente Strategie

Bayerns Digitalminister Dr. Fabian Mehring kommentierte: „Die konsequente Digitalstrategie des Freistaats wirkt und kommt bei den Menschen an. Wir machen staatliche Leistungen für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen schneller, einfacher und digital zugänglich. Bayern soll ein Land sein, in dem man seine Zeit nicht in Ämtern mit Papierkram verschwendet. Die Verwaltung der Zukunft muss jederzeit, von überall und vollständig digital erreichbar sein.“

Mehring betonte, dass es beim Ausbau der digitalen Verwaltung nicht nur um Effizienz gehe: „In Landratsämtern und Rathäusern entscheidet sich, wie die Men-

schen unseren Staat erleben – als bürokratisch und schwerfällig oder als modern und leistungsfähig. Kluge Digitalisierung bekämpft Bürokratie und Fachkräftemangel und prägt zugleich das Bild des Staates. Mit der nationalen Digitaloffensive zur Verwaltungsdigitalisierung entwickeln wir in Bayern eine Blaupause für einen digitalen Servicestaat, die bundesweit ausgerollt werden kann. So machen wir unser Land fit für das KI-Zeitalter.“

### Erfolgsfaktoren

Laut Bitkom profitieren digitale Länder von strukturellen Vorteilen wie überdurchschnittlicher Wirtschaftsleistung, dichter Besiedlung und starker Unternehmens- und Hochschullandschaft. Politische Rahmenbedingungen wie ein eigenständiges Digitalministerium, ein Digitalkabinett oder regelmäßige Digitalberichte tragen ebenfalls zum Erfolg bei. Der Branchenverband empfiehlt unter anderem, Informatik ab Sekundarstufe I zum Pflichtfach zu machen, Lehrkräfte weiterzubilden und Angebote zur Förderung digitaler Kompetenzen etwa in Bibliotheken oder Volkshochschulen auszubauen. In der Verwaltung seien ein Beschleunigungsbudget und schnellere Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes notwendig.

Bitkom-Präsident Dr. Ralf Wintergerst fordert zudem eine engere technische Zusammenarbeit von Bund und Ländern:

„Neue zentrale Plattform ‚Online-Sicherheitsüberprüfung‘:

## Erfolgreicher Start

Bayern digitalisiert und beschleunigt sicherheitsrelevante Überprüfungen von Personen: Das Bayerische Innenministerium hat die zentrale Plattform ‚Online-Sicherheitsüberprüfung‘ (OSiP) erfolgreich im Anwendungsbereich waffenrechtliche Sicherheitsprüfungen gestartet. Damit werden nun alle Personen mit waffenrechtlichen Erlaubnissen, wie beispielsweise Sportschützen, Berufswaffenträger oder Jäger, vollständig digital statt wie bisher manuell überprüft.

Bayerns Innenstaatssekretär Sandro Kirchner betont: „Mit OSiP heben wir die Sicherheitsüberprüfungen in Bayern auf ein neues Level. Wir ersetzen umständliche, papierbasierte Prozesse durch einen schnellen, automatisierten und medienbruchfreien Ablauf. Das ist ein Meilenstein der Verwaltungsdigitalisierung, der direkt bei den Menschen und Unternehmen ankommt. Effizient, sicher und zukunftsweisend – so gestalten wir die Verwaltung von morgen.“ Bis Ende 2027 wird die Plattform schrittweise auf weitere Bereiche, darunter die Luftsicherheit und das Sprengstoffrecht, ausgeweitet.

### Vollautomatische Steuerung von Anfragen mit OSiP

Bislang mussten für die waffenrechtliche Überprüfung einer Person die Antragsdaten manuell erfasst und einzeln an mindestens acht verschiedene gesetzlich vorgeschriebene Erkenntnisstellen versendet werden, darunter etwa das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz oder das Bayerische Landeskriminalamt. Bei bayernweit über 150.000 Anfragen pro Jahr war dieser Prozess personalintensiv und führte zu Bearbeitungszeiten von mehreren Wochen oder gar Monaten.

Mit OSiP, dessen bayernweite Koordination und Einführung in der Zuständigkeit des Bayerischen Innenministeriums liegt, werden die Daten nun nur noch ein einziges Mal in das zentrale System eingegeben. OSiP steuert vollautomatisch die Anfragen an alle relevanten Stellen und sammelt die Rückmeldungen digital ein. Dabei gewährleistet es den gleichen Sicherheits- und Qualitätsstandard wie die bisherige manuelle Sicherheitsüberprüfung. □

„Die Vorteile sind enorm“, erklärt Kirchner. „Wir schaffen eine nahtlose und rein elektronische Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Behörden. Erste Auswertungen zeigen, dass wir die Wartezeit auf eine Rückmeldung um rund die Hälfte reduzieren können.“ Dank dieser Beschleunigung können beispielsweise im Bewachungsgewerbe Sicherheitskräfte nun auch kurzfristig, etwa für Großveranstaltungen, zuverlässig überprüft und eingesetzt werden.

### Freiräume schaffen

Die Plattform OSiP ist als landesweiter Standard in Bayern konzipiert, die technische Lösung für OSiP wird von der Föderalen IT-Kooperation (FITKO) sowohl als deutschlandweiter Standard als auch für den Datenaustausch betreut. Kirchner: „OSiP ist ein Musterbeispiel für eine gelungene digitale Transformation, die Freiräume für andere wichtige Aufgaben schafft. Mit dieser Plattform maximieren wir die Effizienz von Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen in Bayern.“

Die Vorteile von OSiP im Überblick:

- Effizienz: Anträge können innerhalb von Tagen statt Wochen vollständig bearbeitet werden. Das entlastet die Verwaltung und beschleunigt Verfahren für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen.
- Zusammenarbeit: Der medienbruchfreie, elektronische Datenaustausch ermöglicht eine reibungslose Kooperation aller beteiligten Stellen in Bayern und im Bund.
- Flexibilität: Die modulare Plattform kann jederzeit an neue rechtliche Rahmenbedingungen angepasst oder für weitere Anwendungsbereiche erweitert werden. □



In Kooperation mit der DATEV eG

## ABC Arbeitsplatz Kommune:

### Mittelstandsindex: Daten, die Orientierung geben

Der Mittelstand gilt als Rückgrat der deutschen Wirtschaft und bildet gleichzeitig auch die finanzielle Basis vieler Kommunen. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen prägen Gewerbesteuereinnahmen, sichern Beschäftigung und schaffen lokale Wertschöpfung. Rückgänge bei Aufträgen oder Gewinnen schlagen sich mit Zeitverzögerung in geringeren Steuerzuflüssen nieder und damit in Haushaltsrisiken, die Städte und Gemeinden unmittelbar treffen. Gerade in Zeiten konjunktureller Unsicherheit brauchen kommunale Entscheidungsträger verlässliche und aktuelle Informationen, um regionale wirtschaftliche Entwicklungen richtig einordnen zu können.

### Ein Frühwarnsystem für die Wirtschaft

Genau hier setzt der DATEV Mittelstandsindex an: Er ermöglicht es, Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und Entscheidungen auf einer objektiven und granularen Datenbasis zu treffen. Auf Basis anonymisierter und aggregierter Daten von über einer Million Unternehmen bildet er monatlich die Umsatz-, Lohn- und Beschäftigungsentwicklung ab – aufgeschlüsselt nach Branchen, Unternehmensgrößen und Regionen.

Diese Daten sind besonders aussagekräftig, weil sie nicht auf Befragungen beruhen, sondern aus den anonymisierten realwirtschaftlichen Daten (z. B. Umsatzsteuervoranmeldungen) von

über einer Million Unternehmen abgeleitet werden. So liefert der Index monatlich aktualisierte Kennzahlen und dokumentiert damit quasi in Echtzeit die wirtschaftliche Lage von Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Deutschland.

### Fundament für Standortpolitik

Perspektivisch können auch die Umsatzentwicklungen in einzelnen Regionen (z. B. IHK-Berichte oder Landkreise) analysiert und daraus mögliche Auswirkungen auf die Steuereinnahmen abgeschätzt werden. Dann lässt sich ebenfalls ableiten, welche Branchen in welchen Regionen stabil wachsen oder gegebenenfalls zielgerichtet und zeitnah unterstützt werden sollten. So kann der DATEV Mittelstandsindex Landkreise und Kommunen als Entscheidungsgrundlage für Förder- und Strukturpolitik dienen – beispielsweise für Infrastrukturmaßnahmen oder wirtschaftliche Entwicklungspläne. Er ergänzt die amtliche Statistik um ein zeitnahes Monitoring der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung, ohne in Unternehmen wie Kommunen Aufwand durch zusätzliche Befragungen zu erzeugen.

Mit dem DATEV Mittelstandsindex entsteht ein tragfähiges Modell, wie Datenintelligenz im öffentlichen Sektor künftig aussehen kann. Abzurufen ist er frei zugänglich und monatlich aktualisiert unter [mittelstandsindex.datev.de](http://mittelstandsindex.datev.de). □

„Wenn jedes Land sein eigenes System baut, wird es kompliziert, teuer und langsam. Der Deutschland-Stack kann die Verwaltung auf ein gemeinsames, modernes Fundament stellen.“ Gleichzeitig könnten Länder bestehende Spielräume nutzen, um Fortschritte zu machen, etwa durch den Abbau von Be-

richtspflichten für Unternehmen oder durch den beschleunigten Mobilfunkausbau. „Die Ergebnisse des Länderindex zeigen: Digitalisierung lässt sich gestalten. Bei Prioritäten setzt, Zuständigkeiten bündelt und Maßnahmen konsequent umsetzt, bringt digitale Bewegung ins Land. Das ist jetzt die Chance für alle Bun-

desländer“, urteilte Wintergerst. Der Bitkom-Länderindex wird alle zwei Jahre erstellt. Grundlage sind Befragungen der Digitalverantwortlichen aller 16 Bundesländer sowie von mehr als 5.600 Bürgerinnen und Bürgern. Zudem fließen amtliche Bundesstatistiken und Drittstudien in die Analyse ein. DK



Kommunalforum

Am 29. Oktober findet das 7. Kommunalforum statt.

[www.akdb.de/kommunalforum](http://www.akdb.de/kommunalforum)

## Viel mehr als Software!

Die AKDB-Unternehmensgruppe ist Partner und Komplettanbieter für den öffentlichen Sektor – für Kommunen jeder Größe sowie für den Bund. Wir kennen die Herausforderungen der Verwaltung: Fachkräftemangel, Cybersicherheit und den Wechsel der IT in die Cloud. Dafür bieten wir IT-Betrieb, Beratung, Service und BSI-zertifizierte Rechenzentren an. Mit digitalen Lösungen aus einer Hand – für ein funktionierendes Gemeinwesen und einen modernen Staat!

[www.akdb.de](http://www.akdb.de)

55  
AKDB

# Wir haben die Lösung

Jahresbericht 2025 der Bundesnetzagentur:

## Marktzahlen Telekommunikation

In ihrem Jahresbericht 2025 zur Entwicklung des Telekommunikationsmarktes in Deutschland verweist die Bundesnetzagentur auf Investitionen in Sachanlagen in Höhe von 15,3 Mrd. Euro, die in etwa dem Wert des Vorjahres entsprechen. Auch die Investitionsschwerpunkte - der Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunkinfrastruktur - blieben 2025 weitgehend unverändert.

Im Jahr 2025 setzte sich bei den stationären Internetanschlüssen der Trend zu höheren und sehr hohen Bandbreiten weiter fort. Während die Zahl der Anschlüsse mit einer maximalen Download-Geschwindigkeit von weniger als 100 Mbit/s gegenüber 2024 von 17,1 auf 15,2 Millionen zurückging, stieg die Zahl der schnelleren Anschlüsse im selben Zeitraum von 21,5 auf 23,6 Millionen. Davon verfügten bereits drei Millionen Anschlüsse über maximale Bandbreiten von mindestens 1.000 Mbit/s. Im Vorjahr lag dieser Wert noch bei 2,5 Millionen.

### Starkes Wachstum bei Glasfaseranschlüssen

Auch der Ausbau der Glasfaseranschlüsse verzeichnete 2025 erneut ein starkes Wachstum. Die Zahl der aktiven Glasfaseranschlüsse (FTTH und FTTC Activated) erhöhte sich seit Ende 2024 um mehr als eine Million auf insgesamt 6,4 Millionen. Ende 2024 waren es noch 5,3 Millionen Anschlüsse. Damit stieg der Anteil der Glasfaseranschlüsse an allen aktiven Breitbandanschlüssen im Festnetz von 13,7 Prozent auf

16,5 Prozent. Gleichzeitig sank der Anteil der DSL-Anschlüsse von 61,1 auf 58,5 Prozent.

Von den insgesamt 6,4 Millionen aktiven Glasfaseranschlüssen entfielen rund 5,2 Millionen auf FTTH-Anschlüsse (Fiber to the Home), bei denen die Glasfaserleitung bis in die Wohnung bzw. zum Endnutzer geführt wird. Weitere rund 1,2 Millionen Anschlüsse gehörten wie bereits im Vorjahr zur Kategorie FTTC (Fiber to the Cabinet). Hier endet die Glasfaseranbindung am Gebäude, beispielsweise im Keller eines Mehrfamilienhauses, während die Verbindung bis in die Wohnung über Kupferleitungen erfolgt.

Deutlich gewachsen ist auch die Zahl der mit Glasfaser versorgten Wohnungen und Gebäude (FTTH und FTTC Connected). Diese Kennzahl umfasst sowohl bereits aktive als auch noch nicht aktivierte Glasfaseranschlüsse. Im Jahr 2025 waren 7,1 Millionen Wohnungen und Gebäude per FTTH angeschlossen - ein Plus von 1,6 Millionen gegenüber dem Vorjahr. Bei FTTC stieg die Zahl um 0,2 Millionen auf insgesamt 3,3 Millionen. Die klassische Telefonie ver-

lor auch 2025 weiter an Bedeutung. Gemessen am Gesprächsvolumen sank die Zahl der Gesprächsminuten im Festnetz gegenüber dem Vorjahr von 57 auf rund 47 Milliarden Minuten. Im Mobilfunk verringerte sich das Gesprächsvolumen von 148 auf 132 Milliarden Minuten.

### Messenger- und Videokonferenz-Dienste

Demgegenüber setzte sich das Wachstum nummernunabhängiger Kommunikationsdienste fort. Über Messenger- und Videokonferenz-Dienste wurden im Jahr 2025 insgesamt 19,6 Milliarden abgehende Sprachanrufe geführt. Im Vorjahr waren es 17,7 Milliarden Anrufe. Damit nahm die Zahl der Gespräche binnen eines Jahres um elf Prozent zu. Das Gesprächsvolumen stieg gleichzeitig auf insgesamt 198 Milliarden Minuten nach 196,7 Milliarden Minuten im Jahr 2024.

Auch die Videotelefonie legte weiter zu. Im Jahr 2025 wurden 9,5 Milliarden abgehende Videoanrufe registriert. Gegenüber den 8,8 Milliarden Videoanrufen des Vorjahres entspricht dies einem Anstieg um sieben Prozent. Das Gesprächsvolumen erhöhte sich ebenfalls und erreichte 188,5 Milliarden Minuten nach 183,7 Milliarden Minuten im Jahr 2024.

Trotz ihres anhaltenden Bedeutungsverlusts wurden auch

2025 noch in erheblichem Umfang Kurznachrichten per SMS verschickt. Die Zahl der versendeten SMS ging jedoch deutlich zurück und sank von 5,2 Milliarden im Jahr 2024 auf 2,9 Milliarden. Pro aktiver SIM-Karte wurden damit durchschnittlich nur noch zwei SMS pro Monat versendet.

Messenger- und Videokonferenz-Dienste dominierten dagegen weiterhin die digitale Kommunikation. Über diese Plattformen wurden 2025 insgesamt 913,5 Milliarden Sofortnachrichten verschickt. Im Jahr zuvor lag dieser Wert bei 901,9 Milliarden Nachrichten. Rechnerisch versandte jede Nutzerin und jeder Nutzer damit durchschnittlich 384 Sofortnachrichten pro Monat beziehungsweise rund 13 Nachrichten pro Tag.

### Höheres Datenaufkommen in deutschen Festnetzen

Auch das Datenaufkommen in den deutschen Festnetzen stieg weiter an. Im Jahr 2025 wurden insgesamt rund 175 Milliarden Gigabyte übertragen. Das entspricht einem durchschnittlichen Datenvolumen von rund 376 Gigabyte pro Breitbandanschluss und Monat. Gegenüber 2024 nahm das monatliche Datenvolumen damit um rund 54 Gigabyte zu.

Im Mobilfunk setzte sich dieser Trend ebenfalls fort. Das durchschnittlich genutzte Datenvolumen lag 2025 bei rund 8,4 Gigabyte pro aktivem SIM-Profil und Monat. Das waren etwa 13 Prozent mehr als im Vorjahr. Insgesamt wurden über die Mobilfunknetze in Deutschland 10,9 Milliarden Gigabyte übertragen. Im Jahr 2024 hatte das Datenvolumen noch bei 9,6 Milliarden Gigabyte gelegen.

### Breko-Stellungnahme

„Die Zahlen der Bundesnetzagentur zum Glasfaserausbau bis Ende 2025 suggerieren einen ungebremsten Ausbauboom. Dieses Bild entspricht jedoch nicht der aktuellen Realität einer angespannten Marktlage aufgrund hoher Finanzierungs- und Baukosten, eines aggressiven Verdrängungswettbewerbs durch die Deutsche Telekom sowie mangelnder Investitions- und Planungssicherheit für den weiteren Ausbau“, erläuterte Lisia Mix-Bieber, Leiterin Bundes- und Europapolitik beim Bundesverband Breitbandkommunikation e.V. (BREKO).

„Ein erstes Anzeichen der kritischen Lage im Glasfaserausbau: Laut Bundesnetzagentur sind die Investitionen der Wettbewerber in Telekommunikationsinfrastrukturen 2025 erstmals seit 10 Jahren nicht weiter gestiegen. Allerdings bleibt der Anteil der Telekom bei den tatsächlich ans Glasfasernetz angeschlossenen und aktivierten Haushalten deutlich unter dem Niveau ihrer Wettbewerber. Sollten die Investitionen der Wettbewerber in Zukunft sogar merklich zurückgehen, wird die Telekom die entstehende Lücke also nicht füllen können“, machte Mix-Bieber deutlich.

Gleichzeitig zeige das Wachstum beim genutzten Datenvolumen von 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahr wieder einmal, dass ein zügiger Glasfaserausbau dringend notwendig bleibt. Deshalb seien nun Politik und Regulierung gefragt, für Planbarkeit und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen zu sorgen, damit die Unternehmen auch in den kommenden Jahren im bisherigen Tempo Glasfasernetze bauen können.

Im Mobilfunkbereich, so die Verbandsvertreterin, zeige der gleichbleibend dominante Marktanteil der Netzbetreiber von 82 Prozent, dass immer noch kein fairer Wettbewerb möglich ist und Diensteanbieter ohne eigenes Netz weiterhin benachteiligt werden. **DK**

Staatsminister Füracker:

## Bund muss Förderung beim Glasfaserausbau endlich erhöhen

Bayern fordert im Bundesrat höhere Fördersätze für Kommunen

„Gigabit und Glasfaser sind die Lebensadern der digitalen Zukunft. Sie entscheiden über Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität einer Region. Gigabitverbindungen sind für die Wirtschaft unerlässlich, aber auch im privaten Bereich steigt der Bandbreitenbedarf unermüdlich. Der Bund muss daher endlich seiner Verantwortung gerecht werden und die Glasfaserförderung insbesondere für ländliche Regionen massiv erhöhen: Ein Gesamtvolumen von rund einer Milliarde Euro für ganz Deutschland bei einem Fördersatz von rund 50 Prozent ist vollkommen unterdimensioniert. Die Kommunen brauchen insbesondere höhere Fördersätze - nur durch eine kräftige Erhöhung kann der flächendeckende Gigabitausbau effektiv vorangetrieben werden. Bayern wird daher im Finanzausschuss des Bundesrats einen entsprechenden Antrag einbringen“, kündigt Finanz- und Heimatminister Albert Füracker an.

### Bayern investiert massiv in schnelle Netze

„Bayern unterstützt seine Kommunen beim Glasfaserausbau bereits seit 2014 freiwillig: Über 2,7 Milliarden Euro haben wir im Rahmen der Förderung bereits in schnelle Netze investiert. Damit haben wir auch die niedrigen Bundesfördersätze der Kommunen von meist 50 Prozent auf bis zu 90 Prozent. Ohne unsere Förderung hätte ein Großteil der Kommunen die Förderung des Bundes bislang gar nicht in Anspruch nehmen können - die verbleibenden Kosten bei den Kommunen wären für diese schlicht nicht stemmbar.“

Nach dem Grundgesetz liegt die Zuständigkeit für den Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur aber einzig beim Bund und den privaten Telekommunikationsunternehmen“, so Füracker weiter.

### Kofinanzierung als enorme finanzielle Belastung

Für die Länder stellt die Kofinanzierung des Bundesprogramms eine große finanzielle Belastung dar. Der Freistaat hat sich daher bereits mehrfach in der Vergangenheit auf Bundesebene für eine substanzielle Erhöhung des Basisfördersatzes des Bundes eingesetzt. Mit der aktuellen bayerischen Initiative im Bundesrat unterstreicht Bayern seine Haltung und Forderung erneut. **□**

Wero in Bayerns Kommunen:

## S-Public Services ermöglicht Einsatz über Dienstleister komuna

Kommunale Kunden des IT-Dienstleisters komuna in Bayern können das europäische Bezahlfahrer Wero in ihre Online-Services integrieren. Die zur DSV-Gruppe gehörende S-Public Services, das Kompetenzzentrum für E-Government der Sparkassen-Finanzgruppe, stellt mit ihrer Payment-Plattform GiroCheckout die technische Grundlage dafür bereit. Aktuell nutzen bereits rund 20 Städte und Gemeinden im Freistaat Wero über komuna.

„Wenn eine Kommune Wero über GiroCheckout konfiguriert, wird es auf der Paypage direkt angezeigt. Für uns als Dienstleister läuft das im Idealfall im Hintergrund stabil und ohne zusätzlichen Aufwand“, sagt Marco Vogl, Prokurist bei der komuna GmbH. „Genau diese Einfachheit ist für den laufenden Betrieb entscheidend.“

komuna betreibt in Bayern eine große Zahl digitaler Bürgerservices mit rund 200 unterschiedlichen Verfahrenstypen: von standardisierten Onlineanträgen bis zu individuell entwickelten Fachverfahren. Wero kann überall dort ergänzt werden, wo Online-Zahlungen vorgesehen sind.

### Einfache Integration in bestehende kommunale Strukturen

Für Kommunen zählen bei neuen Bezahlfahrern vor allem eine einfache Integration und ein stabiler Betrieb. Gleichzeitig rücken bei der langfristigen Weiterentwicklung des Zahlungsangebots europäische Lösungen stärker in den Fokus.

„Die Einführung war unkompliziert und konnte ohne größeren technischen Aufwand in unsere bestehenden Onlinevorgänge integriert werden“,

berichtet Markus Singer von der Abteilung Zentrale Steuerung und Dienste bei der Stadt Schwandorf, die Wero seit Oktober 2025 in mehreren Bürgerservices einsetzt. Die Payment-Lösung ist unter anderem im Einwohnermeldewesen, im Standesamt sowie in verschiedenen Online-Anträgen des Ordnungsamtes im Einsatz.

### Mehr Flexibilität für den Bürger

Für die Bürger bedeutet das vor allem mehr Flexibilität. „Wir sind der Meinung, dass wir verschiedene Bezahlmöglichkeiten anbieten müssen, um die Online-Behaltung so einfach wie möglich zu machen“, so Singer weiter.

S-Public Services stellt mit GiroCheckout die technische Plattform bereit, über die Kommunen neue Zahlarten in ihre digitalen Services einbinden können. Unterschiedliche Einführungswege über kommunale IT-Dienstleister lassen sich dabei in einheitliche Zahlprozesse überführen.

Damit entsteht für Kommunen ein skalierbarer Ansatz, ihr Payment-Angebot schrittweise zu erweitern, ohne tiefgreifende technische Anpassungen an bestehenden Verfahren vornehmen zu müssen. **□**



V.l.: Sandra Stiedl (M-net), Josef Reff (ehem. Erster Bürgermeister von Geisenhausen), Thomas Muckenschnabl (ESB), Klaus Hoffmeister (Breitbandpate), Michael Schneider (ESB), Josef Claus (ehem. Erster Bürgermeister von Niederaichbach), Lorenz Fuchs (Erster Bürgermeister von Schalkham), Johann Luger (ehem. Erster Bürgermeister von Gerzen), Dr. Oliver Baumann (M-net) und Verena Schwab (Fa. Streicher). Bild: M-net

## M-net Gigabit-Anschlüsse für über 2.200 Haushalte und Gewerbebetriebe

Glasfaserausbau in sieben niederbayerischen Gemeinden abgeschlossen

Gemeinsam mit der Energie Südbayern GmbH hat Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net den Breitbandausbau für die Verwaltungsgemeinschaft (VG) Gerzen im Landkreis Landshut abgeschlossen. Zum Ausbaubereich zählen neben den vier Gemeinden der VG - Aham, Gerzen, Kröning und Schalkham - auch die benachbarten Gemeinden Adlkofen und Niederaichbach sowie der Markt Geisenhausen. Insgesamt wurden 1.748 Gebäude mit Glasfaseranschlüssen ausgestattet.

Die Ausbauarbeiten im Rahmen des Projekts „Interkommunale Zusammenarbeit VG Gerzen“ hatten im August 2023 begonnen. Nach dem Projektabschluss haben nun 2.246 Wohn- und Gewerbeeinheiten Zugang zum leistungsstarken Glasfasernetz. Damit stehen den Nutzerinnen und Nutzern Internet-, Telefon- und IP-TV-Anschlüsse mit Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 1 Gbit/s zur Verfügung.

Beim Bau des Breitbandnetzes kamen keine Kupferleitungen zum Einsatz, sondern eine durchgängige Infrastruktur aus Glasfasern bis in die einzelnen Gebäudekeller (FTTB) oder Wohnungen (FTTH). Die Gesamtlänge der neuen Glasfaserleitungen beträgt im Ausbaube-

biet mehr als 1.100 Kilometer. Dazu wurden rund 580 Kilometer Leerrohre verlegt, 330 Kilometer davon im Tiefbau. Zusätzlich ließen sich 18 Kilometer an Bestandsinfrastruktur nutzen. Gefördert wurden die Maßnahmen mit Mitteln des Bundes und des Freistaats Bayern.

### Meilenstein für die Region

„Der Projektabschluss ist ein Meilenstein für die Region“, betont Klaus Hoffmeister, Geschäftsstellenleiter und Breitbandpate der VG Gerzen. „Wir freuen uns sehr, dass wir gemeinsam mit den Partnern ESB und M-net den Breitbandausbau planmäßig erfolgreich abschließen konnten. Wir gehen damit einen wichtigen Schritt

in Richtung zukunftssicherer Infrastruktur - zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger, die sich auf schnelles Internet verlassen können.“

„Die Kommunikation mit allen beteiligten Gemeinden hat reibungslos funktioniert, was hinsichtlich der Größenordnung des Projektes keine Selbstverständlichkeit ist“, fügt Thomas Muckenschnabl, Projektleiter Breitbandtechnik bei Energie Südbayern hinzu.

Sandra Stiedl, Regionalmanagerin bei M-net, ergänzt: „Mit dem Glasfaserausbau profitieren die angeschlossenen Haushalte und Gewerbe von hohen Bandbreiten und leistungsstarkem, stabilem Internet. Gleichzeitig haben wir die technologische Voraussetzung für künftig noch schnellere Verbindungen. Ganz gleich, welche Anforderungen und Bedarfe die Zukunft mit sich bringt - Glasfaser sichert den Zugang zum digitalen Hochgeschwindigkeitsnetz. Somit sind alle sieben Gemeinden nun bestens für die Zukunft aufgestellt.“ **□**

## Niederbayerische Thermengemeinschaft stellt neue Qualitätsmarke vor

Die Niederbayerische Thermengemeinschaft hat in der Rottal Terme Bad Birnbach ihre neue themenübergreifende Qualitätsmarke vorgestellt. Unter dem Leitgedanken „deine Energiequelle – die Gesundheitsthermen“ bündeln die vier Mitgliedsthermen künftig ihre gemeinsame Kompetenz in den Bereichen Gesundheit, Prävention, Erholung und Lebensqualität.

Die neue Qualitätsmarke verbindet die nachfolgenden Thermen mit einem gemeinsamen Qualitätsversprechen.

- Europa Therme Bad Füssing
- Rottal Terme Bad Birnbach
- Wohlfühl-Therme Bad Griesbach
- Limes-Therme Bad Gögging.

„Die neue Qualitätsmarke macht sichtbar, was die Niederbayerische Thermengemeinschaft seit vielen Jahren auszeichnet: hohe Gesundheitskompetenz, verlässliche Qualität und starke Zusammenarbeit“, erklärte Franz Altmannspurger, Geschäftsführer der Niederbayerischen Thermengemeinschaft. Ziel der Markenentwicklung ist die Positionierung der Niederbayerischen Thermengemeinschaft als führende Qualitätsmarke für ganzheitliche Gesundheit und Lebensqualität in Europa. „Menschen suchen Orte, die ihnen Sicherheit, Qualität und ein erhol-

sames und besonders ganzheitliches Erlebnis bieten. Mit der neuen Qualitätsmarke geben wir unseren Gästen ein klares Versprechen, das sie vor Ort spüren werden“, betonte Bezirksstadtspräsident Dr. Thomas Pröckl.

### Lebensqualität stärken

Die neue Markenstrategie reagiert dabei bewusst auf die veränderten Bedürfnisse moderner Gesundheitsgäste. Prävention oder neu „Self Care“, Balance, Regeneration und nachhaltiges Wohlbefinden gewinnen zunehmend an Bedeutung.

„Gesundheit ist heute weit mehr als Therapie. Menschen suchen Orte, die neue Energie schenken, Vertrauen vermitteln und Lebensqualität stärken“, betonte Theresa Lorenz, Leiterin des Kompetenzzentrums Marketing der Niederbayerischen Thermengemeinschaft. Künftig

können sich Gäste in allen Mitgliedsthermen auf vergleichbare Qualitätsstandards, professionelle Anwendungen sowie persönliche Gastfreundschaft verlassen.

Die Qualitätsmarke basiert grundlegend auf den gemeinsamen Naturheilmitteln, die in allen Thermen genutzt werden, sowie auf einheitlichen Standards in den Bereichen Quali-



DWA-Vorständin Dr. Lisa Irwin-Broß liest im Städtischen Kindergarten Allner (Hennef) „Aufregung im Abwasserrohr“. Bild: DWA

## DWA-Papiertheater „Aufregung im Abwasserrohr“

Aufregung im Abwasserrohr, Aufregung in der Spielgruppe. Zum Tag des Kindergartens am 21. April präsentierte die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) die Abenteuer von Trulli Tropf als Papiertheater Kamishibai. Die spannende Geschichte „Aufregung im Abwasserrohr“ führt die Kinder tief in die Abwasserunterwelt - altersgerecht, anschaulich und mit viel Neugier.

Mitte April stellte DWA Vorständin Dr. Lisa Irwin-Broß die Karten begeisterten Kindern im Städtischen Kindergarten Allner in Hennef vor. „Wenn wir Kinder für Wasser interessieren, lernen sie, es zu schätzen und tragen diese Haltung in ihre Familien“, sagte Irwin-Broß.

### Wasser früh erklären - nachhaltig wirken

Abwasser entschwindet im Abfluss und taucht hochgradig gereinigt in Bächen und Flüssen wieder auf. Für den Großteil der Bevölkerung sind die Abwasser-sammlung und Abwasserbehandlung, der zentrale Baustein des Gewässerschutzes, eine Black Box. Genau hier setzt die DWA mit dem Kamishibai-Papiertheater an: Die Bildkarten berichten von Trulli Tropfs Abenteuer im Abwasserrohr und machen sichtbar, was sonst verborgen bleibt. Kinder erleben, warum sauberes Wasser keine Selbstverständlichkeit ist und welche Rolle Abwasserentsorgung und Gewässerschutz spielen.

Die Lesung im Kindergarten Allner hat deutlich gezeigt: Geschichten öffnen Türen. Die Kinder hörten aufmerksam zu, stellten Fragen und diskutierten lebhaft über das, was mit Wasser passiert, nachdem es im Abfluss verschwindet. So entsteht ein erster Zugang zu einem komplexen Thema - ohne Belehrung, dafür mit Spannung.

Die DWA setzt bewusst auf frühe Bildung. Kinder prägen Einstellungen in ihren Familien mit. Wer früh lernt, Wasser zu achten, handelt später verantwortungsbewusster. „Kinder sind starke Botschafter. Sie tragen ihr Wissen nach Hause und stoßen Gespräche an“, betont Irwin-Broß. Für die DWA ist das ein zentraler Hebel, um Wertschätzung für Wasser langfristig in der Gesellschaft zu verankern.

Unternehmen der Wasserwirtschaft können dieses Engagement unterstützen: Sie haben die Möglichkeit, Kamishibai-Sets bei der DWA zu erwerben und ihren Kindergärten vor Ort zu schen-

ken und so das Thema Wasser dauerhaft im Kindergartenalltag zu platzieren. Auf diese Weise wird Bildung greifbar - direkt in der Region und nah an den Familien.

Was ist Kamishibai? Kamishibai ist ein aus Japan stammendes Erzähltheater, das mit großformatigen Bildkarten und einem kleinen Holzrahmen, dem „Papiertheater“, arbeitet. Die Erzählerin bzw. der Erzähler steckt die Karten nacheinander in den Rahmen und erzählt dazu die Geschichte frei oder anhand kurzer Texte auf der Kartenrückseite. So entsteht ein lebendiges Zusammenspiel aus Bild, Sprache und Dialog. Kinder sitzen gemeinsam vor dem Kamishibai, sehen dasselbe Bild und werden aktiv in die Geschichte einbezogen. Das fördert Aufmerksamkeit, Sprachentwicklung und Vorstellungskraft und eignet sich besonders für Kitas und Grundschulen, um komplexe Themen wie Wasser anschaulich und konzentriert zu vermitteln. □

## 50 Jahre Mainlandbad Höchberg

Mit einer Jubiläumswoche hat das Mainlandbad in Höchberg (Landkreis Würzburg) sein 50-jähriges Bestehen gefeiert. Seit seiner Eröffnung im Jahr 1976 ist das Hallenbad ein fester Bestandteil des Freizeit- und Sportangebots im westlichen Landkreis Würzburg und für viele Menschen eng mit persönlichen Erinnerungen verbunden.

Zum Jubiläum wurde ein vielfältiges Programm geboten, das von sportlichen Wettbewerben über Vorführungen bis hin zu Mitmachaktionen und Begegnungsmöglichkeiten reichte. Während der Festwoche konnten die Besucher das Bad zudem zu einem symbolischen Eintrittspreis von 1 Euro nutzen. Die Veranstaltungen zeigten, dass das Mainlandbad auch nach fünf Jahrzehnten ein lebendiger Treffpunkt für Jung und Alt geblieben ist.

Landrat Thomas Eberth würdigte das Bad als wichtigen Ort der Gemeinschaft in der Region. Viele Kinder hätten hier das Schwimmen gelernt, erste Schwimmabzeichen abgelegt und Ferienzeit mit Familie und Freunden verbracht. Sein Dank galt den „mutigen politischen Entscheidern“, allen Mitarbeitern sowie insbesondere den beteiligten Vereinen und der DLRG. Zugleich verwies Eberth auf einige bemerkenswerte Zahlen rund um das Bad: Das gro-

ße Schwimmbecken fasst rund 540.000 Liter Wasser, das kleinere Becken etwa 127.000 Liter, der Kinderbereich rund 12.000 Liter. Im Durchschnitt besuchen knapp 74.000 Menschen pro Jahr das Mainlandbad.

### Ort der Begegnung

Auch Bürgermeister Alexander Knahn betonte im Rahmen der Feierlichkeiten die Bedeutung des Bades für die Gemeinde. Das Mainlandbad sei nicht nur eine Sportstätte, sondern ein Ort der Begegnung und ein Stück gelebter Höchberger Identität.

Das Bad verfügt über ein 25-Meter-Schwimmerbecken mit fünf Bahnen sowie ein Nichtschwimmerbecken und ist Teil des Mainlandzentrums im Ortsteil Hexenbruch. Neben dem Bad gehören dazu auch eine Sporthalle, eine Minigolfanlage und gastronomische Angebote. DK

## Gute Wasserqualität in Bayerns Badeseen

Die Wasserqualität der bayerischen Badeseen ist weiterhin auf einem hohen Niveau. Nach Angaben des Bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) sind mehr als 96 Prozent der 375 EU-Badestellen im Freistaat mit „ausgezeichnet“ oder „gut“ bewertet worden.

Wie Gesundheitsministerin Judith Gerlach mitteilte, wird die aktuelle Einstufung durch die in diesem Jahr genommenen Wasserproben bestätigt. Lediglich drei Badestellen erhielten die Bewertung „ausreichend“. Dabei handelt es sich um zwei Badestellen am Meerhofsee in Alzenau sowie um die Badestelle am Krebsensee in Knetzgau-Westheim. Als „mangelhaft“ wurde lediglich die Badestelle am Nordufer des Riemer Sees in München eingestuft.

Für zehn weitere Badestellen liegt derzeit noch keine offizielle Bewertung vor, da die erforderliche Zahl an Untersuchungsergebnissen noch nicht erreicht wurde. Die bislang vorliegenden Analysen weisen jedoch auch dort auf eine gute Wasserqualität hin.

Seit Ende April hat das LGL nach eigenen Angaben rund 750 Wasserproben mikrobiologisch untersucht. Die Gesundheits-

ämter kontrollieren die Badegewässer während der Badesaison regelmäßig und entnehmen bis Mitte September insgesamt sechs Proben je Badestelle. Untersucht werden dabei unter anderem die Darmbakterien Escherichia coli und Intestinale Entero kokken, die Hinweise auf hygienische Belastungen geben können.

### Untersuchungen auf Blaualgen

Zusätzlich werden bei gefährdeten Gewässern Untersuchungen auf Cyanobakterien, auch Blaualgen genannt, durchgeführt. Diese können bei hoher Konzentration gesundheitliche Beschwerden verursachen. Nach Einschätzung von Fachleuten könnten Probleme mit Blaualgen infolge des Klimawandels und steigender Durchschnittstemperaturen künftig häufiger auftreten. DK

### Ebersberg:

## Moorschutzprojekt für die Inngletscher Moore

Der Moorschutz in Bayern wird weiter gestärkt. Rund drei Millionen Euro vom Freistaat und der EU fließen in den kommenden drei Jahren in das Moorschutzprojekt „Ebersberger Inngletscher Moore“.

Umweltminister Thorsten Glauber betonte bei der offiziellen Förderscheckübergabe in den Gutterstätter Streuwiesen: „Moore sind ökologische Multitalente und unverzichtbare Klimaschutz. Die rund 100 Moore im Landkreis Ebersberg sind ein einzigartiger Natur- und Klimaschutz. Sie bieten bedrohten Tier- und Pflanzenarten wertvolle Lebensräume und speichern gleichzeitig große Mengen Kohlenstoff. Gemeinsam mit der EU investieren wir deshalb rund drei Millionen Euro in die Wiedervernässung und Sicherung dieser wertvollen Moorlandschaften. Jeder Euro für den Moorschutz ist gut investiertes Geld. Unser Ziel ist klar: Wir wollen Moorböden renaturieren, die natürliche Wasserhaltefunktion stärken und einzigartige Lebensräume dauerhaft erhalten. Das ist aktiver Klima- und Naturschutz vor Ort.“

### Langfristiger Mehrwert

Robert Niedergesäß, Landrat des Landkreises Ebersberg, betonte: „Mit dem Moorschutzprojekt setzen wir ein starkes Zeichen für die nachhaltige Entwicklung unseres Landkreises. Die Wiedervernässung der Moore verbindet Klimaschutz, Artenvielfalt und den verantwortungsvollen Umgang mit unserer Landschaft auf ganz konkrete Weise. Besonders wichtig ist mir, dass wir dieses Vorhaben gemeinsam und kooperativ mit den Kommunen, den Flächeneigentümern, den umliegenden Landwirten sowie vielen engagierten Partnern in der Region umsetzen. So entsteht ein langfristiger Mehrwert für Natur, Landwirtschaft und die Menschen im Landkreis Ebersberg.“

Das Moorschutzprojekt „Ebersberger Inngletscher Moore“ läuft seit 6. November 2025 bis zum 31. Dezember 2028. Projektträger ist der Landkreis Ebersberg gemeinsam mit dem Landschaftspflegeverband

Ebersberg e. V. Das Gesamtvolumen des Projekts beträgt rund drei Millionen Euro und wird zu 60 Prozent aus Mitteln des Bayerischen Umweltministeriums und zu 40 Prozent aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert.


### Vier Hauptmoore

Im Fokus des Projekts stehen die rund 100 Hoch-, Übergangs- und Niedermoore im südlichen Landkreis Ebersberg. Ziel des Projekts ist eine schnelle und wirksame Wiedervernässung der Moorstandorte, um Treibhausgasemissionen zu reduzieren und wertvolle Feuchtbiootope dauerhaft zu sichern. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den vier Hauptmooren: dem Brucker Moos in den Gemeinden Aßling, Baiern und Bruck, den Katzenreuther Filzen im Stadtgebiet Grafing, den Fraueneuhartinger Filzen in der Gemeinde Fraueneuharting sowie den Gutterstätter Streuwiesen in den Gemeinden Bruck und Moosach.

### Kernmaßnahmen

Zu den Kernmaßnahmen gehören die Wiederherstellung natürlicher Wasserstände, die Sicherung hydrologisch zusammenhängender Flächen und die ökologische Aufwertung bestehender Moorlebensräume. Darüber hinaus sollen wichtige Trittsteinbiotope für gefährdete Arten wie Kreuzotter und Wisenbrüter gestärkt werden. Das Projekt verfolgt einen ökosystembasierten Ansatz der Moorrenaturierung. Gleichzeitig leistet es einen Beitrag zum Ausbau der Grünen Infrastruktur in der Region und stärkt natürliche Ökosystemleistungen wie Wasserrückhalt, Klimaschutz und Biodiversität.

Weitere Informationen gibt es unter <https://www.lra-ebe.de/landkreis/naturschutz-landschaftspflege/?moorschutz&orga=50861b9c8bcf26d5f3f34e0bde04292c>. □



[www.kubus-kommunalberatung.de](http://www.kubus-kommunalberatung.de)

### KOSTENDECKENDE KALKULATION VON WASSER- UND ABWASSERGEBÜHREN

für öffentliche Auftraggeber

- **Kommunalspezialist** – langjährige Erfahrung bei der Kalkulation der Abwassergebühr, der gesplitteten Abwassergebühr, von Herstellungsbeiträgen, von Verbesserungsbeiträgen und von Trinkwassergebühren
- **juristisch begleitet** – Betreuung durch **Volljuristen**
- **fundierte** – Betreuung durch **Betriebswirte**
- **digitalisiertes Flächenmaß** – Kooperation mit **Ingenieurbüro**
- **Transparenz** – klare Darstellung von Kosten und Leistungen
- **Zuverlässigkeit und Termintreue** – pünktliche Abgabe und Betreuung

KONTAKTPERSON: **Michael Wegener**, Ass. jur. ☎ 089/442 35 40-17 ✉ [wegener@kubus-kb.de](mailto:wegener@kubus-kb.de)

# „Bodenschutz ist ohne Wasserschutz nicht denkbar“

9. Wasserforum der Regierung der Oberpfalz

„Wasser“ bleibt – vor allem angesichts des Klimawandels – ein wichtiges Thema, so das Credo des inzwischen 9. Wasserforums Oberpfalz, dem rund 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz unterschiedlichen Bereichen, alle aber mit wichtigen Bezügen zum Wasser, im Großen Sitzungssaal der Regierung der Oberpfalz beiwohnten.

Das Tagungsthema lautete diesmal „Die Bedeutung von Bodenschutz und Bodenwasserhaushalt für den Trinkwasserschutz“. Als „Wasserfamilie“ bezeichnete die Regierungsvizepräsidentin Christiane Zürn in ihrer Begrüßung die aus Vertretern vieler Verbände und Einrichtungen bestehende Gästeschar. Sie verwies auf die aktuelle Trockenheit und seltenere und heftigere Niederschläge. Damit einher gehe ein nur oberflächlicher Ablauf des Wassers, weniger Versickerung im Boden und eine geringere Grundwasserbildung: Alles gravierende Auswirkungen auf den Boden.

## Grundwasservorrat ist aufgebraucht

Ihre Aussagen konkretisierte Georg Strobl (Sachgebiet Wasserwirtschaft bei der Regierung der Oberpfalz). Rückblickend auf die Monate November 2025 bis März 2026 waren alle – mit Ausnahme Januar – zu warm. Hinsichtlich der Niederschläge lagen alle fünf Monate – außer Februar – weit unter dem Durchschnitt. „In weiten Teilen Bayerns herrscht aktuell extreme Trockenheit“, stellte Strobl fest. Damit seien – auch in Bezug auf das Grundwasser – die Vorräte aufgebraucht, „wir sind

mit niedrigen und sehr niedrigen Messständen ins neue Jahr gestartet“, stellte Strobl fest.

Zum Tagungsthema referierte Dr. Jörg Zausig, Vorsitzender des Hauptausschusses Gewässer und Boden der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. „Bodenwasser und vorsorgender Bodenschutz“ hatte er sein Referat überschrieben, Ergänzend zu den Aussagen seiner Vorredner nannte er die erhöhte Verdunstung von Wasser, was zur Grundwasserreduzierung, Austrocknung von Quellen, trockenen Böden und Erhöhung des Wassergehalts in der Atmosphäre beiträgt. Die Tendenz gehe zu höheren Niederschlägen im Winterhalbjahr, längeren Perioden mit stabiler Witterung (viele Niederschläge oder lang anhaltende Trockenheit) und zur Zunahme schwerer Stürme. In diesem Kontext spielt der Boden eine zentrale Rolle, da er Lebensgrundlage und Bestandteil des Naturhaushaltes (Wasser- und Nährstoffspeicher) ist. Daher gelte es, den Boden zu schützen: flächenhaft, physikalisch und stofflich. „Das Bodenmanagement hat großen Einfluss auf die Infiltrationsleistung und das Bodengefüge auf den Bodenwasserhaushalt“, erklärte Zausig. Für das Bauen verwies er auf den physikalischen Bodenschutz: Festlegung bodenkundlicher Schutzziele, Lösung der Bauzeitenkonflikte mit naturwissenschaftlichen Anforderungen, bodenkundliche Fachplanung zusammen mit der Ausführungsplanung, bodenkundliche Fachbauleitung bei großen Erdbaumaßnahmen. Anhand einiger Beispiele zeigte Zausig konkrete Möglichkeiten für eine klimaresilientere Bodenbewirtschaftung auf.



Die Referentinnen und Referenten des 9. Wasserforums Oberpfalz mit Regierungsvizepräsidentin Christiane Zürn. V.l.: Georg Strobl, Christoph Hüttel, Dr. Jörg Zausig, Helena Ziegenhagel, Christiane Zürn, Franz Rösl und Claudia Muhr (Projektleiterin „Grundwasserschutz in der Oberpfalz“). Bild: Markus Bauer

## Wasser ist ein Produkt des Bodens

„Gesunder Boden als Schlüssel für Wasserhaushalt, Erosionsschutz und Trinkwasserschutz“ lautete das Vortragsthema von Franz Rösl, der Vorsitzender der Interessengemeinschaft gesunder Boden e.V. ist. „Wasser ist ein Produkt des Bodens, ein lebendiger Organismus und kein technischer Filter“, lauteten seine einleitenden Thesen. An Beispielen zeigte er die Gesundheit und Struktur mehrerer Böden und ih-

rer Schichten auf. Besonders die Funktionen des Bodens für das Trinkwasser hob Rösl hervor: Infiltration, Speicherung, Reinigung und Pufferung, Schutz vor Austrag. Die Voraussetzung dafür ist eine Strukturstabilität. So wirke sich die Größe und damit der Druck der Reifen von Fahrzeugen über die Ackerkrume und die Pflugsohle auf den Unterboden unterschiedlich aus, was letztlich zu Veränderungen der Strukturen bis hin zu bleibenden Schäden führen kann. Rösl gab den Rat, mehr Humus aufzubauen, da damit mehr Wasserspender verfügbar werde. „Mit aktivem Humusaufbau und angepassten Bodenbewirtschaftungssystemen lassen sich die Funktionen der Böden nutzen. Und mit einem gesunden Boden für ausreichend und gesundes Wasser sorgen!“ Mit diesen Aspekten fasste Rösl seinen Vortrag zusammen.

Die „Schnittstelle Boden-Wasserschutz beim Bau des Sued-OstLinks“, also in diesem Kontext zu beachtende Aspekte, beleuchtete Helena Ziegenhagel, die bei diesem Projekt für die bodenkundliche Baubegleitung zuständig ist. „Bodenschutz ist ohne Wasserschutz nicht denkbar“, lautete ihre einleitende These. Grundsätzlich gehe es um vorsorgenden Bodenschutz beim Bau, wo vor allem Verdichtungen und Gefügeschäden vermieden und minimiert werden sollten. „Unterbodenverdichtungen, nicht mechanisch rekultiviert, gelten als irreversibel.“

Ziel ist, Boden und Bodenfunktionen im Ursprungszustand wiederherzustellen“, erläuterte Ziegenhagel. Sie nannte die gesetzlichen Vorgaben und die Aufgaben der Bodenkundlichen Baubegleitung (BBB): Beratung aller am Bau Beteiligten hinsichtlich der Auflagen zum Bodenschutz, Beratung zu bodenfeuchteabhängigen Arbeiten, Beratung zu Themen wie Begrünung, Bodenaushub und Wiedereinbau und Beratung bei nötigen Abweichungen zur Genehmigung und Konkretisierung.

Neben der BBB begleitet auch die hydrogeologische Baubegleitung die Baustelle. Die Referentin zeigte schließlich einige konkrete Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung von Bodenverdichtungen und Gefügeschäden. Abschließend wies sie auf Erosion und Flächenversiegelungen hin – ebenfalls mit dem Thema „Bodenschutz“ zusammenhängende Themen.

Zum Abschluss widmete sich Christoph Hüttel, Leiter des Sachgebiets Raumordnung, Landes- und Regionalplanung an der Regierung der Oberpfalz, dem Thema „Schutzgut Wasser in der Regionalplanung“. Er zeigte den aktuellen Stand der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Wasserversorgung in den Regionalplänen und konkretisierte dies am Beispiel der Planungen für Windkraftanlagen.

Markus Bauer

# Funke hat das Regenwasser im Griff

Digitale Planung, intelligente Filtersysteme und moderne Speicherlösungen standen auf der IFAT im Mittelpunkt des Messeauftritts

Starkregen, versiegelte Flächen und steigende Anforderungen an die kommunale Infrastruktur machen moderne Regenwasserbewirtschaftung wichtiger denn je. Auf der IFAT zeigte die Funke Kunststoffe GmbH, wie sich Regenwasser effizient reinigen, speichern und versickern lässt; und zwar mit intelligenten Filtersystemen, modularen Speicherlösungen und dem neuen digitalen Planungstool „AquaFlowManager“.

Wie modernes Regenwassermanagement heute funktioniert, demonstrierte Jörg Borgmann, Fachberater Außendienst bei Funke, direkt am Messestand. Er präsentierte einen herausnehmbaren Filtereinsatz des UrbanClean-Systems zur Behandlung von Niederschlagswasser. Der Edelstahlfilter hält Sedimente und Schmutzstoffe zurück, bevor das Wasser versickert oder in Gewässer eingeleitet wird. Die kompakte Bauweise und die einfache Wartung machen das System insbesondere für kommunale Anwendungen interessant.

## Speichern und versickern

Darüber hinaus zeigte Funke weitere Lösungen für die Regenwasserbewirtschaftung. Dazu zählen unter anderem die modularen D-Raintank 3000®-Rigolensysteme zur unterirdischen Rückhaltung und Versickerung großer Wassermengen sowie Speicherlösungen wie die KS-Bluebox®, die Regenwasser beispielsweise zur Bewässerung oder als Löschwasserreserve verfügbar machen können. Ergänzt wird das Portfolio durch Drosselschächte und Sedimentationsanlagen.

gänzt wird das Portfolio durch Drosselschächte und Sedimentationsanlagen.

## Digitale Unterstützung

Besonderes Interesse galt auf der Messe dem neuen digitalen Planungstool „AquaFlowManager“. Das System unterstützt Kommunen, Ingenieurbüros und ausführende Unternehmen bei der Dimensionierung von Anlagen zur Regenwasserbewirtschaftung. Nach Eingabe weniger Projektdaten berechnet das Tool automatisch Abflussmengen, Speichervolumina und Drosselabflüsse und schlägt passende Systemlösungen inklusive Produktauswahl, Kostenabschätzung und Ausschreibungstexten vor.

Damit verbindet Funke klassische Infrastrukturtechnik mit digitaler Planungskompetenz. Ob Reinigung, Rückhaltung oder Speicherung, der Messeauftritt zeigte, dass das Unternehmen ganzheitliche Lösungen für den Umgang mit Regenwasser bietet. Oder anders gesagt: Bei Funke hat man das Regenwasser im Griff. CH



Jörg Borgmann präsentierte den herausnehmbaren Filtereinsatz des UrbanClean-Systems zur Behandlung von Niederschlagswasser. Bild: CH

# 100 Jahre Klärwerk Großlappen, 60 Jahre IFAT

Unsichtbare Infrastruktur mit sichtbarer Wirkung

In München trafen zwei Jubiläen zusammen, die eng miteinander verbunden sind. Das Klärwerk Großlappen, seit 1926 in Betrieb, steht für moderne Abwasserreinigung, Gewässerschutz und Lebensqualität in einer wachsenden Großstadt. Zugleich verweist die IFAT als Weltleitmesse für Umwelttechnologien auf die internationale Bedeutung von Wasser-, Abwasser-, Recycling- und Ressourcenthemen.

Baureferentin Dr. Jeanne-Marie Ehbauer betonte die zentrale Rolle der Münchner Stadtentwässerung für Umwelt, Gesundheit und Stadtgesellschaft. Sauberes Wasser sei eine Grundvoraussetzung für

gieautarkie von über 85 Prozent.

Zugleich steigen die Anforderungen. Fuchs verwies auf die novellierte Kommunalabwasserterrichtlinie mit verschärften Grenzwerten für Stickstoff und Phosphor sowie auf die Spuren-



V.I. Messechef Stefan Rummel mit Baureferentin Dr. Jeanne-Marie Ehbauer und Bernd Fuchs, Erster Werkleiter der Münchner Stadtentwässerung. Bild: MH

Lebensqualität, wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Zusammenhalt. Besonders sichtbar werde dies an der Isar: Dass ein Fluss mitten durch eine Millionenstadt Badegewässerqualität aufweise, sei keine Selbstverständlichkeit, sondern Ergebnis konsequenter Investitionen in Abwassersammlung und -reinigung.

Bernd Fuchs, Erster Werkleiter der Münchner Stadtentwässerung, unterstrich, dass moderne Abwasserreinigung hochkomplexe Technik und dauerhafte Leistungsfähigkeit erfordere. Die Anlagen arbeiteten rund um die Uhr und seien zugleich ein Schlüssel für nachhaltigen Gewässerschutz, Ressourceneffizienz und zukunftsfähige Infrastruktur. Ein besonderer Fokus liege auf der Energieversorgung: Die Münchner Stadtentwässerung verstromt das in der Schlammfäulung gewonnene Klärgas und erreicht nach eigenen Angaben bereits eine Ener-

stoffelimination. Deshalb plant und baut die Münchner Stadtentwässerung eine vierte Reinigungsstufe im Klärwerk II – perspektivisch wohl auch im Klärwerk I Großlappen.

Messechef Stefan Rummel würdigte die Faultürme von Großlappen als sichtbares Symbol eines ansonsten weitgehend unsichtbaren „Immunsystems“ der



Geburtstagsständchen im Faulturm. Bild: MH

Güteschutz Kanalbau auf der IFAT:

## Kanalnetze unter Druck

Kommunen kämpfen mit Personalengpässen und Investitionsstau

Deutschlands Kanalinfrastruktur steht vor wachsenden Herausforderungen und die Ursache ist nicht allein das fehlende Geld. „Viele Projekte scheitern nicht an fehlenden Mitteln, sondern am fehlenden Personal in den Verwaltungen“, erklärte Marco Künster, Geschäftsführer der Gütegemeinschaft Kanalbau, vor Journalisten beim Güteschutz Kanalbau-Pressesgespräch auf der IFAT.

Obwohl ausreichend Tiefbaukapazitäten vorhanden sind, fließen diese derzeit vor allem in Energieprojekte, sodass der Kanalbau vielerorts ins Hintertreffen gerät. Die Folgen sind zunehmend sichtbar. Schadensfälle nehmen zu, es drohen Kanaleinbrüche und damit langfristige Belastungen für Boden und Grundwasser.

Das Problem ist strukturell. Kanalnetze benötigen eine kontinuierliche Erneuerung. Wird diese über Jahre vernachlässigt, entsteht ein Sanierungsstau, der sich später kaum noch aufholen lässt. „Dann kommt alles auf einmal und das ist weder finanziell noch organisatorisch leistbar“, so Künster.

### Personal als Engpassfaktor

Besonders kritisch ist die Situation in vielen Kommunalverwaltungen. Planung, Ausschreibung und Bauüberwachung erfordern qualifiziertes Personal. Genau daran fehlt es jedoch häufig. Eine Branchenabfrage auf dem jüngsten Kanal Gipfel zeigte laut Ulf Michel, Vorsitzender von Güteschutz Kanalbau, ein klares Bild: Nur wenige Projekte scheitern aus Kostengründen; ein Großteil wird wegen fehlender personeller Kapazitäten nicht umgesetzt. Für Kommunen bedeutet das, dass selbst bei vorhandenen Mitteln Maßnahmen oft nicht realisiert werden können.

### Qualität hängt am Auftraggeber

Ein zentraler Hebel liegt bei den Kommunen selbst. Die Qualität der Bauausführung hängt maßgeblich davon ab, wie konsequent Auftraggeber Standards einfordern und kontrollieren. Werden Anforderungen nicht klar formuliert oder nicht überprüft, entsteht ein Wettbewerb über den Preis zulasten der Qualität. Langfristig führt das zu höheren Folgekosten und zusätzlichen Belastungen für die kommunalen Haushalte.

### Bayern mit Nachholbedarf

In Bayern wird das System der Gütesicherung bislang zurückhaltender genutzt als in vielen anderen Bundesländern. Als Grund nennt die Ansprechpartnerin von Güteschutz Kanalbau die Vielzahl an Vergabestellen, die eine flächendeckende Umsetzung erschweren. Für Kommunen im Freistaat ergibt sich daraus ein klarer Handlungsbedarf. Standards müssen stärker verankert und konsequent angewendet werden, um langfristige Schäden zu vermeiden.

### Digitalisierung als Teil der Lösung

Vor diesem Hintergrund setzt die Branche verstärkt auf digitale Qualifizierung. Die Gütegemeinschaft stellte auf der IFAT den Relaunch der E-Learning-Plattform vor, die Bauleiter und Fachpersonal praxisnah schulen soll. Michel sieht darin einen wichtigen Baustein. Wissen müsse schneller und breiter in die Anwendung gebracht werden, insbesondere aufgrund des bereits spürbaren Fachkräftemangels. Die Plattform soll Quereinsteigern die Umschulung erleichtern und gleichzeitig bestehendes Personal gezielt weiterqualifizieren. Damit reagiert die Branche auf eine der zentralen Herausforderungen im kommunalen Infrastrukturbereich. **CH**



V.l.: Dr.-Ing. Marco Künster, Geschäftsführer der Gütegemeinschaft Kanalbau, M.Eng. Christoph Wiesel und Dipl.-Ing. MBA Ulf Michel, Vorsitzender Güteschutz Kanalbau. Bild: CH



Innenminister Joachim Herrmann startete mit Wasserwacht Bayern und DLRG die Kampagne „Sicherheit am und im Wasser“. Bild: BayStM/Alexandra Beier

### Sicher am und im Wasser:

## Herrmann startet Kampagne zur Badesaison

Start der Kampagne „Sicherheit am und im Wasser“: 84 Menschen verloren 2025 in Bayern durch Ertrinken ihr Leben. Viele Badeunfälle lassen sich jedoch vermeiden. Deshalb informieren die Bayerische Wasserwacht, die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) und das Bayerische Innenministerium mit der gemeinsamen Social-Media-Kampagne „Sicherheit am und im Wasser“ über Gefahren beim Baden und Schwimmen sowie über wichtige Baderegeln für Seen und Flüsse.

„Im Jahr 2025 kamen in Bayern insgesamt 84 Menschen durch Ertrinken ums Leben. Im Jahr davor waren es 70. Das ist ein spürbarer Anstieg und zeigt deutlich: Wir müssen dieses Thema ernst nehmen und dafür sensibilisieren.“ Mit diesen Worten gab Bayerns Innenminister Joachim Herrmann heute den Startschuss für die gemeinsame Social-Media-Kampagne „Sicherheit am und im Wasser“ der Bayerischen Wasserwacht, der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) und des Innenministeriums, mit der möglichst viele Menschen über die Risiken im Wasser informiert werden sollen.

Die meisten Todesfälle habe es an Seen und Flüssen ge-

geben. Herrmann: „Gerade freie Gewässer bergen besondere Risiken. Ein See ist kein kontrolliertes Schwimmbecken und ein Fluss kein Freibad. Dort gibt es keine gleichmäßige Tiefe, keine klare Sicht, keine Beckenränder und nicht immer eine Aufsicht.“ Betroffen seien alle Altersgruppen von Kindern bis hin zu Senioren.

### Sicherheit beim Baden und Schwimmen: Kampagne gibt praktische Tipps zur Prävention

Die gemeinsame Social-Media-Kampagne mit der Bayerischen Wasserwacht und der DLRG Bayern zeige praxisnah und verständlich, worauf es am und im Wasser ankommt. „Das ist moderne Präventionsarbeit. Kurz, verständlich, anschaulich und lebensnah.“

Die Botschaft sei klar: „Genießen Sie unsere bayerischen Gewässer. Aber nehmen Sie die Gefahren ernst! Und: Wer helfen will, muss an den Eigenschutz denken. Niemandem ist geholfen, wenn aus einem Notfall zwei werden“, so Herrmann. Deshalb gelte: Hilfe holen, Notruf absetzen, Rettungsmittel nutzen, andere aufmerksam machen und nur dann selbst ins Wasser gehen, wenn man sich nicht selbst in Lebensgefahr bringt.

## Einführung des Wassercent in Bayern

Zum 1. Juli 2026 wird der Wassercent in Bayern erstmals erhoben. Umweltminister Thorsten Glauber betonte dazu in München: „Der Wassercent ist ein Meilenstein für den Grundwasserschutz in Bayern. Er gibt unserem wichtigsten Lebensmittel einen Wert... Die Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgelt werden zweckgebunden für Maßnahmen zum Wasserschutz und für eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung verwendet.“

Mit der Novelle des Bayerischen Wassergesetzes wurde zum 1. Januar 2026 der Wassercent in Bayern eingeführt. Die erste Erhebung erfolgt im Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 2026. Die ersten Zahlungen erfolgen dann im Jahr 2027. Alle Wassernutzer, die Grundwasser unmittelbar aus einem eigenen Brunnen entnehmen, sind zur Zahlung des Wasserentnahmeentgelts verpflichtet. Hierunter fallen beispielsweise öffentliche Wasserversorger, aber auch private Entnehmer und die Industrie. Haushalte, die das Wasser von der Wasserversorgung beziehen, sind keine Entnehmer im Sinne des Wasserentnahmeentgelts, sie werden direkt von den Wasserversorgern an den Kosten beteiligt.

Das Entgelt beträgt einheitlich 10 Cent pro entnommenem Ku-

### Wasserwacht und DLRG stärken die Wasserrettung

Die DLRG und die Wasserwacht Bayern seien aus dem bayerischen Hilfeleistungssystem, in dem sich viele Helferinnen und Helfer vor allem ehrenamtlich engagieren, nicht mehr wegzudenken. Herrmann: „Das Bayerische Innenministerium investiert kräftig, um den hohen Standard bei der Ausbildung und der Ausrüstung des sicherheitsrelevanten Ehrenamts immer weiter zu verbessern.“ Für die Ausstattung und Technik der DLRG und der Wasserwacht in Bayern, dazu zählen etwa Einsatzfahrzeuge, Rettungsboote und Digitalfunkgeräte, habe der Freistaat in den letzten beiden Jahren gut 13,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, für 2026 sind weitere knapp 6 Millionen Euro eingeplant.

Spannende Einblicke in die Kampagne – darunter kurze Videoclips, Grafiken sowie praktische Sicherheitstipps – gibt es auf den Social-Media-Kanälen des Bayerischen Innenministeriums. Weiterführende Informationen, Hintergrundmaterial sowie den Kampagnen-Flyer zum Download erhalten Sie zudem auf der Kampagnenseite [www.sicher-am-wasser.bayern.de](http://www.sicher-am-wasser.bayern.de). **□**

bikmeter Grundwasser (1.000 Liter). Alle Wasserentnehmer zahlen aufgrund des gesetzlich vorgesehenen Freibetrags erst ab einer Menge, die 5.000 Kubikmeter im Jahr übersteigt. Im ersten Erhebungszeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 2026 beträgt der Freibetrag auf Grund des halben Jahres 2.500 Kubikmeter.

Bei der Festsetzung des konkreten Wasserentnahmeentgelts wird entweder der im Wasserentnahmebescheid festgelegte jährliche Entnahmewert oder die tatsächliche Entnahmemenge zugrunde gelegt, sofern der Entnehmer diese gegenüber der Wasserrechtsbehörde mitteilt. Dabei genügt die Glaubhaftmachung der tatsächlich entnommenen Menge an Wasser. Es gilt der Grundsatz von Vertrauen und Selbstverantwortung, es besteht dementsprechend keine gesetzliche Messverpflichtung. Bereits bestehende Messverpflichtungen, beispielsweise aus dem Zulassungsbescheid oder der Eigenüberwachungsverordnung, bleiben unberührt.

Alle Wasserentnehmer, die unter die Entgeltspflicht fallen, können daher bis zum 1. März 2027 gegenüber der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde, d.h. entweder dem Landratsamt oder der kreisfreien Stadt, ihre tatsächlich entnommene Wassermenge melden. Das Umweltministerium empfiehlt dazu, entsprechende Zählerstände von Messeinrichtungen wie beispielsweise Wasseruhren oder Stromzähler bei Pumpen zum 1. Juli 2026 und zum 31.12.2026 zu dokumentieren. Die Dokumentation ist für die erforderliche Glaubhaftmachung der tatsächlich entnommenen Wassermenge erforderlich.

Potenziell Entgeltpflichtige erhalten im Herbst 2026 ein Informationsschreiben von ihrem jeweils zuständigen Landratsamt oder kreisfreien Stadt mit weiterführenden Informationen zur Einführung des Wasserentnahmeentgelts, insbesondere zur Möglichkeit der elektronischen Übermittlung der tatsächlich entnommenen Wassermengen für den ersten Erhebungszeitraum (1. Juli bis 31. Dezember 2026). **□**

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

\* IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf **RTL BAYERN**

Sonntag, 17:00 Uhr auf allen 14 Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen gibt es auch auf **RTL+**

[www.tvbayernlive.de](http://www.tvbayernlive.de)



Der ORTEN ET 400 U, ein vollständig elektrifizierter Unimog.



Der Musso EV von KGM Europe, ein vollelektrischer Pick-up.



Öl- und emissionsfrei: Der e-GRIP von Sauerburger.

Bilder: MH

## Zwischen Pioniergeist und Praxistest

Elektrische Geräteträger für den Bauhof

Bei einem Praxisworkshop der Henne Nutzfahrzeuge GmbH in Heimstetten bei München standen Ende Mai drei sehr unterschiedliche Ansätze für kommunale Elektromobilität im Mittelpunkt: der batterieelektrische Geräteträger ORTEN ET 400 U, der neue Elektro-Pick-up KGM Musso EV sowie der vollelektrische Hanggeräteträger Sauerburger e-GRIP. Vertreter von Autobahnmeistereien, Wasserwirtschaft, Kommunen und staatlichen Einrichtungen diskutierten dabei vor allem eine Frage: Welche elektrischen Arbeitsfahrzeuge sind im kommunalen Alltag heute bereits sinnvoll einsetzbar?

„Das ist keine Frontalveranstaltung“, betonte Boris Giesen, Verkaufsleiter bei Henne Nutzfahrzeuge, gleich zu Beginn. Ziel sei der direkte Austausch zwischen Herstellern und Anwendern. Genau dieser Praxisbezug zog sich durch die gesamte Veranstaltung.

### Elektrischer Unimog für kommunale Einsätze

Besonderes Interesse galt dem ORTEN ET 400 U, einem vollständig elektrifizierten Unimog. Peter Hagen von der Firma Orten erklärte, warum man sich bewusst auf dieses Segment kon-

zentriert habe: Während elektrische Lkw inzwischen serienmäßig verfügbar seien, gebe es im Bereich der kommunalen Geräteträger noch kaum emissionsfreie Lösungen.

Technisch basiert das Fahrzeug auf einem umgebauten Unimog-Fahrgestell. Der Dieselantrieb wird vollständig entfernt und durch einen elektrischen Antriebsstrang mit 800-Volt-Technologie ersetzt. Zum Einsatz kommen Lithium-Eisenphosphat-Batterien (LFP), die als besonders sicher gelten. Im präsentierten Fahrzeug waren 220 Kilowattstunden Batteriekapazität verbaut, je

nach Radstand sind bis zu 400 Kilowattstunden möglich.

Wichtig für kommunale Betreiber: Bestehende Anbaugeräte wie Mäharme, Streuer, Schneeschilde oder Frontzapfwellen können weiterhin genutzt werden. „Alles, was man bisher am Diesel-Unimog betrieben hat, funktioniert auch elektrisch“, so Hagen.

Als entscheidende Herausforderung bezeichneten die Referenten weniger die Fahrzeugtechnik als vielmehr die Ladeinfrastruktur. Im Sommer seien typische Mäheinsätze meist ohne Zwischenladen möglich. Im Winterdienst hingegen müsse bei langen Einsätzen mit einer Zwischenladung gerechnet werden. Das Fahrzeug kann per DC-Schnellladung mit bis zu 300 kW geladen werden.

Neben Umweltaspekten rücken auch wirtschaftliche Fragen

in den Fokus. Trotz hoher Anschaffungskosten könne sich ein elektrischer Geräteträger über niedrigere Energie- und Betriebskosten nach sechs bis acht Jahren amortisieren. Für Kommunen relevant sei zudem die Clean Vehicles Directive (CVD), da emissionsfreie Fahrzeuge die vorgeschriebenen Beschaffungsquoten positiv beeinflussen.

### Elektro-Pick-up für Bauhof und Streckenkontrolle

Mit dem Musso EV präsentierte KGM Europe den ersten vollelektrischen Pick-up der Marke, die vielen noch unter dem früheren Namen SsangYong bekannt ist. Dirk Frischknecht von KGM betonte, dass man gezielt den kommunalen Markt adressiere, weil dort künftig verstärkt elektrisch beschafft werden müsse. Das Fahrzeug verfügt über ei-

ne 80,4-kWh-LFP-Batterie. Angeboten werden eine Zwei- und eine Allradversion. Besonders hervorgehoben wurde, dass der Allradantrieb auch im Rückwärtsgang verfügbar sei – ein Detail, das laut Hersteller bei manchen Wettbewerbern fehle.

Mit Reichweiten von bis zu 550 Kilometern bei langsamer Fahrt und Anhängelasten von bis zu 2,3 Tonnen zielt der Musso EV auf typische kommunale Anwendungen wie Streckenkontrolle, Grünpflege oder leichte Transportaufgaben. Der Einstiegspreis liegt laut Hersteller bei rund 35.285 Euro netto.

Interessant für Kommunen: KGM arbeitet derzeit an zusätzlichen elektrischen Schnittstellen für Anbaugeräte und Sonderaufbauten. Auch Lösungen für Schneeschilde und Streugeräte befinden sich in Entwicklung.

### Öl- und emissionsfrei am Hang

Einen völlig anderen Ansatz verfolgt der neue Sauerburger e-GRIP. Der vollelektrische Hanggeräteträger wurde speziell für Arbeiten in sensiblen Bereichen wie Gewässerrandstreifen oder Stellagen entwickelt. Geschäftsführer Franz Sauerburger sprach offen über die Motivation hinter dem Projekt: „Die Zeit der Verbrenner ist für diese Einsatzzwecke meines Erachtens vorbei.“

Besonderes Augenmerk legten die Entwickler auf den vollständigen Verzicht auf Hydrauliköl. Zapfwelle und Geräteantrieb erfolgen elektrisch. Dadurch eignet sich das Fahrzeug insbesondere für Einsätze im Bereich Wasserwirtschaft und Naturschutz.

Technisch setzt der e-GRIP auf Radnabenmotoren und eine ungewöhnliche Hinterachslenkung über unterschiedliche Raddrehzahlen. Dadurch wird keine zusätzliche Energie für die Lenkung benötigt. Die Entwickler versprechen sich davon einen besonders hohen Wirkungsgrad.

Die Batterie mit 54 kWh ermöglicht laut Hersteller je nach Einsatzdauer Arbeitszeiten von fünf bis sieben Stunden. Das Fahrzeug bleibt bewusst auf 20 km/h begrenzt, um Energieverbrauch und Gewicht niedrig zu halten. Mit einem Leergewicht von rund 1,8 Tonnen bleibt der e-GRIP zudem transportfreundlich.

### Kommunen testen noch vorsichtig

Der Workshop veranschaulichte: Die Technik entwickelt sich schnell, doch viele Kommunen befinden sich noch in der Erprobungsphase. Reichweite, Ladeinfrastruktur, Wiedereinsatz und Wirtschaftlichkeit bleiben zentrale Fragen. Gleichzeitig wächst der Druck durch Klimaziele und gesetzliche Vorgaben.

Die Hersteller setzen daher bewusst auf Praxistests gemeinsam mit Bauhöfen und öffentlichen Betreibern. Denn eines wurde in Heimstetten ebenfalls klar: Elektrische Geräteträger werden den klassischen Diesel kurzfristig nicht vollständig ersetzen. Für klar definierte Einsatzbereiche könnten sie jedoch schon heute eine wirtschaftlich und ökologisch sinnvolle Ergänzung sein. **MH**

## Bucher Municipal zieht positives Fazit zur IFAT 2026

Die Bucher Municipal zieht eine positive Bilanz ihrer Teilnahme an der IFAT 2026. Vom 4. bis 7. Mai präsentierte das Unternehmen in Halle C6 seine Lösungen für den kommunalen Einsatz einem internationalen Fachpublikum.

Nach Angaben des Unternehmens war der Messeauftritt von zahlreichen Fachgesprächen und einem intensiven Austausch mit Anwendern und Partnern geprägt. Dabei seien auch Impulse für die Weiterentwicklung der Produkte gewonnen worden.

Besondere Aufmerksamkeit erhielt das erstmals vorgestellte Head-Up Display für den kommunalen Winterdienst. Die Lösung wurde mit dem ersten Platz beim VAK Innovationspreis 2026 ausgezeichnet. Ziel der Entwicklung ist es, sicherheitsrelevante Informationen direkt im Sichtfeld des Fahrers bereitzustellen und damit die Übersicht sowie die Konzentration im Winterdienst einzusetzen zu verbessern.

Großes Interesse verzeichnete Bucher Municipal zudem für das neue Bedienpult „EcoSat Pro“. Die Rückmeldungen der Fachbe-

sucher hätten gezeigt, dass beide Entwicklungen auf die Anforderungen kommunaler Anwender ausgerichtet seien.

Auch im Bereich Winterdiensttechnik präsentierte das Unternehmen verschiedene Streu- und Pflugsysteme sowie Fahrzeugkonzepte. Die täglichen Live-Vorführungen im Rahmen der VAK „Truck in Action“ wurden laut Unternehmen stark besucht und boten Gelegenheit zum fachlichen Austausch.

Hervorgehoben wurde außerdem die Zusammenarbeit mit dem Partnerunternehmen Daimler Truck, MAN, Hako und Lindner, die sich in gemeinsamen Messeauftritten widerspiegelte. Dies unterstreiche die enge Vernetzung innerhalb der Branche und die Bedeutung gemeinsamer Projekte im kommunalen Umfeld. **□**



Freude über Platz eins: Victoria Rasoulkhani, Geschäftsführerin von Bucher Municipal, und ihr ausgezeichnetes Entwicklerteam feiern den Gewinn des VAK-Innovationspreises 2026. Bild: Bucher Municipal



Mit seinen Lintrac-Traktoren und Unitrac-Transportern konnte Lindner den Umsatz im Geschäftsjahr 2025/26 steigern. Bild: Lindner Traktoren

### Umsatzplus für Lindner:

## Vertriebsoffensive in Deutschland

Der Tiroler Traktoren- und Transporterhersteller Lindner steigerte den Umsatz im Geschäftsjahr 2025/26 um fünf Prozent auf 98 Millionen Euro – mit neuen Modellen und einem klaren Fokus auf den Vertrieb. Mit dem Lintrac 130 PRO und dem Lintrac 160 LDriVe soll sich der positive Trend 2026/27 weiter fortsetzen.

Das Tiroler Familienunternehmen Lindner hat sich im Geschäftsjahr 2025/26 (Bilanzstichtag: 31. März) in einem herausfordernden Umfeld sehr robust gezeigt. „Wir konnten den Umsatz um fünf Prozent auf 98 Millionen Euro steigern. Vor dem Hintergrund, dass sich alle wesentlichen Märkte rückläufig entwickelt haben, können wir erfolgreich gegen den Strom schwimmen“, berichtet Geschäftsführer David Lindner. Zum Vergleich: Der europäische Traktorenmarkt ist 2025 um fast fünf Prozent zurückgegangen.

Ein Grund für die positive Performance war die Unterstützung der bestehenden Händler und der Aufbau neuer Vertriebspartner, unter anderem in Norddeutschland. Dazu kam die gute Nachfrage nach den neuen Modellen Lintrac 65 LS und Lintrac 70 sowie nach dem Profitransporter Unitrac 122 PRO. Die Exportquote liegt bei 60 Prozent, wichtigster Exportmarkt ist die Schweiz, gefolgt von Deutschland, Frankreich und Südtirol. Auch Kanada gewinnt an Bedeutung. „Mittlerweile geht bereits ein Drittel unserer Produkte an die Kommu-

nen und die Hälfte an Landwirte. Der Rest entfällt auf Spezialanwendungen für Seilbahnen, Industrieunternehmen oder den Forstsektor“, erklärt David Lindner.

### Rückenwind durch neue Modelle

Im laufenden Geschäftsjahr will Lindner die Umsatzmarke von 100 Millionen Euro überschreiten. Einen wesentlichen Beitrag sollen neue Modelle wie der Lintrac 130 PRO und der Lintrac 160 LDriVe leisten. „Beim Lintrac 160 ist es uns gelungen, hohe Leistung mit optimaler Wendigkeit und Kompaktheit zu vereinen. Diese Eigenschaften gehören zur Lindner-DNA und werden von unseren Kunden im Grünland, im Transportbereich und im Kommunalsektor erwartet. Unsere Antwort ist ein von Grund auf neues Fahrkonzept, bei dem zudem die intuitive Bedienung und der Fahrkomfort einen sehr hohen Stellenwert haben“, betont Manuel Lindner, der die Bereiche Innovation, Qualität und Lehrlingsausbildung leitet. Neben neuen Modellen setzt

Lindner auch auf die Weiterentwicklung bestehender Baureihen als Antwort auf die herausfordernden Märkte, betont Geschäftsführer Stefan Lindner. „Einer unserer gefragtesten Traktoren der vergangenen Jahre ist der Lintrac 130, den wir zur Pro-Version weiterentwickelt haben. Dank Powermanagement leistet der Lintrac 130 in der PRO-Version 106 kW (144 PS) und entfaltet ein enormes Drehmoment von 566 Nm bei 1500 U/min.“ Im Mittelpunkt stehe immer, die Arbeit der Kunden zu erleichtern. „Ein Beispiel ist die 4-Rad-Lenkung, die Traktoren und Transporter von Lindner besonders wendig macht. Heute werden zwei Drittel unserer Modelle mit der mitlenkenden Hinterachse ausgeliefert, Tendenz steigend.“

### Montage fit für die Zukunft gemacht

Einen großen Stellenwert hat für Lindner die Montage, in der 60 der 253 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt sind. Im Geschäftsjahr 2025/26 hat Lindner die Traktorenmontage im Technologiezentrum in Kundl optimiert und damit die Basis für neue Modelle wie den Lintrac 160 geschaffen. „Der Schwerpunkt lag auf Lösungen, die unseren Teams die Arbeit im Alltag erleichtern“, sagt Geschäftsführer Christoph Lindner, der im Familienunternehmen für die Montage, Lackiererei und Reparaturwerkstatt verantwortlich ist. Im Mai 2026 startete die Serienproduktion des Lintrac 160 LDriVe. **□**

GaLaBau 2026:

## Messe als Impulsgeber für grüne Branche

Mit einem vielseitigen und praxisnahen Rahmenprogramm rückt die internationale Fachmesse GaLaBau vom 15. bis 18. September 2026 erneut zentrale Zukunftsthemen der grünen Branche in den Mittelpunkt. Formate wie der Landschaftsgärtner-Cup, der GRÜN-BLAUE PFAD und die E-Mobility Area adressieren gezielt die Themen Nachwuchsförderung, Nachhaltigkeit und technologische Innovationen und machen diese für Fachbesucher erlebbar. Damit unterstreicht die „Internationale Leitmesse für Urbanes Grün und Freiräume“ ihren Anspruch, der Branche Orientierung zu geben und Lösungsansätze für aktuelle Herausforderungen zu präsentieren. Erwartet werden rund 1.100 Aussteller in 14 Messehallen und auf den Aktionsflächen im Freien.

### Landschaftsgärtner-Cup

Ein besonderer Publikumsmagnet im Rahmenprogramm der GaLaBau ist der Landschaftsgärtner-Cup. Der deutschlandweite Wettbewerb gilt als eines der renommiertesten Formate des Garten- und Landschaftsbaus und stellt den beruflichen Nachwuchs der Branche in den Fokus. Alle Landesverbände entsenden die Sieger ihrer Landesentscheidungen nach Nürnberg, wo sie auf der GaLaBau gegeneinander antreten, um den Titel des Deutschen Meisters im Garten- und Landschaftsbau zu erringen.

Über zwei Wettbewerbstage hinweg bearbeiten die Nachwuchslandschaftsgärtnerinnen und -gärtner eine anspruchsvolle praktische Aufgabe, die handwerkliches Können, Teamfähigkeit und fachliche Exzellenz erfordert. Den Abschluss bildet

die Preisverleihung im Messer-park. Mit dem Landschaftsgärtner-Cup macht die GaLaBau die Bedeutung qualifizierter Fachkräfte sichtbar und setzt zugleich ein deutliches Signal für die Zukunftsfähigkeit der Branche.

Weitere Informationen zum Landschaftsgärtner-Cup finden Sie auf der Webseite des Ausbildungsförderwerks Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V.

### GRÜN-BLAUER PFAD

Ein weiterer zentraler Bestandteil des Rahmenprogramms ist der GRÜN-BLAUE PFAD. Er zeigt anschaulich, welchen Beitrag die grüne Branche zu Klimaschutz, Klimaanpassung und nachhaltigen urbanen Lebensräumen leisten kann. Entlang des Pfades präsentieren ausgewählte Aussteller Produkte, Konzepte und Lösungen, die beispielsweise den Um-

gang mit Wasser, die Begrünung von Städten oder ressourcenschonende Bauweisen in den Fokus rücken.

Die Teilnahme am GRÜN-BLAUEN PFAD ist limitiert und setzt ein Bewerbungsverfahren mit Jurybewertung voraus. Dadurch wird die hohe fachliche Qualität des Formats sichergestellt. Aus Sicht der Messe gewinnt das Thema Nachhaltigkeit kontinuierlich an Bedeutung – entsprechend zählt der GRÜN-BLAUE PFAD zu den inhaltlichen Leuchtturmatformaten der GaLaBau. Isabel Grundner, Veranstaltungsleiterin der GaLaBau, betont: „Mit dem GRÜN-BLAUEN PFAD machen wir nachhaltige Innovationen im Garten- und Landschaftsbau sichtbar – von Ressourcenschonung über Klimaanpassung bis hin zur Förderung der Biodiversität.“ Ergänzt wird das Angebot durch geführte Touren, bei denen Besucher die Innovationen und Lösungen der Aussteller kennenlernen können. Interessierte Aussteller können sich noch bis zum 30. Mai 2026 bewerben.

Weitere Informationen finden Sie auf der Seite „Der grün-blaue Pfad“ der GaLaBau-Messe.

### E-Mobility Area: Elektromobilität live erleben

Wie innovative Antriebstechnologien konkret im Arbeitsalltag eingesetzt werden können, zeigt die E-Mobility Area im Außenbereich der GaLaBau. Moderiert von Raoul Helmer präsentieren Aussteller neu entwickelte Bau- und Pflegemaschinen sowie Kommunalfahrzeuge mit Elektroantrieb. Im Herzen der Aktionsflächen können Fachbesucher die Leistungsfähigkeit, Effizienz und Einsatzmöglichkeiten der E-Mobilität im Garten- und Landschaftsbau aus nächster Nähe erleben und testen.

Bereits in der vergangenen Messeausgabe stieß das Format auf reges Interesse: Als Teil des GRÜN-BLAUEN PFADES rückte

### Technik live erleben

Ebenfalls im Fokus: der Erfahrungsaustausch mit anderen Unimog-Fahrern und dem Team von Beutlhauser. Die Servicetage dienen schließlich auch der Informationsvermittlung. An allen drei Standorten gab es große Fahrzeug- und Maschinenausstellungen mit Live-Vorführungen. Beispielsweise wurde der Unimog in Kombination mit der Hochdrucktechnik von Reinex und einem Palfinger-Kranaufbau von Schäfer präsentiert. Wer wollte und sich traute, konnte in den Arbeitskorb steigen und sich einmal die einzelnen Standorte von oben ansehen.

Sehr gut besuchte Vorträge zu den Themen „Absicherung von Mähfahrzeugen“ und „Neuerungen im Straßenverkehr“ sowie Probefahrten mit einem Drei-Achser-Boki rundeten das Angebot ab. In Neustadt/Orla und Weimar zeigte Beutlhauser zudem das Bobcat-Portfolio. „Unsere Kollegen und auch die Ansprechpartner unserer Lieferanten hatten bei den Servicetagen viel zu tun – es wurden konstruktive Gespräche geführt und bereits Vorführtermine vereinbart“, so Rotter.

### Die nächsten Servicetage

Nun bereitet sich Beutlhauser auf die nächsten Servicetage vor: Diese finden am 23. Juni 2026 in Hengersberg und am 25. Juni 2026 in Hagelstadt statt. Interessierte Kunden sind herzlich eingeladen. □

die E-Mobility Area emissionsarme Technologien und zukunftsweisende Maschinenlösungen in den Fokus der Besucher. An allen Messtagen präsentieren Aussteller ihre Produktneuheiten und machen deutlich, welches Potenzial elektrische Antriebe für die Branche bieten.

### Branche zeigt Stabilität in herausfordernden Zeiten

Das starke Rahmenprogramm der GaLaBau spiegelt die aktuelle Marktlage des Garten- und Landschaftsbaus wider. Trotz wirtschaftlich herausfordernder Rahmenbedingungen behauptet die Branche ihren Wachstumskurs. 2025 stieg der Umsatz um 4,3 Prozent auf 11,11 Milliarden Euro. Auch die Zahl der Betriebe, Beschäftigten und Auszubildenden legte erneut zu.

Die Branchenstatistik 2025 des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. (BGL) bestätigt damit die Stabilität des Sektors und unterstreicht dessen Bedeutung für Klimaanpassung, Lebensqualität und nachhaltige Stadtentwicklung. Als ideeller Träger der GaLaBau präsentiert der BGL mit der „Zukunft grüner Lebensräume“ einen Messestand mit Fachvorträgen, Wettbewerben und Best-Practice-Beispielen zu innovativen und nachhaltigen Lösungen für die Branche.

Weitere Informationen zur Branchenstatistik 2025 finden Sie auf der Seite „Branchenstatistik 2025 – GaLaBau behauptet Wachstumskurs in schwierigen Zeiten“. □

Waldzustandserhebung 2025:

## Situation bleibt angespannt

Die Ergebnisse der vom Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat veröffentlichten Waldzustandserhebung (WZE) 2025 zeigen nach Angaben des DStGB ein gemischtes Bild für Deutschlands Wälder. Zwar habe sich der Kronenzustand der Bäume im bundesweiten Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr kaum verändert, von einer nachhaltigen Erholung könne jedoch weiterhin keine Rede sein. Besonders die Folgen der extremen Dürrejahre zwischen 2018 und 2020 seien in vielen Waldbeständen noch deutlich sichtbar.

Die Waldzustandserhebung wird jährlich auf Basis von Stichproben durchgeführt. Dabei bewerten Fachleute den Zustand der Baumkronen und damit die Vitalität der Wälder. Die gewonnenen Daten dienen als wichtige Grundlage für Entscheidungen im Wald- und Klimaschutz.

Trotz ungünstigerer Wetterbedingungen im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr bleibt die Zahl gesunder Bäume stabil: Rund jeder fünfte Baum weist keine sichtbaren Schäden auf. Positiv bewertet wird zudem, dass sowohl bei Laub- als auch bei Nadelbäumen die Zahl der neu abgestorbenen Bäume zurückgegangen ist.

Dennoch zeigt die Untersuchung, dass sich die Wälder nur langsam stabilisieren. Besonders kritisch bleibt die Situation bei den Eichen. Auch Kiefern weisen zunehmend Schäden auf und bereiten Fachleuten Sorge.

Aus Sicht der kommunalen Waldbesitzer ergeben sich laut DStGB daraus klare politische Forderungen. So müsse der Umbau der Wälder zu klimaresilienten Mischwäldern langfristig und

verlässlich unterstützt werden. Förderprogramme wie die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) sowie das Programm „Klimaangepasstes Waldmanagement“ sollten ausreichend finanziert und möglichst unbürokratisch ausgestaltet werden.

Zudem wird auf die vielfältigen Leistungen der kommunalen Wälder hingewiesen. Sie leisten wichtige Beiträge zum Klimaschutz, zur Wasserspeicherung, zur Förderung der Biodiversität sowie als Erholungsraum für die Bevölkerung. Diese Gemeinwohlleistungen müssten künftig stärker finanziell anerkannt werden.

Gleichzeitig stiegen die Kosten für Wiederaufforstung, Waldpflege, Verkehrssicherung sowie den Umgang mit Schädlingen und den Folgen des Klimawandels. Diese Belastungen dürften nicht allein von den Kommunen getragen werden. Eine nachhaltige und aktive Waldbewirtschaftung bleibe unverzichtbar, um stabile und widerstandsfähige Wälder für kommende Generationen zu erhalten. **DK**



Servicetag in Kulmbach.

Bild: Beutlhauser

Der Rundum-Check für den Unimog bei Beutlhauser:

## Servicetage stärken Einsatzbereitschaft und Kundennähe

Läuft der Motor rund? Gibt es versteckte Roststellen? Und wie steht es um die Reifen? Bei den traditionellen Servicetagen von Beutlhauser in Kulmbach, Neustadt/Orla und Weimar hatten Kunden die Chance, den technischen Zustand ihres Unimog überprüfen zu lassen. Diese Fahrzeugchecks helfen, mögliche Schäden frühzeitig zu erkennen und sichern die langfristige Einsatzbereitschaft des Unimog.

„Mit regelmäßiger Pflege und Wartung lassen sich aufwendige und kostspielige Reparaturen oftmals verhindern. Deshalb haben sich die Servicetage längst etabliert. Sie werden von unseren Kunden sehr geschätzt“, betont Nils Rotter, Leiter Kommunaltechnik bei Beutlhauser. Der Andrang an den Standorten in

Kulmbach, Neustadt/Orla und Weimar war entsprechend groß. Nach der Kontrolle von Technik, Sicherheit und Zustand des Fahrzeugs wurden die Ergebnisse in einem detaillierten Prüfbericht dokumentiert. Bei Bedarf erhielten die Kunden auch bereits einen Kostenvoranschlag für nötige Reparaturen.



Servicetag in Neustadt/Orla.

Bild: Beutlhauser

# BEUTLHAUSER

## SERVICETAG 2026

**Hengersberg**  
23.6.2026

**Hagelstadt**  
25.6.2026

**Vor Ort  
Probefahrten  
möglich –  
mit dem UNIMOG  
U 219 LOW**

**Programm:**  
 ▶ Kostenloser Unimog-TechCheck  
 ▶ **Vor Ort in Hagelstadt:** der neue Reform MULI T15 V  
 ▶ **Live-Vorführung** und für den Selbsttest: Giess- und Wassertechnik

Hier zur **Anmeldung für kostenlosen Tech-Check:**

[www.beutlhauser.de](http://www.beutlhauser.de)

GZ

ZU GAST BEI ...

Welche Kommune vertreten Sie und wie viele Einwohner zählt sie?

Ich vertrete die Marktgemeinde Holzkirchen mit 17.000 Einwohnern.

Was macht Ihre Heimatkommune besonders lebenswert und was sollten Besucher dort unbedingt gesehen haben?

Holzkirchen glänzt durch eine perfekte Infrastruktur und die Nähe zu den oberbayerischen Seen und der Landeshauptstadt.

Seit wann sind Sie im Amt?

Ich bin seit 01. Mai 2020 hauptberuflich im Amt und wurde bei der Kommunalwahl 2026 wiedergewählt.

## Christoph Schmid

Erster Bürgermeister der Marktgemeinde Holzkirchen

Welchen Beruf übten Sie vor Amtsantritt aus?

Ich war zuletzt als Firmenkundenberater insbesondere für das gewerbliche Immobiliengeschäft bei einem lokalen Kreditinstitut tätig.

Was hat Sie persönlich motiviert in die Kommunalpolitik zu gehen?

Seit meiner frühesten Jugend war ich ehrenamtlich tätig und es war und ist mir immer wichtig für die Belange der Region einzustehen.

Wie haben Sie sich auf Ihr Amt vorbereitet?

Vor meiner Wahl zum 1. Bürgermeister war ich bereits neun Jahre Marktgemeinderat und fünf Jahre Fraktionssprecher. Dazu habe ich einige Seminare besucht.

Welche Herausforderungen standen zu Beginn Ihrer Amtszeit im Vordergrund?

Die Coronapandemie stellte uns alle vor Herausforderungen, die noch nie da waren. Insofern hatte ich keine Möglichkeit mir bei erfahrenen Kollegen etwas abzuschauen. Als Sachaufwandsträger für zwei Grund- und eine Mittelschule und Aufsichtsratsvorsitzender einer Kultureinrichtung war dies schon sehr herausfordernd.

Auf welches Projekt oder welche Entscheidung Ihrer Amtszeit sind Sie besonders stolz?



Es ist uns gelungen, die gemeindliche Infrastruktur in wesentlichen Punkten – neuer gemeindlicher Bauhof, Schulhausbau und Kita-Platz-Garantie – für die nächsten Jahrzehnte fit zu machen. Bei den Bürgerinnen und Bürgern kam jedoch unser neuer Ortsbus – unser HOki – als On-Demand-Verkehr, sehr gut an. Welche Themen beschäftigen Sie aktuell?

Als Aufsichtsratsvorsitzender der Gemeindewerke erfordert das Thema Energieerzeugung und -verteilung ein besonderes Augenmerk, da wir über ein eigenes Geothermiekraftwerk verfügen.

Mit welchen Themen möchten oder müssen Sie sich künftig auseinandersetzen?

Unser Hallenschwimmbad bedarf der Sanierung oder gar eines Neubaus. Dies kann mittlerweile eine Kommune unserer Größe kaum noch alleine stemmen.

Wie beziehen Sie Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft in Ihre Arbeit und Entscheidungsprozesse ein?

Mit der Verwaltung arbeite ich täglich sehr eng zusammen. Ich verfüge über viele sehr kompetente Fachleute, die mit großem Engagement arbeiten. Die Zusammenarbeit im Marktgemeinderat war in der letzten Wahlperiode sehr gut und sachlich. Da die Veränderungen im Gremium (7 von 24 Mitgliedern) wurden neu gewählt) insgesamt überschaubar waren, wünsche ich mir, dass dies so bleiben wird.

Welchen Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird auf die Arbeit der Verwaltung einen sehr hohen Einfluss haben. Wir müssen uns intensiv mit Prozessbeschreibungen beschäftigen, um Arbeitsabläufe so zu gestalten, dass diese in deutlich höherem Maße standardisierbar werden. Für kommunalpolitisch Tätige gilt, dass diese sich in ihrer Arbeitsweise ebenfalls umstellen müssen.

Welchen Rat geben Sie jungen Kolleginnen und Kollegen?

Einen kühlen Kopf bewahren. Es lohnt sich, schwierige Sachverhalte zu überdenken und intensiv zu diskutieren. Gute Lösungen fallen nicht vom Himmel!

## Kleine Veranstaltung, viele Zuständigkeiten

Wie Städte und Gemeinden öffentliche Formate sicher strukturieren  
Gastbeitrag von Christoph Sommer, c-aestas

Sommerfest, Markt, Vereinsjubiläum oder Begegnungsformat im öffentlichen Raum: Viele kommunale Veranstaltungen wirken bewusst niedrigschwellig. Genau darin liegt ihr Wert. Bürgerinnen und Bürger sollen zusammenkommen, Vereine sichtbar werden, Ehrenamt soll möglich bleiben. Für Rathäuser, Ordnungsämter und Veranstaltungsverantwortliche entsteht dahinter eine Koordinationsaufgabe, die im Alltag nicht immer sofort sichtbar ist.

Sicherheit bei kommunalen Veranstaltungen ist selten nur eine Frage einzelner Maßnahmen. Entscheidend ist, ob Zuständigkeiten, Kommunikationswege und Entscheidungsbefugnisse so geklärt sind, dass sie auch bei Zeitdruck funktionieren. Sicherheit entsteht nicht durch umfangreiche Unterlagen, sondern durch geklärte Entscheidungswege. Je mehr Beteiligte eingebunden sind – Verwaltung, Bauhof, Feuerwehr, Polizei, Sanitätsdienst, Sicherheitsdienst, Vereine oder Dienstleister –, desto wichtiger wird eine einfache gemeinsame Ordnung.

Ein häufiger Schwachpunkt liegt nicht im fehlenden Engagement, sondern in unklaren Schnittstellen. Wer bewertet eine Wetterwarnung? Wer hält Kontakt zur Polizei? Wer veranlasst eine Durchsage? Wer entscheidet, ob eine Zufahrt freigehalten, ein Bereich geräumt oder eine Veranstaltung unterbrochen wird? Wer informiert Bürgermeisterin oder Bürgermeister, Ordnungsamt und Veranstaltungsleitung? Solche Fragen wirken im Vorfeld kleinteilig. Im Ereignisfall werden sie schnell zu Führungsfragen.

Für Kommunen geht es deshalb nicht um zusätzliche Bürokratie, sondern um wenige belastbare Festlegungen. Hilfreich ist eine benannte Koordinations-

verantwortung, die operative Einsatzleitungen nicht ersetzt, aber die Veranstaltungsorganisation zusammenführt. Sie muss wissen, wer entscheidet, wer informiert und wer Maßnahmen veranlasst. Ebenso sollten typische Lageveränderungen vorab durchdacht werden: Unwetter, Überfüllung, medizinischer Notfall, Verkehrsproblem, Stromausfall, aggressive Personen oder der Ausfall eines Dienstleisters.

Praktisch hilfreich ist ein kompaktes Sicherheits- und Koordinationsblatt. Es sollte Ansprechpartner, Entscheidungswege, Erreichbarkeiten, Durchsagen, Sammel- oder Anlaufstellen sowie Schnittstellen zu Feuerwehr, Polizei, Sanitätsdienst und Ordnungsamt abbilden. Für kleinere Veranstaltungen genügt häufig eine schlanke Fassung, wenn sie abgestimmt, verstanden und am Veranstaltungstag verfügbar ist.

Besonders sensibel ist die Einbindung des Ehrenamts. Ehrenamtliche Strukturen – etwa Vereine, Feuerwehren und örtliche Hilfsorganisationen – tragen vielerorts wesentlich zum Gelingen bei. Sie sollten jedoch nicht stillschweigend Aufgaben übernehmen, deren Tragweite ihnen nicht klar ist. Wer Besucher lenkt, Zufahrten freihält, Informationen weitergibt oder als Ordner ein-

setzt wird, braucht eine kurze Einweisung: Was ist meine Aufgabe? Was ist ausdrücklich nicht meine Aufgabe? Wen erreiche ich? Wann gebe ich eine Lage weiter, statt selbst zu handeln?

Auch politische Verantwortungsträger profitieren von klaren Strukturen. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister müssen im Ereignisfall nicht jede operative Einzelentscheidung treffen. Sie sollten aber wissen, welche Lagebilder, Eskalationswege und Entscheidungspunkte vorbereitet sind. Eine Kommune, die vorab klare Strukturen schafft, entlastet Verwaltung und Ehrenamt, verbessert die Zusammenarbeit mit Einsatz- und Ordnungsbehörden und reduziert Reibungsverluste. Sicherheit soll Begegnung ermöglichen, nicht verhindern. Kommunale Veranstaltungssicherheit beginnt nicht mit der Frage, wie umfangreich ein Sicherheitskonzept sein muss. Sie beginnt mit der Frage: Wissen alle Beteiligten, wer bei welcher Lage entscheidet, informiert und handelt? Wenn diese Frage belastbar beantwortet ist, entsteht aus vielen Einzelzuständigkeiten eine tragfähige kommunale Sicherheitsstruktur.

Zum Autor

Christoph Sommer ist Krisenmanager und -trainer mit MBA im Sicherheits- und Katastrophenmanagement. Er befasst sich mit kommunaler Sicherheitsfähigkeit und Veranstaltungssicherheit. □

## Sulzemoos sichert sich strategische Entwicklungsfläche

Gemeinde kauft Wittur-Campus und gewinnt neue Handlungsspielräume für Wirtschaft und Ortsentwicklung

Mit dem Erwerb des Wittur-Geländes im Ortsteil Wiedenzhausen hat die Gemeinde Sulzemoos eine Entscheidung getroffen, die weit über einen gewöhnlichen Immobilienkauf hinausgeht. Über ihr Kommunalunternehmen übernimmt sie die größte zusammenhängende Gewerbefläche im Ortsbereich und sichert sich damit langfristig Einfluss auf die Entwicklung eines wichtigen Wirtschaftsstandorts.

Das Areal umfasst rund 17.300 Quadratmeter Grundstücksfläche. Darauf befinden sich etwa 5.400 Quadratmeter Hallen- und rund 6.100 Quadratmeter Büroflächen sowie mehr als 100 Stellplätze. Verkäufer ist die Wittur Holding GmbH, ein international tätiger Anbieter von Komponenten und Systemen für die Aufzugsindustrie. Dem Abschluss gingen mehrere Monate intensiver Verhandlungen voraus, an denen neben der Gemeinde auch Vertreter von Wittur und des Hauptmieters Wilkes Bavaria beteiligt waren.

### Gestaltungshoheit für die Zukunft

Für Bürgermeister Johannes Kneidl war vor allem die strategische Bedeutung des Areals ausschlaggebend. „Wir verfolgen seit Jahren das Ziel, unsere Entwicklung stärker selbst zu steuern. Dazu gehört auch, eine Immobilie von zentraler Bedeutung nicht aus der Hand zu geben“, erklärt er. Der Wittur-Standort befindet sich nicht in einem Gewerbegebiet, sondern mitten im Ortsteil Wiedenzhausen. Genau darin lag aus Sicht der Gemeinde die besondere Bedeutung des Erwerbs. Während vielerorts über Flächenknappheit, Innenentwicklung und den Verlust kommunaler Einflussmöglichkeiten diskutiert wird, entschied sich Sulzemoos für den direkten Weg und wurde selbst Eigentümer. „Eine vergleichbare Fläche gibt es in unserer Gemeinde nicht. Deshalb war es wichtig, diese Chance zu nutzen und die Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft zu sichern“, betont Kneidl. Der Gemeinderat habe den Erwerb deshalb als langfristige Investition in die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde bewertet. Der sogenannte Wittur-Campus prägt Wiedenzhausen seit den 1970er Jahren. Aus einem Hersteller von Aufzügen entwickelte sich dort die international tätige Wittur-Gruppe mit einem Jahresumsatz von zuletzt knapp einer Milliarde Euro. Das Gelände wurde über Jahrzehnte hinweg kontinuierlich erweitert und zählt heute zu den markantesten Gewerbebeständen der Gemeinde. Wahrzeichen des Areals ist der weithin sichtbare Aufzugsturm.

### Mehr als ein Gewerbebestandort

Mit dem Kauf verfolgt die Gemeinde zugleich das Ziel, bestehende Arbeitsplätze und wirtschaftliche Strukturen zu sichern. Wittur wird den Standort zunächst bis Ende März 2027 weiter nutzen und darüber hinaus Büroflächen langfristig zurückmieten. Auch die Wilkes Bavaria GmbH, die bereits seit 2009 auf dem Gelände ansässig ist, wird ihre Präsenz in Wiedenzhausen ausbauen und zusätzliche Flächen übernehmen. „Mit dem Erwerb wollen wir nicht nur Flächen sichern, sondern auch Arbeitsplätze und wirtschaftliche Perspektiven am Standort erhalten“, sagt Kneidl. Damit bleibt das Areal ein bedeutender Wirtschaftsstandort. Gleichzeitig entstehen neue Möglichkeiten für weitere Unternehmen. Bereits kurzfristig stehen erste Büroflächen zur Vermietung bereit, weitere Flächen werden in den kommenden Jahren frei. Kommunalunternehmensvorstand Stefan Tanner sieht darin einen wichtigen Beitrag zur lokalen Wirtschaftsförderung. Ziel sei es, bestehenden und neuen Unternehmen attraktive sowie bezahlbare Flächen anbieten zu können und damit die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort aktiv zu unterstützen.

### Modellfall für aktive Kommunalpolitik

Mit dem Erwerb übernimmt Sulzemoos zugleich Verantwortung für Betrieb, Instandhaltung und wirtschaftliche Bewirtschaftung der Immobilie. Die Verwaltung des Objekts soll die Wohnungsbaugesellschaft im Landkreis Dachau übernehmen, an



V.l. beim Abschluss des Kaufvertrags: Kommunalunternehmensvorstand: Stefan Tanner, Bürgermeister Johannes Kneidl, Wittur-Prokurist Marc Vendolsky, Anke Horn (Wittur) und Christian Steeb (Wilkes Bavaria). Mit dem Erwerb des ehemaligen Wittur-Campus sichert sich die Gemeinde Sulzemoos langfristig Einfluss auf eine zentrale Entwicklungsfläche im Ortsteil Wiedenzhausen. Bild: Gemeinde Sulzemoos

der die Gemeinde beteiligt ist.

### Handlungsspielraum gesichert

Der Ankauf zeigt beispielhaft, wie Kommunen auch unter schwierigen Rahmenbedingungen aktiv Einfluss auf ihre Entwicklung nehmen können. Statt zentrale Flächen aus der Hand zu geben, setzt Sulzemoos auf kommunales Eigentum und langfristige Steuerungsmöglichkeiten. Ob Wirtschaftsförderung, Flächenmanagement oder öffentliche Nutzung – die Gemeinde hat sich damit einen Handlungsspielraum gesichert, der weit über die Möglichkeiten vieler vergleichbarer Kommunen hinausgeht. Langfristig soll das Areal nach den Vorstellungen der Gemeinde zu einem festen Bestandteil des Ortslebens werden. „Ich wünsche mir, dass sich der Standort zu einem lebendigen Teil der Gemeinde entwickelt – wirtschaftlich stabil, aber gleichzeitig offen für neue Ideen“, sagt Kneidl. Entscheidend sei, „dass der Erwerb auch in vielen Jahren noch einen erkennbaren Mehrwert für Sulzemoos und Wiedenzhausen bietet“. CH

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN: 0005-7045  
Fachblatt der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) in Bayern  
Herausgeberin:  
Landesvorsitzende Eva Weber  
Verantwortlich i. S. d. § 7  
Bayerisches Pressegesetz (BayPrG):  
Constanze von Hassel, Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH,  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
Redaktion:  
Constanze von Hassel  
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst  
Anne-Marie von Hassel, Inge Metzger  
Telefon 08171 / 9307-11  
Ständige Mitarbeiter:  
Sebastian Franz (KPV), Peter Müller  
Anzeigen und Vertrieb:  
Monika Steer (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-12  
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 60 vom 01.01.2026  
Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungsweise- und Themenplan  
Veranstaltungen:  
Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-17  
Erscheinungsweise:  
22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)  
Bezugspreis Einzelabo:  
Print-Ausgabe und/oder ePaper:  
90,47 € zzgl. MwSt. jährlich  
Bezugspreis Sammelabo:  
Ab 10 Exemplaren (gedruckt und/oder ePaper)  
GZ-Sammelabo, Lieferung an eine Post- oder Mailadresse:  
35,00 € zzgl. MwSt. jährlich pro Exemplar  
GZ-Sammelabo, Einzelversand an verschiedene Post- oder Mailadressen:  
48,40 € zzgl. MwSt. jährlich pro Exemplar  
Kündigung:  
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag  
Verlag / Verlags- und Geschäftsleitung  
Verlag Bayer, Kommunalpresse GmbH  
Geschäftsführerinnen:  
Anne-Marie von Hassel,  
Constanze von Hassel,  
Theresa von Hassel  
Handelsregister:  
Amtsgericht München, HRB 654 19  
Postanschrift:  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
Telefon: 08171 / 9307-11  
Telefax: 08171 / 9307-22  
E-Mail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)  
Internet: [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)  
Erscheinungsort: Geretsried  
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:  
100 % Verl. Bayer, Kommunalpresse GmbH  
Druck und Auslieferung:  
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg  
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recyclingpapier verwendet.  
Hinweise:  
Alle Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Eine Verwertung ist – mit Ausnahme gesetzlicher Ausnahmen – ohne Zustimmung des Verlags strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Bundesweiter UNESCO-Welterbetag:

## Eröffnungsfeier in Regensburg

Mit mehr als 550 Veranstaltungen in allen Bundesländern hat der UNESCO-Welterbetag einen Rekord erreicht und zehntausende Menschen an die Welterbestätten gebracht. Der unter dem Motto „Gemeinsam für Frieden und Verständigung“ stehende Aktionstag auf Initiative der Deutschen UNESCO-Kommission und des Vereins UNESCO-Welterbestätten Deutschland machte bundesweit das große öffentliche Interesse am Kultur- und Naturerbe in Deutschland deutlich.

20 Jahre Welterbe in Regensburg

Eröffnet wurde der Welterbetag in Regensburg, wo die Altstadt mit Stadthof seit 20 Jahren den UNESCO-Welterbetitel trägt. Mit „Regensburg - Geschichte, die

Vielfalt, den Reichtum und die Strahlkraft bayerischer Kultur. Unsere Welterbestätten erzählen Geschichten von Kunst, Architektur und Begegnung, die Menschen aus aller Welt begeistern. Die Aufnahme der Königsschlösser unterstreicht, wie lebendig



Urkundenübergabe: Die Präsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission Prof. Dr. Maria Böhmer, der Vorsitzende des Vereins Welterbestätten Deutschland Fritz Ahrberg (l.) sowie der Oberbürgermeister von Regensburg Dr. Thomas Burger eröffneten den bundesweiten UNESCO-Welterbetag 2026.

Foto: Stefan Effenhauser

verbindet“ wählte die Stadt zusätzlich einen eigenen Titel für das Festwochenende Anfang Juni.

Die Regensburger Altstadt zählt zu den am besten erhaltenen mittelalterlichen Großstädten Europas. Die einzigartige historische Bausubstanz, die Bedeutung als mittelalterliche Handelsmetropole und die Rolle als Ort des Immerwährenden Reichstags begründen den außergewöhnlichen universellen Wert, der 2006 zur Verleihung des Welterbetitels führte. Seit zwei Jahrzehnten widmet sich die Stadt dem Schutz, der Bewahrung und der Vermittlung dieses Erbes.

Die Feierlichkeiten starteten mit einem offiziellen Festakt im historischen Reichssaal – jener Ort, an dem vor 20 Jahren die UNESCO-Urkunde überreicht wurde. „Der Titel ist Ehre und Verpflichtung“, erklärte Maria Böhmer, Präsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission in Regensburg. Welterbe sei kein Stillstand, sondern ein lebendiger Prozess. „Welterbe erzählt von der Geschichte der Menschheit, zeigt die Vielfalt unseres Kultur- und Naturerbes und gehört allen Menschen“, so die Präsidentin. Weltweit gibt es mehr als 1.200 UNESCO-Welterbestätten in 170 Ländern, 55 davon sind in Deutschland.

Fritz S. Ahrberg, Vorsitzender des Vereins UNESCO-Welterbestätten Deutschland, erklärte: „Die große Resonanz auf den UNESCO-Welterbetag zeigt, wie offen und vielfältig unser gemeinsames Erbe vermittelt wird. Welterbestätten sind Orte der Begegnung, an denen Geschichte erfahrbar wird und Menschen miteinander ins Gespräch kommen.“ „Seit 20 Jahren ist der Welterbetitel ein fester Bestandteil der Regensburger Identität“, unterstrich Oberbürgermeister Thomas Burger. Er habe der Stadt zahlreiche Sanierungsprojekte ermöglicht.

Wie Finanz- und Heimatminister Albert Füracker erläuterte, sei der UNESCO-Welterbetag für Bayern in diesem Jahr ein ganz besonderer Anlass: „Seit Juli 2025 gehören unsere Königsschlösser Ludwigs II. – Neuschwanstein, Herrenchiemsee, Linderhof und das Königshaus am Schachen – zum UNESCO-Welterbe und sind daher zum ersten Mal mit dabei. Zusammen mit der prachtvollen Residenz Würzburg und dem einzigartigen Markgräflichen Opernhaus Bayreuth stehen sie für die

den dabei vielfältige Angebote, die das UNESCO-Welterbe aus unterschiedlichen Perspektiven erlebbar machen und zum Mitmachen, Entdecken und Diskutieren einladen.

Zu den besonderen Attraktionen zählte die interaktive XR-Bodeninstallation „Salzsammler“ im Besucherzentrum Welterbe. Darüber hinaus sorgten eindrucksvolle Reenactment-Szenen für lebendige Einblicke in vergangene Epochen. Auch die Präsentation des zweiten Regensburger Welterbetitels „Donaulimes“ stieß auf großes Interesse. Ergänzt wurde das Programm durch zahlreiche Sonderführungen, darunter eigens konzipierte Jubiläumsführungen, die die Geschichte und Bedeutung des Welterbes näher beleuchteten.

Neben den historischen wurden auch aktuelle gesellschaftliche und kulturelle Themen erörtert. So war eine Aktion mit Friedenstauben der ukrainischen Partnerstadt Odessa gewidmet. Zudem wurden die Auswirkungen des Klimawandels auf die Welterbestadt thematisiert. Darüber hinaus konnten die Besucher verschiedene Formen des immateriellen Kulturerbes kennenlernen, darunter das traditionelle Bauhüttenwesen sowie die Flößerei.

Einen wichtigen inhaltlichen Akzent setzte eine Podiumsdiskussion, die in Kooperation mit der Deutschen UNESCO-Kommission veranstaltet wurde. Unter dem Titel „20 Jahre Welterbe in Regensburg: Gemeinsam für Dialog und Verständigung“ diskutierten die Teilnehmer über die Bedeutung des Welterbes als verbindendes Element zwischen Kulturen und Gesellschaften.

Bereits einen Tag zuvor hatte am Haidplatz der Markt der Welterbestätten seine Tore geöffnet. Zahlreiche Kultur- und Welterbestätten aus Bayern und ganz Deutschland präsentierten dort ihre Angebote und Besonderheiten. Damit bot sich die Gelegenheit, mitten in der Regensburger Altstadt auf eine Reise durch die vielfältige deutsche Welterbelandschaft zu gehen und unterschiedliche UNESCO-Stätten an einem Ort kennenzulernen. DK

Von XR-Technik bis Friedenstauben

Mit einem abwechslungsreichen und kostenfreien Programm lockte die Welterbemeile zahlreiche Besucher an das Marc-Aurel-Ufer. Im Mittelpunkt stan-



## Auszeichnung für Klimaschutznetzwerk Altmühlfranken

Das kommunale Klimaschutznetzwerk Altmühlfranken ist für seine erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit bei Klimaschutz und Energiewende ausgezeichnet worden. Über einen Zeitraum von drei Jahren entwickelten 27 Kommunen gemeinsam mit dem Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen insgesamt 38 Projekte und Konzepte zur Energie- und Wärmewende.

Zu den Ergebnissen zählen unter anderem ein interkommunales Konzept zur energetischen Klärschlammverwertung mit 20 Netzwerkpartnern, ein gemeinsames Ladeinfrastrukturkonzept von fünf Kommunen sowie Projekte zu Wasserstoff, Seethermie, Wärmeverversorgung und Energienetzen. Ziel war es, regionale Lösungen zu entwickeln und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Während der Netzwerklaufrunde von September 2022 bis August 2025 stieg die installierte Leistung erneuerbarer Energien in der Region um rund 40 Prozent. Insbesondere die Photovoltaik wurde deutlich ausgebaut. Als Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit nennt das Netzwerk ein gemeinsames Ladeinfrastrukturkonzept für fünf Kommunen. Auf Basis einer Bedarfsanalyse und Standortbewertung entstand ein Ausbaupfad für eine bedarfsgerechte Ladeinfrastruktur. „Die Auszeichnung bestätigt, wie wirkungsvoll interkommunale Zusammenarbeit im Klimaschutz sein kann“, betont Markus Weber, Geschäftsführer des Instituts für Energietechnik (IFE) GmbH. Das Bild zeigt v.l. Moritz Becker (Green Navigation GmbH und 2. Vorstand AGEEN e.V.), Maximilian Schinhammer (IFE), Lena Lämmermann (IFE), Dr. Eberhard von Rottenburg (BDI), Dr. Anna Gruber (FFE und 1. Vorsitzende AGEEN e.V.).

Bild: AGEEN e.V.

## GZ PINOS WELT

Es ist tatsächlich passiert: Die Fußball-WM der Männer hat begonnen. Im Eröffnungsspiel gleich drei rote Karten, 52 Jahre nachdem zum ersten Mal eine rote Karte bei einer Fußball-WM zum Einsatz kam (1974 im Spiel Deutschland gegen Chile, erwischt hat es den Chilene Carlos Caszely).



Ja, die Zeitungen und das Netz sind voller solcher mehr oder weniger gewichtigen Informationen und Spekulationen. Es gibt in fast jedem Zoo Orakeltiere, beileibe nicht nur Kraken. Seriöse Institutionen wie die Großbank Goldman Sachs füttern ihre hauseigenen Supercomputer, um zu verkünden, dass Spanien mit einer Wahrscheinlichkeit von 26 Prozent Weltmeister wird und im Finale Argentinien schlägt. Den dritten Platz machen Frankreich und Brasilien untereinander aus. Deutschland fliegt traditionsgemäß im Achtfinale raus.

## Wo sind sie hin, die Vuvuzelas?

Ob sich diese Prognose schon lauffeuerartig unter den deutschen Fans verbreitet und eine gewisse Lustlosigkeit an der WM ausgelöst hat? Ich jedenfalls sehe nichts von Begeisterung, WM-Fieber oder Vorfreude auf die Spiele. Keine Fähnchen an den Autofenstern oder schwarz-rot-goldene Überzüge an den Rückspiegeln. Keine Vuvuzelas klingen durch die Parks. Keine Leute mit Trikots oder Weltmeisterkappe auf den Straßen, wobei die Kappe wohl tatsächlich zu hässlich ist, um außerhalb einer Fanzone getragen zu werden. Aber auch beim Rudelglotzen (synonym für das deutsche public viewing) tut sich wenig, was am instabilen Wetter liegen mag, an den ungünstigen Sendezeiten der Spiele oder einfach daran, dass bisher kein Funke übergesprungen ist.

Viele fragen sich, woran es liegt. Einiges ist denkbar: Eine reservierte Haltung zu den USA mag eine Rolle spielen, die mit ihren politischen und wirtschaftlichen Mätzchen derzeit bei vielen Menschen so unbeliebt wie Fußpilz sind. Dann sind die Vereinigten Staaten zwar „the home of the brave“, aber ganz sicher nicht die Heimat des dort soccer genannten Balltretns. Nach Katar also wieder ein Land, das eigentlich nichts mit dem europäischen Herzessport anfangen

kann. Das ist dem Turnier gegenüber aber ungerecht, denn die Fußball-Weltmacht Mexiko und das europäischste Land in Amerika, Kanada, sind auch Austragungsnationen.

Möglicherweise liegt es an der unüberschaubaren Vielzahl der Endrundenteilnehmer und der Masse der Gruppen und Spiele. Aber da habe ich meine ganz eigene Meinung: Ich finde es positiv, wenn kleinere, engagierte Länder bzw. Verbände einmal die Chance auf Sichtbarkeit erhalten. Wer konnte schon Curaçao in den Generationen, die nicht mit dem Blue Curaçao als Modegetränk der Adoleszenz aufgewachsen sind? Oder Cabo Verde, die schöne Schwester der Kanarischen Inseln, deren Trikot originellerweise ein Hai zielt. Dann die Mannschaft mit dem wohl schönsten und fröhlichsten Trikot, Côte d'Ivoire, die Elfenbeinküste. Ja, die Begegnung DR Kongo gegen Usbekistan mag verwöhnte Kicker-Gourmets sicher nicht vor die Mattscheibe locken, aber ich finde schon gut, dass solche Länder auch mal außerhalb der Vorrunde auf ihren Kontinenten bekannt werden.

Dann natürlich das Stichwort Kommerzialisierung und Geldschneiderei der FIFA. Ja, ein Preis von 11,5 Millionen Dollar auf der offiziellen FIFA-Wiederverkaufsplattform für ein Finalticket ist ebenso absurd wie ein Ticket der Kategorie 1 für Deutschland-Curaçao zu 138.000 Dollar. Aber solche Mondpreise aufzurufen und sie zu bezahlen sind doch immer noch verschiedene Dinge. Und ob WM dahoam oder in Übersee – für uns Normalos bleibt das Fernsehen und wir müssen uns nicht über teure Hotels, Zugtickets für 100 Dollar oder Parkplätze für 225 Dollar ärgern. Und schließlich ist nicht nur die FIFA vom Stamme Nimm, wie auch das regelmäßige Geschacher um die Fußballübertragungsrechte der Bundesliga zeigt.

Ich denke, viele trauern halt dem Sommermärchen von vor 20 Jahren nach oder können sich nicht vorstellen, dass es wieder wie 2014 läuft. Aber Fußball ist ein Spiel der Unberechenbarkeit, das schon Philosophen wie Jean-Paul Sartre zu Höchstform auflaufen ließ. Von ihm wissen wir: „Bei einem Fußballspiel verkompliziert sich allerdings alles durch die Anwesenheit der gegnerischen Mannschaft“.

## Ihr Pino

Landkreis Schwandorf:

## Übung für den Ernstfall

Bayernwerk und THW testen Notstromversorgung

Fachleute der Bayernwerk Netz GmbH und des Technischen Hilfswerks (THW) haben auf dem Volksfestplatz in Schwandorf den Anschluss von Notstromaggregaten an das örtliche Stromnetz geübt. Ziel war es, die Zusammenarbeit für mögliche längerfristige Stromausfälle zu erproben.

„Übungen wie diese sind essenziell, um im Ernstfall schnell und sicher handeln zu können“, sagte Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG. Mit Blick auf aktuelle Bedrohungslagen betonte er: „Der Angriff auf das Stromnetz in Berlin zeigt ein neues Ausmaß an extremer Gewalt. Man muss umdenken und akzeptieren, dass die Welt sich verändert.“ Deshalb sei die Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden und Blaulichtorganisationen besonders wichtig. „Eine sichere Energieversorgung der Bevölkerung ist unsere gemeinsame Verantwortung.“

Notstromversorgung im Praxistest

Im Mittelpunkt der Übung stand der Einsatz von Notstromaggregaten der THW-Ortsverbände Schwandorf und Amberg. „Es reicht nicht, bei den Aggregaten einfach den Startknopf zu drücken“, erklärte Martin Liebl, Ortsbeauftragter des THW Schwandorf. Vor dem Zuschalten wurden technische Abläufe abgestimmt und Checklisten abgearbeitet.

Für Tilmann Gold, stellvertretender Landesbeauftragter des THW, zeigt die Übung die Bedeutung guter Vorbereitung:

„So muss es sein. Resilienz entsteht nicht erst im Einsatz, sondern lange davor: Bei der Planung von Konzepten, der Bestimmung von Zuständigkeiten – und beim Testen von Abläufen.“ Auch Bayernwerk-Vertreter Jonas Feller und Johannes Ketterl hoben klare Zuständigkeiten und Kommunikationswege als Erfolgsfaktoren hervor.

Erkenntnisse für den Ernstfall nutzen

Die Zuschaltung und Synchronisierung der Aggregate verlief



Landrat Thomas Ebeling (l.) und Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, inspizierten das Notstromaggregat des THW Ortsverbands Schwandorf.

Foto: Michael Hitzek, Bayernwerk AG

fen erfolgreich. „Erfahrungen und Erkenntnisse aus solchen Szenarien werden analysiert und mit allen relevanten Stellen in unserem Unternehmen geteilt“, erklärte Daniel Liegl, Leiter des Kundencenters Schwandorf der Bayernwerk Netz GmbH.

Vorsorge für den Ernstausfall

Landrat Thomas Ebeling unterstrich die Bedeutung der Zusammenarbeit für den Katastrophenschutz: „Verlässliche Kommunikationswege und das vertrauensvolle Miteinander aller beteiligten Organisationen sind unverzichtbar.“ Der Landkreis Schwandorf hat für den Notfallrahmenplan Stromausfall fünf Netzersatzanlagen für rund 1,6 Millionen Euro beschafft. □

17 Millionen Euro für den Grenzraum Bayern-Tschechien:

## INTERREG fördert 20 neue Projekte

Im Rahmen des EU-Programms INTERREG Bayern-Tschechien werden rund 17 Millionen Euro in 20 neue grenzüberschreitende Projekte investiert. Nach Angaben des Bayerischen Wirtschaftsministeriums verteilen sich die Vorhaben auf verschiedene Regionen entlang der bayerisch-tschechischen Grenze und sollen die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Einrichtungen und Organisationen weiter vertiefen.

Ein Schwerpunkt der aktuellen Förderperiode liegt auf der engeren Zusammenarbeit im Katastrophenschutz. Feuerwehren und Behörden aus Bayern und Tschechien, unter anderem aus der Oberpfalz, dem Landkreis Cham und der Region Pilsen, wollen ihre Kooperation weiter ausbauen. Geplant sind gemeinsame Übungen, abgestimmte Einsatzpläne und eine verbesserte Abstimmung bei Großschadenslagen wie Waldbränden oder Hochwasser.

### Zusammenarbeit der Hochschulen

Auch im Bereich Bildung und Forschung werden neue Akzente gesetzt. Hochschulen auf beiden Seiten der Grenze arbeiten an gemeinsamen Lehrformaten und Projekten, die interkulturelle Kompetenzen stärken und den Austausch von Studierenden und

Fachkräften fördern. Ziel ist es, die Grenzregion als Bildungs- und Arbeitsraum enger zu vernetzen.

Ein weiteres Vorhaben beschäftigt sich mit der digitalen Weiterentwicklung im Kurwesen. Das Institut für Kurwesen und Balneologie in Karlsbad, die Technische Hochschule Deggendorf sowie der Bayerische Heilbäder-Verband und der Verband der Kurorte der Tschechischen Republik entwickeln gemeinsam Strategien für die digitale Transformation der Branche. Dabei geht es auch darum, auf gemeinsame Herausforderungen wie den demographischen Wandel zu reagieren und die Wettbewerbsfähigkeit der Kurorte im Grenzraum nachhaltig zu stärken.

Im Bereich Umwelt und Tourismus steht insbesondere die Zusammenarbeit der Nationalparks Bayerischer Wald und Šumava im Vordergrund. Hier geht es um

eine bessere Besucherlenkung, mehrsprachige Informationsangebote und den Schutz sensibler Naturbereiche bei gleichzeitig wachsendem Tourismusdruck.

Mehrere Projekte greifen kulturelle und historische Themen des Grenzraums auf. Dazu zählen unter anderem die Zusammenarbeit im Bereich Glaskunst sowie die Vermittlung regionaler kulinarischer Traditionen. Museen, Bil-

dungseinrichtungen und regionale Akteure entwickeln hierfür gemeinsame Ausstellungen, Workshops und Bildungsangebote.

Insgesamt stellt die Europäische Union in der Förderperiode 2021 bis 2027 rund 8,9 Milliarden Euro für die Europäische territoriale Zusammenarbeit zur Verfügung. Für das INTERREG-Programm Bayern-Tschechien sind davon 99 Millionen Euro EFRE-Fördermittel vorgesehen. Aktuell stehen noch EFRE-Mittel in Höhe von etwa 8 Mio. Euro für weitere grenzübergreifende Vorhaben bereit. **DK**

### Inklusionspreis des Bezirks Mittelfranken:

## Barrieren abbauen

Der Bezirk Mittelfranken hat in Ansbach zwei Projekte mit dem Inklusionspreis ausgezeichnet. Das Preisgeld in Höhe von insgesamt 5.000 Euro ging an die „Kultouren für alle“ der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus gGmbH in Nürnberg sowie an die „Inklusive Streuobstwiese“ des Fachbereichs Autismus der Rummelsberger Dienste für Menschen mit Behinderung gGmbH in Hersbruck. Der Bezirk würdigt so das Engagement der Projekte für mehr gesellschaftliche Teilhabe.

Mit dem Projekt „Kultouren für alle“ – Inklusive Führungen mit Kultour-Tandems in Nürnberg“ sollen Menschen mit Behinderungen stärker an kulturellen Bildungsangeboten teilhaben können. Das Besondere an dem Konzept: Die Führungen werden jeweils von einem Tandem aus einer Person mit und einer Person ohne Behinderung geleitet. Gemeinsam entwickeln die Beteiligten inklusive Führungskonzepte und Bildungsmaterialien zu verschiedenen Themen. Ziel ist es, kulturelle Teilhabe zu fördern und Begegnungen zwischen Menschen mit und ohne Behinderung zu ermöglichen. Ebenfalls gewürdigt wurde

die „Inklusive Streuobstwiese“ auf dem Campus Haus Weiher in Hersbruck. Das Projekt schafft einen naturnahen Begegnungs- und Bildungsraum für Menschen mit und ohne Behinderung. Vom Aufenthalt in der Natur über einen Barfußpfad bis hin zu kreativen und praktischen Aktivitäten wie Filzen, Kochen am offenen Feuer oder der Ernte und Verarbeitung von Obst: Die Streuobstwiese dient als inklusiver Treffpunkt für Menschen mit und ohne Autismus. Ziel des Projekts ist es, einen offenen und vorurteilsfreien Ort zu schaffen, an dem Themen wie Umweltbildung, Naturerfahrung und nachhaltige Lebensweise vermittelt werden. **DK**



## Die WestAllianz München startet in die kommende Legislaturperiode

Johannes Kneidl einstimmig als Verbandsvorsitzender bestätigt

Nach den Kommunalwahlen im März beginnt auch für die WestAllianz München eine neue Legislaturperiode. Im Juni standen die Wahl des Verbandsvorsitzenden sowie seiner Stellvertreterinnen auf der Tagesordnung. Nachdem in vier der sieben Mitgliedsgemeinden neue Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gewählt wurden, war die Sitzung zugleich ein wichtiger Auftakt für die zukünftige interkommunale Zusammenarbeit.

Die Mitglieder des Zweckverbands sprachen dem bisherigen Verbandsvorsitzenden Johannes Kneidl, Erster Bürgermeister Gemeinde Sulzemoos, erneut ihr Vertrauen aus. Für sein engagiertes Wirken in den vergangenen sechs Jahren wurde er einstimmig in seinem Amt bestätigt, genauso wie seine Stellvertreterinnen Claudia O'Hara-Jung (rechts im Bild), Dritte Bürgermeisterin der Gemeinde Gröbenzell, und Dagmar Wagner, Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Bergkirchen (links im Bild).

Mit dieser Mischung aus Kontinuität und neuen Impulsen startet die WestAllianz München motiviert in die kommenden sechs Jahre. Die Verantwortlichen wollen die erfolgreiche Zusammenarbeit der Mitgliedsgemeinden fortsetzen und wichtige Zukunftsthemen der Region gemeinsam voranbringen.

„Die einstimmigen Wahlergebnisse sind ein starkes Zeichen für das Vertrauen und die gute Zusammenarbeit innerhalb der WestAllianz München“, betonte Kneidl. „Ich freue mich darauf, gemeinsam mit meinen Stellvertreterinnen und den Mitgliedsgemeinden die erfolgreiche Entwicklung unserer Region weiter voranzutreiben.“ Die WestAllianz München versteht sich als starke kommunale Partnerschaft und setzt sich für die nachhaltige Entwicklung sowie die Bündelung gemeinsamer Interessen ihrer Mitgliedsgemeinden ein.

Bild: WestAllianz

### Vorschau auf GZ 13

In unserer Ausgabe Nr. 13/2026, die am 2. Juli 2026 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Umwelttechnologien und Ressourcenschutz
- Abfall • Entsorgungsmanagement • technische Lösungen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung • Facility Management

### Abzeichen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
 Querstrasse 8  
 96450 Coburg  
 Tel.: 09561-5527-0  
 Fax: 09561-5527-23

### Altersversorgung

**www.pluspunktrente.de**  
 BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

### Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

**ETSCHEL BRUNNENSERVICE**  
 Etschel Brunnenservice GmbH  
 Ihr Brunnenpartner  
 Leopoldstr. 66 - D-95030 Hof  
 Tel.: +49 (0) 9281 8401430 - info@etbs.de

Gemeindezeitung auf Social Media:

### Energiedienstleistung

**energie schwaben**

**17. BAYERISCHES ENERGIEFORUM**  
 www.bayerisches-energieforum.de

**ESB ENERGIE SÜDBAYERN**

### Fahnen / Arbeitsbekleidung

**FAHNEN KÖSSINGER**  
 Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling  
 Tel.: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Arbeitskleidung  
 Länderfahnen  
 Gemeindefahnen  
 Fahnenmaste  
 Vereinsbedarf

### Fahnenmasten / Fahnen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
 Querstrasse 8  
 96450 Coburg  
 Tel.: 09561-5527-0  
 Fax: 09561-5527-23

### Glasfaser / Glasfaserausbau

**GLASFASER FÜR IHRE KOMMUNE.**  
 bisping & bisping  
 BISPING.DE/KOMMUNEN-NETZPARTNER

**13. BAYERISCHES BREITBANDFORUM**  
 www.bayerisches-breitbandforum.de

**GLASFASER**  
 Schnell. Stabil. Zukunftssicher.  
 www.telekom.de/glasfaser

### Informationssicherheit und Datenschutz

**Daten schützen.**  
 DSGVO ext. DSB ext. ISB LSI-Siegel BSI Kommunal CISIS12 Schulungen eLearning  
 www.Mein-Datenschutzberater.de

### Informationssicherheit und Datenschutz

**G DATA CyberDefense**

### Kommunalberatung

**KUBUS**  
 KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH  
 Firmensitz Schwerin  
 0385/30 31-251  
 info@kubus-kb.de  
 Standort München  
 089/44 235 40-00  
 bayern@kubus-kb.de

### Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung  
 www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**MONIKA STEER**  
 Telefon 08171 / 9307-12  
 steer.monika@gemeindezeitung.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**  
 Telefon 08171 / 9307-17  
 hassel.theresa@gemeindezeitung.de

### Kommunale IT

**www.akdb.de**

### Kommunalfahrzeuge

**BUCHER municipal**  
 Eine komplette Produktpalette für effektiven Winterdienst  
 Driven by better

### Kommunalfahrzeuge



### Für jeden der richtige Unimog.

- Bei Ihren Profis in der Region.
- Henne Nutzfahrzeuge GmbH  
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
  - Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG  
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
  - Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
  - Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG  
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
  - Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
  - KLMV GmbH  
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

### Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank  
 www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Abonnieren Sie unseren **KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**  
 www.gemeindezeitung.de/newsletter

**KFB Leasing GmbH**  
 Kommunaler Mietkauf  
 Kommunales Leasing  
 für Mobilien und Immobilien  
 www.kfb-reuth.de

### Spielgeräte

**spielart GmbH**  
 Abenteuerliche Spielgeräte  
 Mühlgasse 1 | D-99880 Laucha  
 Telefon: 0 36 22 - 40 11 20 - 0  
 www.spielart-laucha.de